

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik

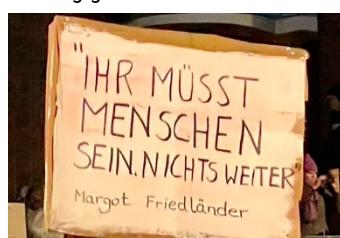
In dieser Ausgabe

2-3|pbredaktiononline: 28.2.2024, 18 bis 19.30 Uhr • BSW -Parteiwerbung • USA: weiße, christliche Wählerschaft sieht ihre Vorherrschaft bedroht • Spanisches Ridergesetz – Chronik eines Konflikts • Die Regierungskoalition, Haushaltsgesetzgebung ,Agrarwirtschaft

4| Meloni, wieder ein italienisches Experiment?
5| Frankreich: Neues Einwanderungsgesetz und neue Regierung
6| Polen nach den Wahlen, Chancen für die neue Regierung
7| Spanien: Etappensieg der Konservativen gegen das Amnestiegesetz – Podemos: Auf zum letzten Gefecht!

8| EU: Formelkompromiss – Thema Staatsschulden setzt die EU auf Floskeln • Nicht einfach nur ein Wechsel – belgische EU-Ratspräsidentschaft

9| Gaza: Internationaler Gerichtshof urteilt...
11| Ozeanien: Abmachungen und Abhängigkeiten



12-13| DOK: Aktionen/Initiativen – Gegen Nationalismus und Rassismus

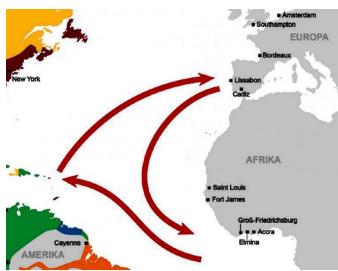
14| ... wir berichteten • Hessen. „Demokratie am Kippunkt: Die Landesregierung muss Menschen-

rechte für alle sichern“ • Ruhrgebietskommunen: Steag-Abenteuer mit Gewinn beendet



15| Konferenz der Linken Baden-Württemberg, 2.12.2023, DGB-Haus Karlsruhe: „Armut bekämpfen – soziale Spaltung überwinden“ • Ulrich Schneider zum aktualisierten Armutsbericht 2022
17| Kurzbewertung Entwurf Bundeshaushalt 2024
18-19| DOK Kommunale Initiativen: Armut bekämpfen!

20-21| Streik bei Tesla in Schweden – IG Metall solidarisch | Tarifnachrichten • Kommunaler Nahverkehr • Deutsche Bahn: • Einzelhandel



22-23| Kalenderblatt: 1. Januar 1804 Haiti. „Alle Menschen sind Menschen“. Die Sklaven erkämpfen Freiheit und Unabhängigkeit • Transatlantischer Dreieckshandel 17. bis 19. Jahrhundert. • Ideen der Aufklärung – die Kritik der Kolonialsklaverei lässt politisch und wirtschaftlich Mächtige unbeeindruckt

24| Seeminen im Schwarzen Meer – Die Rolle der Türkei

25| Davos: Internationale Bera-

terkonferenz spricht über „Zehn-Punkte Friedensplan“ Selenskyjs • Ukraine in der strategischen Verteidigung

26| Rechte Provokationen – demokratische Antworten – Redaktionsnotizen • Aberkennung der Grundrechte Höckes nach Artikel 18 GG • Gemeinsame Erklärung BDA-DGB gegen Rechtsextremismus • Preisvergabe soll wegen rechter Gesinnung rückgängig gemacht werden • Bundestagsbeschluss zum Antiziganismus



27| „Hören Sie nicht auf, von einer besseren Welt zu träumen“. Linke beim Papst

28| Bundesweite Gedenkdemonstration in Hanau

29| Keine Bühne für Hamas-Verherrlichung!

30| Rechte Kräfte in der EU • EU-Wahlen: Rechte Mehrheit möglich • Slowakei: Justizreform schränkt Kontrollrechte ein • Polen: Machtkampf um öffentlich-rechtliche Medien • Dänemark: Nationalistische Blockbildung? • Österreich: FPÖ in Wahlumfragen vorne

31-32| Solidarisches Europa •

Terminhinweis • AGE Platform Europe: Aktiv Altern in Europa • Arbeiterkammer Wien • Sicheres Trinkwasser in der ganzen EU • Handreichung für Kommunen aus europapolitischer Perspektive

Beilagenhinweis: Rundschreiben ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung Nr. 30
Nächste Ausgabe der Politischen Berichte Nr. 2: 11. April 2024

Ausgabe Nr. 1 am 8. Februar 2024, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

BSW -Parteiwerbung

Martin Fochler, München. Mit seinem Europa-Parteitag tritt das BSW aus der Welt der Klicks und Einschaltquoten heraus und in den politischen Wettbewerb ein. 96 Mandate entfallen bei der Europawahl auf die BRD, eine Prozenthürde gibt es nicht. Parteien müssen ein Programm und ein Statut vorlegen. Das BSW (Partei) hat das Gründungsmanifest des BSW (Verein) mit nur zwei Änderungen übernommen. Bei BSW (V) heißt im Einleitungsteil „die Regierung“ sei „inkompetent“, bei BSW (P) steht an Stelle von „Regierung“: „viele politische Entscheidungen“. Zweitens wurde im Abschnitt „Soziale Gerechtigkeit“ folgender Satz eingefügt: „Wir unterstützen die Beschäftigten, ihre Gewerkschaften und Betriebs- bzw. Personalräte in ihrem Einsatz für Arbeitnehmerrechte und gute Arbeit.“ Das BSW sucht einen Platz zur Rechten der SPD und registriert die Gewerkschaftsbewegung als Kraft.

Der Parteiname – amtlich und komplett „Bündnis Sarah Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit“ – wirkt als Leitbild. Unter Vernunft, so überall nachzuschlagen, wird in der Moderne „menschliches Vermögen zur Erkenntnis“ (wiki) verstanden, u.a. eine Begründung für das allgemeine Wahlrecht. Eine seit Ewigkeiten fortlebende Tradition hingegen fasst Vernunft als „ein die Welt durchwaltendes und ordnendes Prinzip als metaphysische oder kosmologische Vernunft – Weltvernunft, Weltgeist, Logo, Gott“ (wiki) auf.

Politisch führt die Annahme „Menschliches Vermögen zur Erkenntnis“ zur Anerkennung der anderen als gleiche und verweist auf demokratische Verfahren, wenn es darum geht, zu bestimmen, was vernünftig ist.

Der Weltgeist hingegen steht für Verhandlungen nicht zur Verfügung. Er gibt sich durch Personen zu erkennen, die erfahren, verstehen und verkünden, was

der Weltgeist gerade will, und dafür Zustimmung des Publikums einwerben.

Die Nennung einer Person im Verbandsnamen ist ungewöhnlich. Sie steht als Wegweiser zu Vernunft und Gerechtigkeit. Wer soll das aushalten?

Zumal sich weltweit ein Konflikt zwischen autoritären und demokratischen Politikansätzen entwickelt, ist erheblich, welche Seite das BSW im EU-Parlament stärken würde.

Aus einer – vielleicht ein bisschen kleinlichen – Deutung seiner Selbstbezeichnung allein kann das nicht ausreichend belegt werden.

Demokratisch | Autoritär – Wie es die Parteien damit halten, zeigt nicht nur der Blick auf ihre politischen Vorhaben, sondern auch ihre innerverbandliche Ordnung. Die Satzung des BSW enthält ganz ungewöhnliche Beitragsbedingungen, die dem Vorstand durchgreifende Kontrolle von Zugang zur und des Bestands der Mitgliedschaft gewähren.

In § 4, (6) heißt es, die Ablehnung der Mitgliedschaft bedürfe keiner Begründung und folgend in (7): „Wird gegen die Mitgliedschaft innerhalb eines Jahres kein Einspruch erhoben, so ist sie endgültig“. Einspruch erheben kann jedes Mitglied, die Entscheidung darüber liegt beim Vorstand, nicht etwa bei der Schiedskommission.

Die Aufnahme führt demnach bloß zu einer Mitgliedschaft auf Probe, bis zum 8.1.2025 hat die Partei streng genommen gar keine „endgültigen“ Mitglieder. In dieses Probejahr, in dem der Vorstand jederzeit jedes Mitglied entfernen kann, fallen die Europawahlen und wegweisende Landtagswahlen.

Visionen entflammen die einen, die anderen gehen kopfschüttelnd weiter.

Politische Versprechen funktionieren anders, sie werden im Wahlkampf von den Leuten aufgegriffen und müssen in den politischen Diskursen sachlich vertretbar sein. Darf man z.B. vernünftiger-

weise hoffen, dass die Regierung Putin die Integrität der Ukraine anerkennen wird, wenn die BRD verspricht, ihr Gas wieder aus dieser Quelle einzukaufen? Fragen, die sich die BSW-Wählerschaft (erste Umfragen 7%) stellen dürfte.

Quellen: bsw-vg.de

USA: weiße, christliche Wählerschaft sieht ihre Vorherrschaft bedroht

Rosemarie Steffens, Langen. Donald Trump hat mit jeweils über 50 Punkten die ersten Vorwahlen der Republikaner in Iowa gegen Ron DeSantis und Nikki Haley gewonnen. In New Hampshire siegte er mit elf Prozentpunkten Vorsprung vor seiner Konkurrentin Haley. Diese beiden Wahlkreise gelten als wichtig für die weiteren Vorwahlen – sie setzen sozusagen den Trend. Den angepeilten K.o.-Sieg hat Trump allerdings (auch in der zweiten Runde) nicht geschafft. DeSantis verabschiedete sich mit Stimmempfehlung für Trump aus dem Rennen, jetzt bleibt Haley als Konkurrentin übrig. Sie ist als Kind indischer Einwanderer die erste nichtweiße Kandidatin der Republikaner und war UN-Botschafterin für die USA. Mit dem Slogan „Es ist Zeit für eine andere Generation“ wirbt sie für eine Rückkehr zu traditionellen republikanischen Werten wie soliden Staatsfinanzen und sicheren Grenzen.

Die Kandidaten einer Partei werden in den USA durch Vorwahlen ermittelt, an denen meist nur eine kleine Zahl besonders aktiver Parteigänger teilnimmt. In einem Bezirk, der für eine Partei „sicher“ ist, wird die Vorwahl zur entscheidenden Wahl. Die Bundesstaaten Colorado und Maine haben Trump jedoch von der Kandidatenliste der Vorwahlen genommen¹, wegen seiner Rolle bei der Kapitol-Erstürmung vom 6. Januar 2021. Trump sei laut einem Verfassungszusatz „nicht für das Präsidentenamt qualifiziert“². Am 8. Februar wird die Rechtmäßigkeit durch das oberste Gericht der USA überprüft.

• Online-Termin Redaktionsgespräch: Solidarisches Europa. Mittwoch, 28. Februar, 18 bis 19.30 Uhr. Zoom-Link bestellen bei: fochlermuenden@gmail.com

Politische Berichte

ZEITSCHRIFT FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHIET SECHSMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, E-Mail: info@linkekritik.de.

Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:
Blick in die Medien / Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Christoph Cornides, christoph.cornides@t-online.de.

Europa: Rolf Gehring (rog, verantwortlich), rgehring@efbw.eu; Eva Detscher, [richte.de](mailto:eva.detscher@politische-be-</p></div><div data-bbox=); Thilo Janssen

Aktionen – Initiativen / Wir berichteten / Aus Kommunen und Ländern / Kommunale Initiativen / Gewerkschaftliches, Soziales: Thorsten Jannoff (verantwortlich), t.jannoff@web.de; Jörg Detjen, joerg.detjen@koeln.de; Horst-Ullrich Jäckel, ulli.jaeckel@hotmail.de; Bruno Rocker; Johann Wiete, johannfirst@web.de.

Rechte Provokationen – demokratische Antworten: Rosemarie Steffens (verantwortlich), rosemarie.steffens@icloud.com; Christiane Schneider, chschneider@posteo.de

Ankündigungen, Diskussion, Dokumentation: Martin Fochler (verantwortlich), fochlermuenden@gmail.com. Globale Debatten – UN-Initiativen: Horst-Ullrich Jäckel (verantwortlich), ulli.jaeckel@hotmail.de.

Kalenderblatt: Eva Detscher (evd, verantwortlich), eva.detscher@politische-berichte.de; Rolf Gehring, rgehring@efbw.eu.

Titel und letzte Seite (Lektürehinweise / Empfehlungen / Leseproben): Alfred Küstler (verantwortlich), alfred.kuestler@politische-berichte.de; Martin Fochler, fochlermuenden@gmail.com.

Beilagenmanagement: Eva Detscher, eva.detscher@politische-berichte.de
Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4 €. Ein Jahresabo kostet 39 €, Förderabo: 54 €, ermäßigt: 33 € (jeweils 10 € Portoanteil enthalten), Ausland: 51,20 € (22,20 € Portoanteil), Buchläden und andere Weiterverkäufer: 21 €. Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, alfred.kuestler@politische-berichte.de

Um die Triebkräfte des enormen Trump-Kults besser zu verstehen, lohnt es sich, den Artikel bei Rosa-Luxemburg-Stiftung von Thomas Greven „Die Tyrannie der Minderheit“³, zu lesen.

An dieser Stelle können nicht alle Aspekte des Artikels von Greven genauer ausgeführt werden: z.B. das amerikanische Verfassungssystem, das laut Greven die gefürchtete „Tyrannie der Mehrheit“ durch Gewaltenteilung verhindere, aber gerade deshalb auch autoritäre Minderheiten stärke.

Der Autor stellt dar, wie extreme Rechte auf die Konservative Partei erheblichen Druck ausüben, sie auf einen autokratischen Kurs führt. „Die Republikaner, die sich selbst „Grand Old Party“ (GOP) nennen und deren Geschichte in den 1850er Jahren mit dem Kampf gegen die Sklaverei begann, befinden sich in einer scharf geführten Auseinandersetzung um die Seele der Partei, die allerdings vorzeitig zugunsten des Personenkults um Donald Trump entschieden werden könnte.“

Greven sieht die Grundfesten der liberalen, multiethnischen Demokratie bedroht. Er macht die weiße christliche Basis als treibendes Element der innerparteilichen Bewegung aus, die die Vorherrschaft der Gesamtheit der anwachsenden Minderheitsbevölkerungen über die weiße Bevölkerung fürchtet. Die neue (extrem rechte) Parteilinie unterscheidet sich von der vulgär-libertären Linie des GOP-Establishments z.B. dadurch, dass es einen Wohlfahrtsstaat nur für „echte Amerikaner“ also nur für Weiße, oder am besten nur weiße Christen, geben solle. Die ultrarechten Strategen der ersten Trump-Präsidentenschaftskampagne Roger Stone und Steve Bannon hatten erkannt, dass diese innerparteiliche Bewegung keine Führungsfigur hatte, sie präsentierten damals Trump als „Retter“. Die Präsidentschaft Barack Obamas bot Donald Trump die Möglichkeit, sich als „letzte Hoffnung“ für die demographisch schrumpfende Gruppe der weißen Christen in den USA anzubieten.

Die Forderung der rechten Anhängerschaft „Wir wollen unser Land zurück!“ ist an die Bundesregierung gerichtet, die nach einer kollektiven Verschwörungsvorstellung von einem „deep state“ (tiefen Staat) beherrscht werde, die das Land und seine (konservativen) Werte zu zerstören drohe. Das Claremont Institute in Kalifornien spielt hier eine wichtige Rolle, dort werden apokalyptische Szenarien ausgearbeitet, deren sich dann Politiker der Republikaner als Rechtfertigungsgrundlage für den Sturm auf das Kapitol bedienen. – Unter dem Vorwand, die Wahlintegrität vor angeblichen Betrugsversuchen zu schützen – für die es keine Beweise gibt – nutzt



alk. Die Regierungskoalition hat mit ihrer Haushaltsgesetzgebung die Agrarwirtschaft gegen sich aufgebracht: mit der plötzlichen Änderung der Zuschüsse und der steuerlichen Belastung für landwirtschaftliche Betriebe griff sie tief in die Planungssicherheit eines hochregulierten Wirtschaftszweigs ein. Die Proteste waren entsprechend heftig und halten an. Auch die für den grünen Teil der Regierung zur Wählerbasis gehörende Öko-Landwirtschaft schloss sich an, so bei der jährlichen im Januar in Berlin stattfindenden Demonstration „Wir haben es satt“ (siehe Bilder von Bruno Rocker, Berlin).

die Trump-Anhängerschaft nicht nur Gesetze, sondern auch alle verfügbaren Verwaltungsoptionen, wie etwa die Reduzierung der Zahl von Wahllokalen in Bezirken mit überwiegend schwarzer Bevölkerung. Darüber hinaus setzt die GOP auch darauf, die Wahlbehörden mit militärischen Parteidien zu infiltrieren. Angesichts des aggressiven politischen Klimas, zu dem auch Morddrohungen aus den Reihen der MAGA-Republikaner gehören, traten erfahrene Wahlbeamte und freiwillige Wahlhelfer nacheinander zurück, mit wachsendem Risiko, dass die Wahlen 2024 nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden.

1 Stefan Krieger, Was bedeutet der Ausschluss in Maine und Colorado für Trumps Kandidatur? FR, 29.12.23

2 Meret Baumann: Richter droht Trump mit Ausschluss im zweiten Verleumdungsprozess, NZZ 17.1.24

3 Thomas Greven, Die Tyrannie der Minderheit, RLS, 23.11.23

Spanisches Ridergesetz – Chronik eines Konflikts

Claus Seitz, San Sebastián. Auch in Spanien hat der Markt für Onlinebestell-Plattformen einen beispiellosen Aufschwung erlebt. Marktführer mit 25%-Anteil ist Glovo (Mehrheitsaktionär Delevery Hero, mit Sitz in Berlin). 2021 erreichte Glovo mit 450 Millionen Euro die höchste jemals in Spanien erzielte Startup-Finanzierung. Im September 2020 urteilte der Oberste Gerichtshof, dass Kurieri als lohnabhängige Arbeitnehmer zu betrachten wären. Im Mai 2021 beschloss das Parlament das Rider-Gesetz, das vom Arbeitnehmerstatus der Fahrradkuriere ausgeht und die Firmen verpflichtet, die mathematischen Formeln ihrer Algorithmen offenzulegen. Im Dezember 2021 schlossen Just Eat (18 %-Marktan-

teil) und die Gewerkschaften den ersten Branchen-Tarifvertrag ab. Glovo hält hartnäckig am Beschäftigungsmodell „Selbständige“ fest. Die Gewerbeaufsicht reagiert darauf mit der Verhängung von Geldstrafen, allein 79 Millionen Euro, weil Glovo in Barcelona und Valencia mit 10 000 Scheinselbständigen operierte. Just Eat beklagt die Wettbewerbsverzerrung, die Beschäftigung von Kurieren mit Sozialversicherung und tarifvertraglichen Rechten würde die Kosten je Bestellung verdoppeln (acht Euro gegenüber vier Euro bei Glovo).

Im Dezember 2022 verschärfte die Regierung das Strafgesetz. Der illegale Einsatz von Scheinselbständigen soll mit Haft von sechs Monaten bis sechs Jahren bestraft werden können. Ende 2023 leitete das Arbeitsministerium Untersuchungen gegen Glovo wegen Verletzung der Privatsphäre der Kurieri und wegen des Einsatzes illegaler Arbeitskräfte ein. RidersxDerechos, ein Kurier-Kollektiv, reichte die erste Klage bei Gericht gegen Glovo ein. Zuletzt verlautete aus dem Ministerium, dass der Bericht der Gewerbeaufsicht über die Praktiken von Glovo demnächst der Staatsanwaltschaft übergeben würde.

Delivery Hero teilt in seinem Finanzbericht mit, gegen jede Entscheidung Berufung einzulegen, rechnet aber damit, dass die Gerichte Bankeinlagen verlangen werden, bis eine Entscheidung getroffen werde. Auch räumt man ein, die Selbständigen möglicherweise als Angestellte einzusetzen zu müssen und mit einer nachträglichen Zahlung von bis zu 400 Millionen Euro für Sozialversicherungsbeiträge, Zinsen und Bußgelder zu rechnen, was die Lebensfähigkeit des Unternehmens erschweren würde.

Meloni, wieder ein italienisches Experiment?

Paola Giaculli, Berlin

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, die sich „Ministerpräsident“ nennen lassen will, hat große Ambitionen. Nach fünfzehn Monaten Regierung bleibt die Zustimmung im Lande für ihre Partei Fratelli d’Italia (FdI, Brüder Italiens) unverändert bei knappen 30 Prozent (28 bis 29) und für sie persönlich relativ hoch bei 44 Prozent als beliebteste Politikerin. Das liegt eher an der Schwäche der Opposition als an ihren eigenen Führungsfähigkeiten. Ungefähr 40 Prozent der Befragten äußern sich bei Umfragen nicht. So viele waren auch die Nichtwählenden 2022.

Im Wahlkampf hatte „La Meloni“ für ihren Nationalismus geworben, gegen Flüchtende eine Seeblockade versprochen und – an die EU gerichtet – „der Spaß ist vorbei“ angekündigt. Stattdessen wurde das Bürgergeld wie versprochen abgeschafft und dadurch die soziale Lage verschärft. Ein weiteres Vorhaben der Bewegung 5 Sterne, die staatlich finanzierte Energiesanierung der Gebäude, die unmittelbar nach der Pandemie zu einem Wiederaufschwung geführt hatte, ist eingestellt worden. Dieses Projekt hatte zu Arbeitsplätzen und Wiederbelebung der Wirtschaft in den insbesondere für die Baubranche stagnierenden Jahren zwischen 2008 und 2020 (laut dem nationalen Statistikinstitut ISTAT: BNP 2021 + 8,3 und 2022 + 3,7 Prozent) beigetragen. Nach der Suspendierung der Maßnahme stehen nun 350 000 betroffene Familien auf 40 000 offenen Baustellen.

Anders als versprochen wurde das 2012 (Regierung Monti) streng reformierte Rentensystem nicht gelockert, sondern verschärft, so dass die Verrentung insbesondere für Medizinpersonal in Zukunft noch schwerer werden soll. So werden wahrscheinlich viele versuchen, schneller als geplant in die Rente zu gehen – mit katastrophalen Folgen wegen des ohnehin bereits gravierenden Personalmangels, wie die Pandemie gezeigt hat. Meloni behauptet, mehr für das Gesundheitssystem im Haushaltsgesetz angelegt zu haben, aber der bereits niedrige BIP-Anteil in diesem Bereich wird von 6,7 Prozent auf 6,1 (2026) sinken (Durchschnitt OECD-Länder und EU-Länder 7,1, Deutschland 10,9), und die Erhöhung der Ausgaben (+1,1 Prozent 2024–26) wird nicht einmal ausreichen, die durch die Inflation gestiegenen Kosten zu decken. „Ein Abgrund öffnet sich für das öffentliche Gesundheitssystem“, beklagt Nico Cartabellotta, Vorsitzender der Stiftung GIMBE, die sich unter anderem für die Gleichberechtigung und das

verfassungsrechtlich gebotene Recht auf Gesundheit einsetzt.

Steuerentlastungen und eine regressive Fiskalpolitik werden die Staatseinkünfte verringern und laden eher zur Steuerhinterziehung ein, die ein chronisches Problem bleibt. Mehrwertsteuererhöhungen von 5 auf 10 Prozent u.a. für Babyprodukte treffen besonders die Geringverdienenden. Von einer Prämie (9,19 Prozent Lohnerhöhung) für beschäftigte Mütter werden nur Frauen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und mindestens zwei minderjährigen Kindern, das heißt nur 6 Prozent der beschäftigten Frauen etwas haben. „Gott, Vaterland, Familie“? Fehlanzeige.

Auch im Süden wird es nicht besser. 1,1 Millionen Menschen haben die Region seit 2002 verlassen. Die Kaufkraft ist dramatisch gesunken, 9,7 % der 5,6 Millionen italienischen Armen leben dort, die Inflation war 2022 mit 2,9 Prozent doppelt so hoch wie im Norden. 2023 sind die italienischen Reallöhne um 10,4 Prozent aufgrund der Inflation gesunken. Kaum eine Strategie ist in Sicht, während der Minister für Transport und Infrastruktur und Lega-Chef Matteo Salvini, 12 Milliarden Euro für den Aufbau der berüchtigten Brücke zwischen Kalabrien und Sizilien plant. Diese soll von den beiden Regionen selbst und ohne Unterstützung aus Rom bezahlt werden, nur mit Mitteln aus dem EU-Kohäsionsfonds, obwohl nach wie vor essenzielle Infrastrukturen immer noch fehlen.

Besonders hart für den Süden wäre das umstrittene Vorhaben der *differenzierten Autonomie*, deren Kritiker es als reine Sezession bezeichnen: die Regionen sollen über bis zu 23 Bereichen von Gesundheit bis Bildung selbstständig entscheiden – und damit auch bezahlen. Es wäre der Supergau für ein einheitliches öffentliches Gesundheitssystem. Gleiche Rechte und gleichwertige Dienstleistungen überall in Italien wären nicht zu garantieren. Unternehmensverbände sprechen von einer Balkanisierung, die Staatsbank fragt sich, was aus der vorgeschriebenen Umverteilung wird, und selbst die Europäische Kommission hegt Bedenken. Wenn der Etat in den Händen der Regionen liegt, wer hätte dann die Verschuldung zu verantworten? „Das Ende von nationaler Solidarität und Einheit, eine radikale Infragestellung der Souveränität Italiens“ – ein Paradoxon für eine Möchtegernpatriotin wie Meloni. Das Vorhaben ist ein Teil eines gefährlichen Kuhhandels mit der Lega – *Premierato* heißt das –, Meloni erhält dafür

eine Verfassungsreform, bei der der Regierungschef „vom Volk gewählt“ würde. Die Rolle des Staatspräsidenten als Verfassungsgarant würde nichtig gemacht. Für eine Zweidrittelmehrheit, über die die Regierung nicht verfügt, bräuchte sie die Opposition bzw. ein Bestätigungsreferendum.

Parallel werden identitäre Demonstrationen der faschistischen Nostalgie weitgehend toleriert. Das rechtlich-öffentliche Fernsehen ist de facto „gereinigt“ worden, das soll der neuen „kulturellen Hegemonie“ entsprechen. Es scheint eine Art Rache gegen die aus der Niederlage des Nazifaschismus und der Verfassung entstandene Republik zu sein, die ihre – immer noch verehrten – faschistischen Vorfahren nicht anerkennen konnten und diejenige Partei gegründet hatten (MSI, Ende 1946), deren Symbole die Partei Meloni nach wie vor in ihrem Logo trägt.

Kritische Meinungen werden als „Stimme des Feindes“ systematisch angegriffen, als wäre Meloni Oppositionsführerin und nicht Regierungschefin. Die Töne erinnern an die Sprache von damals.

Dies passt wiederum zu Melonis Pose auf internationale Bühne: Dank der Freundschaft mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gelingt Meloni ein taktisches Bündnis im Hinblick auf die Europawahl, nach der von der Leyen auf ein neues Mandat mit Unterstützung von Meloni hofft. Die Treue Melonis zur Nato und ihre Einfügung in den EU-Mainstream ermöglicht ihr auch die Rolle der gefühlten Vermittlerin wie neulich im Falle des Freundes Viktor Orban zu übernehmen. Orban kündigte an, sich der ERK-Fraktion, die von Melonis Parteigeführert wird, im Europaparlament anzuschließen. Der neue für Italien noch ungünstige Stabilitätspakt wurde ohnehin akzeptiert. Zuversicht strahlte auch Olaf Scholz aus, als er in Berlin Meloni empfing und sich zu ihrem absurdem Abkommen für einen Migrantentransfer von Italien nach Albanien positiv äußerte. Ohne vorherige Absprache mit den Beteiligten lud Meloni sämtliche Afrika-Staatsvertreter:innen und EU-Gremien nach Rom für eine große Show ein, um ihren Afrika-Plan vorzustellen.

Fazit: Trotz aller Konflikte innerhalb der Koalition, insbesondere in Hinsicht auf die Europawahl, verkörpert Melonis Regierung die Vereinbarkeit zwischen einer wirtschaftsliberalen, antisozialen Politik und den Charakteristika eines autoritären Regimes.

Frankreich: Neues Einwanderungsgesetz und neue Regierung

Matthias Paykowski. Karlsruhe. Der französische Verfassungsrat hat Ende Januar weite Teile des im Dezember verabschiedeten Einwanderungsgesetzes gestrichen als nicht verfassungskonform! 32 Artikel wurden entfernt wegen formaler Verfahrensfehler. Gestrichen wurde, nichteuropäischen Staatsbürgern den Zugang zu Sozialleistungen zu erschweren. Arbeitslose mit gültiger Aufenthaltsbewilligung hätten erst nach fünf Jahren Aufenthalt Kindergeld erhalten, Arbeitende erst nach 30 Monaten. Eine Kautions für eine Aufenthaltsgenehmigung bei ausländischen Studierenden aus nicht-europäischen Ländern fiel durch, ebenso verschärzte Regeln zum Familiennachzug. Der Nationalversammlung fehlt die Befugnis, jährlich Migrationsquoten festzulegen, Erschwernisse beim Erwerb der Staatsbürgerschaft widersprechen der Verfassung.

Übrig blieb der ursprüngliche Entwurf der Regierung mit erleichterten Abschiebungen, beschleunigten Asylverfahren und einer „Präventivhaft“, sollten Asylbewerber eine „Gefahr für die öffentliche Ordnung“ darstellen. Für Sans-Papiers, die drei Jahre illegal im Land sind, sieht das Gesetz erleichterten Zugang zu Aufenthaltsbewilligungen vor, sofern sie in einem Wirtschaftszweig arbeiten, in dem Mangel an Arbeitskräften herrscht.

Eine Mehrheit für das Gesetz war nur zustande gekommen, weil die Republikaner LR ihre Änderungen hatten durchsetzen können und auch Le Pens RN zustimmte. Die Rechte feierte das Gesetz, der Regierungspartei ging der linke Flügel vom Seil, der Gesundheitsminister trat zurück. Viele aus Macrons Lager wollten Verschärfungen bei der Einwanderung nicht zustimmen. Im Land demonstrierten hunderttausend dagegen. Macron ernannte eine neue Regierung mit dem 34-jährigen Gabriel Attal und versprach neben einer demografischen, industriellen, wissenschaftlichen und landwirtschaftlichen, vor allem eine „staatsbürgerschaftliche Aufrüstung“ – mit der Schule „als Mutter aller Schlachten“: Ausbau der Staatsbürgerkunde, obligatorische Lektüre französischer Philosophen und Schriftsteller, obligatorischer Kunst- und Theaterunterricht, „vernünftige Bildschirmzeit“, höhere Ansprüche an Sprachkenntnis. Das Tragen von Schuluniformen ist im Test.

Attal soll gegenüber Le Pens RN Boden gut machen. Es ist zu befürchten, dass der RN in Frankreich bei den Europawahlen die meisten Stimmen holt.

Polen nach den Wahlen, Chancen für die neue Regierung

Jakub Kus, Warschau

Die polnische politische Landschaft nach den Wahlen im Oktober 2023 ist kompliziert. Die neue Regierungskoalition setzt sich aus drei Gruppierungen zusammen. Sie umfasst jedoch nicht weniger als zehn größere und kleinere Parteien mit Ausrichtungen, die von der modernen Linken bis zu konservativ Mitte-Rechts reichen. Die rechtspopulistische Vereinigte Rechte, die seit acht Jahren an der Macht ist, hat die meisten Sitze gewonnen, konnte aber keine neue Regierung bilden, weil sie nicht koalitionsfähig ist.

Kaczynskis Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) und ihre Verbündeten verkraften ihre Niederlage nur schwer. In Zusammenarbeit mit Präsident Duda versuchten sie, die Bildung einer Regierung aus der siegreichen Koalition zu verzögern und zu behindern. Daher wurde die neue Regierung von Donald Tusk erst am 13. Dezember, fast zwei Monate nach den Wahlen, gebildet. Die Parteien der neuen Koalition eint vor allem der Wille, von der Vereinigten Rechten eingeführten Änderungen rückgängig zu machen, die gegen den Grundsatz der dreigliedrigen Gewaltenteilung verstößen, darunter vor allem die Unabhängigkeit der Judikative. Dies, sowie Maßnahmen gegen politische Korruption und zur Liberalisierung der Bestimmungen über die Rechte von Frauen und Minderheiten war die vor den Wahlen vereinbarte Grundlage zwischen den drei Gruppen, die die derzeitige Regierung bilden: Bürgerkoalition (mit Tusks überwiegend zentristischer und liberaler Bürgerplattform), Dritter Weg (mit der Mitte-Rechts- und konservativen Polnischen Volkspartei und dem zentristischen, liberalen Polen 2050) und Neue Linke (mit der sozialliberalen und sozialdemokratischen Neuen Linken und der stark linksgerichteten Partei Miteinander). Die Regierungskoalition hat sich auf die grundlegenden Bereiche des gemeinsamen Handelns geeinigt, was jedoch nicht bedeutet, dass die Tätigkeit der neuen Regierung frei von koalitionsinternen Differenzen sein wird.

Die ersten Auswirkungen der Tätigkeit der neuen Tusk-Regierung werden in erster Linie davon abhängen, inwieweit es ihr gelingt, die Rechtsstaatlichkeit in der Funktionsweise der staatlichen Strukturen wiederherzustellen und die Strukturen der Vorgängerregierung zu korrigieren. Dies ist nicht einfach, da die Vereinigte Rechte, die seit acht Jahren an der Macht war, viele wichtige Ämter „zubetoniert“ hat, was personelle Verän-

derungen erschwert oder gar unmöglich macht. Hinzu kommt, dass die Interessen von Recht und Gerechtigkeit bis Mitte 2025 (bis zu den Präsidentschaftswahlen) von Präsident Andrzej Duda wahrgenommen werden, der eng mit diesem politischen Umfeld verbunden ist und hofft, nach dem angekündigten Abgang von Kaczynski eine wichtige Rolle darin zu spielen. Der Präsident hat die Möglichkeit, gegen alle Gesetze der neuen Koalition (mit Ausnahme des Haushaltsgesetzes) ein Veto einzulegen und die Unterschrift zu verweigern.

Kampffeld Sozialpolitik

Vor allem muss sich die neue Regierung an ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Wählern erinnern. Die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz sowie die Rechenschaftspflicht der Vereinten Rechten für Missstände und Pathologien sind nur ein Element dieser Verpflichtungen. Ebenso wichtig sind Maßnahmen zur Liberalisierung zahlreicher Bereiche der Bürgerrechte, darunter vor allem die Rechte der Frauen und die Verteidigung der Rechte sexueller Minderheiten. Das gute Wahlergebnis der neuen Koalition wurde weitgehend durch die Stimmen der Frauen und der jüngsten Wähler bestimmt. Die bevorstehende Kampagne für die Liberalisierung des Abtreibungsgesetzes (eines der restaktivsten in Europa) wird daher von entscheidender Bedeutung sein. Sie wird von der bürgerlichen Koalition und der Linken unterstützt, aber die Position des Dritten Weges ist unklar. Selbst wenn das Gesetz, das Abtreibungen bis zur 12. Woche erlaubt, verabschiedet wird, ist es unwahrscheinlich, dass es vom Präsidenten unterzeichnet wird. Das Spiel der Regierung mit dem Präsidenten wird bis zu den Zwischenwahlen 2025 andauern, und es ist unwahrscheinlich, dass in dieser Zeit eine gute Zusammenarbeit zu erwarten ist.

Ein weiterer sensibler Bereich ist die Sozialpolitik. Die Regierung von Recht und Gerechtigkeit hat eine Reihe von Sozialmaßnahmen zur direkten Unterstützung von Familien eingeführt, die von den weniger wohlhabenden sozialen Gruppen sehr geschätzt wurden. Die neue Koalition hat sich verpflichtet, sie beizubehalten. Man könnte sagen, dass sie keine andere Wahl hatte. Recht und Gerechtigkeit wird immer noch von etwa 30 % der Wählerschaft unterstützt, von denen ein erheblicher Teil vor allem ihre

Sozialpolitik stützt. Diese instabile und „fließende“ Wählerschaft ist auch für die Gruppierungen in der neuen Koalition wichtig – insbesondere für die Linke und die Polnische Volkspartei, die dem Dritten Weg angehört. Es ist daran zu erinnern, dass die vorherige Regierung der Bürgerplattform und der Polnischen Volkspartei im Jahr 2015 die Macht vor allem wegen fehlender akzeptabler Sozialpolitik und einer ausgesprochen neoliberalen Ausrichtung verloren hat. Auch die ländliche Wählerschaft, die bis vor kurzem die PiS massiv unterstützt hat, soll zurückgewonnen werden.

Europaorientierung

Die neue Regierung wird in naher Zukunft versuchen zu zeigen, dass Polen in die Europäische Union „zurückkehrt“. Die überwiegende Mehrheit der polnischen Gesellschaft ist nach wie vor proeuropäisch eingestellt, aber diese Überzeugung beruht in erster Linie auf den wirtschaftlichen Grundlagen und der Bedrohung durch Russland und in geringerem Maße auf liberalen Werten. Die unmittelbare Bewährungsprobe für die neue Regierung wird daher darin bestehen, Zugang zu den Mitteln des Wiederaufbauplans zu erhalten, sich dann mit Fragen der Migrationspolitik zu befassen und sich an der Vereinbarung wichtiger Maßnahmen zur Umsetzung des Green Deal und der Industriepolitik zu beteiligen. Ungeachtet der Tatsache, dass die neue Regierung von umweltfreundlichen Kreisen in Polen unterstützt wird, wird sie in Bezug auf das Emissionshandelssystem, die CBAM und die Verfolgung einer Politik der Null-Emissionen eine sehr selbstbewusste Haltung einnehmen. Die große Mehrheit der polnischen Öffentlichkeit, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, steht dem Vorgehen der EU in diesem Bereich kritisch gegenüber. In der Verteidigungspolitik Polens sind keine Änderungen zu erwarten. Hier sprechen sich nahezu alle Gruppierungen für eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts aus.

Für die Regierungskoalition stehen in naher Zukunft zwei Wahltests an: die Kommunalwahlen, die auf regionaler Ebene sehr wichtig sind, und die nächsten Europawahlen. Für die Regierung sind erstere wichtiger, weil sie im Falle eines guten Ergebnisses die Möglichkeit erhält, den Einfluss der Vereinigten Rechten deutlich zu verringern und sie auf lokaler Ebene zu schwächen. Daher sind in naher Zukunft vor allem Initiativen der neuen Regierung zu erwarten, die Verfügbarkeit von Finanzmitteln zu erhöhen. Die Europawahlen sind nicht nur für die polnischen Politiker, sondern auch für die Mehrheit der Wähler immer

noch weniger wichtig. Die Sitze der Euroopaabgeordneten werden in den meisten Fällen immer noch als eine Art Aufbewahrungsort für Politiker betrachtet, die von ihrer Partei im Land nicht mehr gebraucht werden, oder als eine Art Belohnung für politische Ruheständler. Im Allgemeinen interessiert sich die Öffentlichkeit nicht dafür, was die polnischen Abgeordneten tun, zumal die meisten von ihnen nicht sehr aktiv sind.

Perspektiven der Linken und der Regierung

Vor dem Hintergrund der politischen Lage im Land scheint die Situation der Linken in der Regierungskoalition immer komplizierter zu werden. Die Linke ist nach vielen Jahren der Abwesenheit in die Regierung zurückgekehrt, aber geschwächt, mit deutlich weniger Sitzen im Parlament als in der vorherigen Wahlperiode. Der Grund dafür ist, dass ein Großteil der sozialen Agenda der Linken von Kaczynskis Partei Recht und Gerechtigkeit übernommen wurde und ein Teil der Forderungen zu den Bürgerrechten von Tusks bürgerlicher Koalition. Die Linke selbst ist inkohärent. Sie setzt sich zusammen aus Politikern der Neuen Linken, die sich selbst als sozialdemokratische, sozialliberale, antiklerikale, feministische und umweltfreundliche Gruppierung bezeichnet, und der Partei Miteinander, die zwar an der Koalition beteiligt ist, sich aber geweigert hat, in die Regierung einzutreten. Die erstgenannte Partei hat die neoliberalen Wirtschaftspolitik der vorherigen SLD-Regierungen „auf dem Gewissen“. Die Miteinander-Partei ist zwar radikaler, aber in letzter Zeit nicht sehr aktiv. Die Chance der Linken besteht darin, dass die neue Koalition ohne sie keine Mehrheit im Sejm hat, aber

ihre eventuellen Erfolge werden eher der dominierenden Bürgerkoalition zugeschrieben. Unabhängig von der ohnehin vorhergesagten Obstruktionspolitik des Präsidenten dürfte es der Linken aufgrund des Widerstands der konservativen Kreise des Dritten Weges, aber auch aufgrund ihrer eigenen innenpolitischen Inkohärenz schwerfallen, ihre politischen Vorstellungen umzusetzen. Die Linke wird bei den nächsten Kommunalwahlen höchstwahrscheinlich in einer Koalition mit Tusks Gruppierung antreten, was ihr zwar mehr Sitze in den Regionen, aber noch weniger politische Unabhängigkeit bescheren könnte.

Hat die Regierung Tusk Aussicht auf Erfolg? Vieles hängt von der Effizienz der Verwaltung in den einzelnen Ministerien ab und davon, ob es gelingt, den Widerstand der von der Vorgängerregierung hinterlassenen Strukturen zu brechen. Während im letzteren Fall die neue Koalition energisch – manchmal bis an die Grenze des Legalen – Veränderungen in Angriff genommen hat, lässt sich über die Effizienz der Wirtschaftspolitik wenig sagen. Der Prozess der personellen Erneuerung ist im Gange, und man könnte sagen, sehr langsam. Die wichtigen Wirtschaftsressorts befinden sich noch in der Analyse- und Prüfungsphase und ergreifen keine entscheidenden Maßnahmen. Ist es nur Vorsicht oder ein Mangel an guten Ideen und gutem Verwaltungspersonal? Die nächsten Monate werden es zeigen. Die Stärken der Koalition sind ihre proeuropäische Haltung und ihre Ausrichtung auf die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit. Reicht das aus? Wahrscheinlich nicht. Diese Regierung weiß allerdings, dass es nicht ausreicht, Wahlen zu gewinnen, um tatsächlich zu regieren.

Spanien: Etappensieg der Konservativen gegen das Amnestiegesetz

Claus Seitz, San Sebastián

Warum lehnte die katalanische Partei Junts am 30. Januar im Parlament den Gesetzestext für eine Amnestie ab, dem sie eine Woche zuvor im Rechtsausschuss noch zugestimmt hatte?

„Niemals wäre der Meinungswandel von Junts erfolgt ohne die frenetische Folge von Entscheidungen von Seiten des Richters der Audiencia Nacional (Nationaler Gerichtshof) Manuel Castellón ... Niemals hätten wir uns vorgestellt, dass ein Richter den Werdegang eines Gesetzes so weit torpedieren könnte, dass es zu Fall kommt.“¹

Der Tatbestand Terrorismus wurde im Gesetzestext bewusst von der Amnestie

ausgenommen. Im November erweckte Richter Castellón den Fall „Protestbewegung Tsunami“ zu neuem Leben und forderte, ohne dafür neue Belege vorzulegen, Puigdemont und die Generalsekretärin des ERC, Martina Rovira, des Terrorismus anzuklagen. Regierung und Junts nahmen daraufhin am 23.1. des Terrorismus Beschuldigte, „die keine schweren Verstöße gegen die Menschenrechte“ begangen hätten, in die Amnestie auf. Drei Tage später verkündete Castellón, die Anschuldigungen gegen Puigdemont würden „schwerwiegende Verstöße gegen die Menschenrechte“ beinhalten. Am Tag vor der Abstimmung im Parla-

Der Oberste Gerichtshof hat ein Problem, nicht PSOE / Junts

„Die Wahrscheinlichkeit, dass der Oberste Gerichtshof (TS) die Meinung von García Castellón übernimmt, ist praktisch gleich null. Puigdemont ist Mitglied des Europaparlaments und der TS müsste sich an dieses wenden und fordern, dass es seine Immunität aufhebt. Gibt es jemanden, der glaubt, der TS würde es wagen, die Aufhebung der Immunität von Puigdemont zu fordern, um ihm wegen Terrorismus den Prozess zu machen? Wäre der 2. Senat bereit, sein professionelles Prestige zu riskieren und sich mit diesem Antrag zum Witzbold von ganz Europa zu machen? Castellón und Aguirre können den Clown spielen, weil sie nicht richten müssen, sie müssen den Fall nur an den TS übermitteln. ... Die spanische Justiz kann nichts machen gegen das Amnestiegesetz, außer das Verfassungsgericht würde es als verfassungswidrig erklären.“ (Javier Pérez Royo, Professor für Verfassungsrecht)

ment verlängerte er die Untersuchung um weitere sechs Monate, um die Amnestie für Puigdemont erst einmal ins Leere laufen zu lassen. „Niemals hat man einen Richter erlebt, der so offen als ein weiterer Protagonist im politischen Spiel agiert. Ohne einen Sitz im Parlament zu haben, interveniert er direkt im Gesetzesprozess ... Die PP ist begeistert von seinen Entscheidungen. Castellón ist, in dem was wirklich wichtig ist, effizienter als die PP-Führung.“²

Parallel ließ Richter Joaquín Aguirre den Fall „Russland-Connection“ auf magische Weise wieder auferstehen mit dem Ziel, Puigdemont „Hochverrat“ anzuhängen.² Auch er verlängerte die Untersuchungen um sechs Monate.

Bei Junts läuteten alle Alarmglocken, bis dahin, dass Panik ausbrach. Man befürchtete, dass nicht nur Puigdemont und die etwa achtzig von Castellón des Terrorismus Beschuldigten aus der Amnestie fallen könnten, sondern auch eine noch unbestimmt lange Liste mit des Hochverrats Beschuldigter. Die Rechtsberater von Junts kamen zum Schluss, dass aus den Ausnahmen im Gesetzestext jeder Hinweis auf Terrorismus etc. eliminiert werden sollte.

Der Abgeordnete Ruben Wagensberg der katalanischen ERC-Partei reiste nach der Ankündigung Castellóns, ihn im Fall Tsunami-Bewegung anklagen zu wollen, in die Schweiz, um sich dort juristisch beraten zu lassen. „Ich bekomme Panik, wenn ich an die Rückkehr nach Katalonien denke“, erklärte er dort. Bezuglich der Parlamentsabstimmung meinte er: „Wir haben so gehandelt, wie die Richter es wollten. Man hat das Gesetz zu Fall gebracht, und die Richter mussten es nicht einmal selbst machen“.

Die Sozialisten (PSOE) und die ERC beharren gegenüber Junts darauf, dass es unmöglich sei, jeder Aktion von Seiten der Richter hinterherzulaufen. Weitere Gesetzesänderungen erhöhten das Risiko, dass es rechtlich angreifbar würde. Die nicht zu rechtfertigenden Exzesse der Richter würden in den höheren Instanzen ins Leere laufen, so wie Castellón in anderen Fällen, z.B. gegen Podemos, scheiterte.

Pedro Sanchez am 1. Februar: Die katalanische Unabhängigkeitsbewegung

ist nicht terroristisch, und die Gerichte werden es so beschließen. Auf Basis des vorliegenden Gesetzestextes werden alle Betroffenen amnestiert werden.

Innerhalb von zwei Monaten müssen Sichtweisen und Rechtsinterpretationen in Einklang gebracht werden, um das Gesetz zu retten.

(1) <https://elpais.com/espagna/2024-01-31/la-legislatura-pende-de-un-hilo.html>

(2) https://www.eldiario.es/politica/jueces-demuestran-no-necesitas-escano-protagonista-politica_129_10876033.html

Podemos: Auf zum letzten Gefecht!

Bei den Wahlen im Mai verlor Podemos die Beteiligung an fünf regionalen Regierungen, jegliche Repräsentanz in den Regionalparlamenten von Madrid, Valencia und den Kanarischen Inseln, sowie in den Stadträten von Madrid und Valencia. In der Folge musste Podemos ca. 80 % ihres Personals entlassen. Angesichts düsterster Aussichten für eine eigenständige Kandidatur bei den Parlamentswahlen willigte Podemos ein, sich in das linksgrüne Wahlbündnis Sumar einzufügen und eine „bescheidene Rolle“ einzunehmen. In Sumar integriert gelangten fünf Vertreter von Podemos ins Parlament.

Die Bescheidenheit war von kurzer Dauer. Anfang Dezember traten die fünf Podemos-Abgeordneten aus der Sumar-Fraktion aus, angeblich weil Sumar abgelehnt hat, Irene Montero (Podemos) wieder als Gleichstellungsministerin einzusetzen. Es waren gerade die Weigerung Monteros, Fehler einzugeben und dafür Verantwortung zu übernehmen, und die offensichtlich gewordene Kluft zwischen populistischem Anspruch und mangelnder Regierungskompetenz wesentlich dafür, dass sich viele Wähler von Podemos abgewandt hatten.

Pablo Iglesias dagegen: „Podemos hat mehr Mitglieder als jede andere linke Kraft. Wir haben die besten Mitglieder und die besten Leute auf verantwortlichen Positionen auf zentraler Ebene. Unser Projekt macht heute mehr Sinn als jemals zuvor. Wir sind entschlossen, uns zu erheben und den Bürgern ein übergreifendes politisches Projekt vorzuschlagen, das die Beschränkungen von PSOE und der Sozialdemokratie nicht akzeptiert. Ich glaube, dass immer mehr Leuten klar wird, dass dies unverzichtbar ist. Podemos wird für viele Jahre der fundamentale, ideologische Akteur der spanischen Linken sein.“

Die delikaten Mehrheitsverhältnisse im Parlament nutzen, um Podemos gegenüber Sumar als die wahre Linke zu profilieren und sich bei den Europawahlen mit der Spitzenkandidatin Irene Montero in die Schlacht zu werfen, so das

naive Kalkül der Podemos-Spitze.

Seit dem Austritt aus der Sumar-Fraktion reißen die Parteiaustritte nicht ab. Fast die gesamte regionale Führungsstruktur in Madrid ist weggebrochen.

Am 24.1. gab Iglesias dem Mitbegründer von Podemos, Juan Carlos Monedero, im „Canal Red“ (TV-Kanal in Madrid) den Hut, nachdem er es gewagt hatte, Kritik zu äußern. Iglesias führt die Partei nach seinem Rücktritt von allen Regierungs- und Parteiämtern seit März 2023 faktisch über den Canal Red. Monedero war bis 2023 Direktor der Podemos-Stiftung und rechte Hand von Iglesias bei diversen Säuberungsaktionen.

Am 26.1. erklärte Lilith Verstrynghe, Organisationssekretärin von Podemos, Nr. 3 der Partei, eine der fünf Abgeordneten, den Rücktritt von allen Parteiämtern und gab ihr Mandat an Sumar zurück. Am 30.1. machte Jaume Asens, Unidos Podemos-Fraktionssprecher im letzten Parlament, seinen Austritt publik.

Der letzte Akt des Selbstzerstörungsprozesses von Podemos ist eingeleitet.

Zitate zu Podemos

„Auf der Suche nach eigenem Profil bricht Podemos das Abkommen mit Sumar und maßt sich die Schlüssel-Position für die parlamentarische Mehrheit an“. (El País)

„Nicht anerkennen, dass es irgendeinen Grund geben muss, wenn Dir die Leute davonlaufen; auf einer unheilvollen politischen Kultur beharren, in der die Dissidenten von der Führung stigmatisiert werden und sich von der Partei abwenden; beharrlich auf dem Vorschlag Irene Montero bestehen, als ob es in Podemos keine anderen kompetenten Politiker gäbe.“ (Juan Carlos Monedero)

„Für Podemos ist das Schicksal besiegelt. Nicht einmal die Europawahlen im kommenden Juli werden ihr jetzt als Rettungsring dienen. Podemos kann der spanischen Linken enormen Schaden zufügen, aber sie kann sich kein positives Ergebnis mehr erwarten vom Austritt aus Sumar.“ (Javier Pérez Royo, elDiario.es)

„Podemos: Schnell leben, jung sterben und einen ‚schönen‘? Leichnam hinterlassen.“ (Isaac Rosa, elDiario.es)

Formelkompromiss – Beim Thema Staatsschulden setzt die EU weiter auf Floskeln statt seriöser Reform

Rüdiger Lötzer, Berlin

Am 21. Dezember letzten Jahres haben die Botschafterinnen und Botschafter der EU-Staaten eine „Reform der Haushaltsgesetze“ verkündet, über die nun mit dem Europäischen Parlament verhandelt werden soll. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Spaniens, Nadia Calvino, erklärte, damit wolle die EU sich einsetzen „für ausgewogene und langfristig tragfähige öffentliche Finanzen sowie für Investitionsschutz, Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in der gesamten EU“. Schon die wolkige Formulierung lässt ahnen, dass hier wirkliche Konflikte überdeckt wurden.

Jeder Mitgliedsstaat soll nämlich nun einen Finanzplan für vier oder fünf Jahre erstellen, mit dem öffentliche Investitionen und Reformen möglich bleiben, der aber zugleich einen „schrittweisen Schuldenabbau und ein nachhaltiges und inklusives Wachstum gewährleistet“. Wie diese Quadratur des Kreises gelingen soll, ohne dass sich die Mitgliedstaaten in Wirklichkeit auf Investitionen und Wachstum fokussieren und die Schuldenregeln lockern, bleibt ein Rätsel.

Der Europäische Gewerkschaftsbund hat deshalb zu Recht auch schon gegen die Einigungsformeln des Ratsbeschlusses protestiert und das Parlament aufgefordert, keine „Defizit-Sicherungsregeln“ zu genehmigen und die Schuldenobergrenze zu lockern.

Tatsächlich hat die EU seit dem Vertrag von Maastricht 1992 mit seinen sogenannten „Stabilitätsregeln“ (kein öffentliches Defizit von 3% oder mehr der Wirtschaftsleistung pro Jahr, keine Staatsschulden von mehr als 60% des BIP) ein Problem. So wurden diese „Schuldenregeln“ 2005 das erste Mal geändert, als ausgerechnet Deutschland, der angebliche „Zuchtmeister“ der EU in Sachen starker Haushalt, gemeinsam mit Frankreich dagegen offen verstieß. 2011, nach der weltweiten Finanzkrise, wurden die Regeln erneut verschärft – mit fürchterlichen Folgen durch die Diktate der sog. „Eurogroup“ für Griechenland und andere Mittelmeerländer.

Tatsächlich muss die Finanzarchitektur der EU gründlich reformiert werden – vermutlich mit einer oder mehreren EU-Steuern (eine europaweite Vermögenssteuer, eine Steuer auf Finanzgeschäfte oder ähnliches), EU-Schulden (die sog. „Eurobonds“) und einer Anhebung der Obergrenzen für staatliche Schulden.

Wie wirklichkeitsfremd diese Obergrenzen für viele Staaten sind, zeigt ein Blick auf die Entwicklung der „Staats-

schuldenquote“ mehrerer EU-Staaten seit 2010.

Land	Staatsschuldenquote in % des BIP	
	2010	2022
Griechenland	147,5%	178,1%
Portugal	100,2%	113,9%
Frankreich	85,3%	111,8%
Italien	119,2%	144,4%
Spanien	61,7%	111,6%

Quellen: Destatis, IWF, Statista

Für die Bundesrepublik wies der SPD-Haushaltsexperte Thorsten Rudolph darauf hin, dass Deutschland in den Jahren 2010 bis 2022 – also wesentlich unter der Regierung Merkel – seine Staatsverschuldung von 81% auf jetzt 64% verringert habe. Bis Ende 2025 solle sie weiter Richtung 60 Prozent sinken. „20 Prozent Schuldenquote entsprechen 800 Milliarden Euro. Jetzt muss man sich mal vorstellen, wir hätten 400 Milliarden Euro davon investiert.“ (ntv, 18.1.24). 400 Milliarden Euro mehr Investitionen in Schienen, Brücken, Schulen, Kitas, die allseits mit guten Gründen verlangt werden.

Wie wirklichkeitsfremd der Brüsseler Formelkompromiss ist, machte auch die FAZ in einem Artikel mit der spöttischen Überschrift „EU-Stabilitätspakt, die vierte“ deutlich. Denn die neue Richtlinie, die nun mit dem Parlament verhandelt werden soll, sieht auch weiter Geldbußen für Länder vor, die gegen die Stabilitätsregeln der EU verstößen. Bis zu 0,05% des BIP sollen diese zahlen. Das wären für die BRD etwa 1,8 Milliarden Euro, die „alle sechs Monate bis zur Ergreifung wirksamer Maßnahmen akkumuliert“ werden sollen. Tatsächlich wurden solche Geldbußen bisher kein einziges Mal gegen ein Euro-Land verhängt.

In Wirklichkeit kommt es also auf das Ergebnis der kommenden Europawahlen an, ob sich das neue EU-Parlament dazu aufrafft, sich für eine seriöse Reform der europäischen Finanzarchitektur ins Zeug zu werfen. Mit eigenen EU-Steuern, EU-Schulden und einer Fokussierung der Wirtschafts- und Haushaltspolitik auf mehr Förderung von Innovationen, mehr Wachstum und eine Transformation der Wirtschaft. Immerhin war der Europäische Rat so weise, eine erste Überprüfung der neuen Richtlinie bereits für 2025 vorzusehen.

Pressemitteilung des Europäischen Rats vom 21.12.2023; ntv-Interview mit SPD-MdB Thorsten Rudolph, 18.1.24; EGB-Stellungnahme vom 17.1.24: „100 Milliarden Euro Kürzungen nächstes Jahr unter dem Austeritätsplan des Europäischen Rats“ (in Englisch); FAZ, 22.12.23

Nicht einfach nur ein Wechsel – belgische EU-Ratspräsidentschaft

Eva Detscher, Karlsruhe. Das Mitgliedsland der EU, das die Präsidentschaft des Europäischen Rats übernimmt, formuliert eigene Schwerpunkte im Rahmen des Achtzehnmonate-Programms, das von jeweils drei aufeinanderfolgenden Ländern gemeinsam getragen wird. Dieses Jahr kommen Belgien und Ungarn an die Reihe mit Vorgänger Spanien in einer Dreiergruppe, ab 1.1.2025 wird die Dreiergruppe Polen, Dänemark und Zypern das Programm für die kommenden 18 Monate beschließen.

„Schützen, Stärken, Vorausschauen“ – so der Slogan der belgischen Ratspräsidentschaft mit Ministerpräsident Alexander De Croo (die Regierung De Croo besteht aus Sozialisten, Liberalen, Christdemokraten und Grünen – den vier größten politischen Lagern des Landes). „Nachhaltigkeit und Genügsamkeit“ sind weitere Schlagworte, außerdem steht Belgien hinter der Ukraine-Politik der EU. Die Übernahme einer Ratspräsidentschaft gibt vielen Akteuren die Möglichkeit, ihre Vorschläge für die Ausgestaltung der Politikfelder auf EU-Ebene zu formulieren. Die Fraktionen im Europäischen Parlament nutzen die Gelegenheit: die konservative EVP vermisst die Erwähnung der Landwirte, die Sozialdemokratie betont die Säule sozialer Rechte, faire Arbeitsbedingungen und die Richtlinie für die Plattformarbeit.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) gibt in einer Erklärung politische Empfehlungen zur Beziehung zwischen wirtschaftlicher Steuerung, langfristigem integrativem Wachstum und nachhaltiger Sicherheit sowie der Kraft der Sozialwirtschaft bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Der EWSA-Vorsitzende ruft bisherige Perioden belgischer Ratspräsidentschaft in Erinnerung (Belgien ist zum dreizehnten Mal dran): „Der belgische Ratsvorsitz hat es sehr gut verstanden, die Sozialpartner und die organisierte Zivilgesellschaft in seine Arbeit einzubeziehen. Dies ermöglicht es uns, in diesen entscheidenden Zeiten vor den Europawahlen zivilgesellschaftlichen Input in die Arbeit des Ratsvorsitzes einfließen zu lassen.“

Daran eine Ratspräsidentschaft zu messen, ist eine gute Idee, stellt der beständige Austausch und das wechselseitige Voranbringen von sachlichen Aufgaben durch im weitesten Sinne zivilgesellschaftlichen Akteuren und den Institutionen der EU doch eine der Stärken der EU dar.

Gaza: Internationaler Gerichtshof...



... fordert von Israel Maßnahmen zur Verhinderung des Völkermords an den Bewohnern des Gaza-Streifens
Südafrika hat vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag Klage gegen Israel wegen Verstoß gegen die Völkermord-Konvention erhoben.

„Die vorliegende Klage betrifft Handlungen, die von der Regierung und dem Militär des Staates Israel gegen das palästinensische Volk, eine besondere nationale, rassistische und ethnische Gruppe, nach den Anschlägen in Israel am 7.10.2023 beschlossen, geduldet, und vorgenommen wurden und werden sollen. Südafrika verurteilt unmissverständlich alle Verletzungen des Völkerrechts durch alle Parteien, einschließlich der direkten Angriffe auf israelische Zivilisten und

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20231228-app-01-00-en.pdf>, eig. Übersetzung

Ulli Jäckel, Hamburg

Dem Antrag Südafrikas, Israel zur sofortigen Einstellung der bewaffneten Handlungen aufzufordern, kam das Gericht nicht nach. Es nahm aber die katastrophale Lage der Bevölkerung zur Kenntnis, wie sie durch Stellungnahmen von OCHA-Generalsekretär Griffiths, der WHO, der UNWRA und des UN-Generalsekretärs geschildert wurden:

„Das Gericht ist sich des Ausmaßes der menschlichen Tragödie, die sich in der Region abspielt, voll bewusst und ist zutiefst besorgt über den anhaltenden Verlust von Menschenleben und das menschliche Leid.“

Außerdem nahm das Gericht die zahlreichen Beispiele zur Kenntnis, die die „entmenschlichende Sprache“ und den heftigen Anstieg von gegen die Palästi-

andere Staatsangehörige sowie Geiselnahmen durch die Hamas und andere bewaffnete palästinensische Gruppen. Kein bewaffneter Angriff auf das Hoheitsgebiet eines Staates, wie schwerwiegend er auch sein mag – selbst ein Angriff, bei dem Gräueltaten begangen werden – kann jedoch eine mögliche Rechtfertigung sein für Verstöße gegen das Übereinkommen von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (...) oder diese begründen.“

nenser gerichteten „rassistischen Hass-Reden und Entmenschlichungen (dehumanization)“ in den Stellungnahmen von israelischen Regierungsvertretern illustrierten. Angesichts der Ankündigung von Ministerpräsident Netanyahu vom 18. Januar 2024, dass der Krieg „noch viel mehr lange Monate“ dauern werde, stellte das Gericht fest, dass den Rechten der Bevölkerung des Gazastreifens irreparabler Schaden drohen könnte, bevor es seine abschließende Entscheidung treffen könne. Ohne die Entscheidung in der Hauptsache – ob die Handlungen Israels im Gaza-Streifen den Tatbestand des Völkermords erfüllen – zu präjudizieren, erkannte der Gerichtshof einen Teil der von Südafrika vorgebrachten Argumente als plausibel an und erkannte es für notwendig, folgende vorläufige Maßnahmen anzuordnen:

Aus der vorläufigen Anordnung:

1 Der Staat Israel soll in Übereinstimmung mit seinen Verpflichtungen aus der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, in Bezug auf die Palästinenser in Gaza alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen ergreifen, um die Begehung aller Handlungen zu verhindern, die in den Anwendungsbereich von Artikel II dieser Konvention fallen, insbesondere:

a die Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
b die Verursachung schwerer körperlicher oder seelischer Schäden bei Mitgliedern der Gruppe;
c die vorsätzliche Zufügung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; und
d die Verhängung von Maßnahmen, die darauf abzielen, Geburten innerhalb der Gruppe zu verhindern;

2 Der Staat Israel stellt mit sofortiger Wirkung sicher, dass sein Militär keine der in Punkt 1 beschriebenen Handlungen begeht;

3 Der Staat Israel trifft alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen, um die direkte und öffent-

<https://www.icj-cij.org/sites/default/files/case-related/192/192-20240126-ord-01-00-en.pdf>, eigene Übersetzung.

Die Anordnungen **1, 2, 5** und **6** wurden mit 15 zu 2 Richterstimmen beschlossen, die Punkte **3** und **4** mit 16 zu 1 Stimmen. Die Richterin Sebutinde (Uganda) stimmte in allen Fällen dagegen, der israelische Richter Barak in allen außer (**3** und **4**)

Reaktionen

(Zusammenstellung aus einer Vielzahl von Nachrichten, Stand 30.1.2024)

Israels Premierminister Benjamin Netanyahu erklärte in seiner Antwort, sein Land sei der Einhaltung des Völkerrechts und der Verteidigung seines Volkes verpflichtet. „Der schändliche Versuch, Israel dieses Grundrecht [auf Selbstverteidigung] abzusprechen, ist eine eklatante Diskriminierung des jüdischen Staates und wurde zu Recht zurückgewiesen“, sagte er in einer Erklärung. „Der gegen Israel erhobene Vorwurf des Völkermordes ist nicht nur falsch, sondern ungeheuerlich, und anständige Menschen überall sollten ihn zurückweisen.“

Der israelische **Verteidigungsminister Yoav Gallant**, der vom Präsidenten des Gerichtshofs zitiert wurde, weil er Palästinenser zu Beginn der israelischen Offensive als „menschliche Tiere“ bezeichnet hatte, sagte: „Der internationale Gerichtshof ist über das Ziel hinausgeschossen, als er dem antisemitischen Antrag Südafrikas stattgab, den Vorwurf des Völkermordes in Gaza zu diskutieren, und sich nun weigert, den Antrag rundheraus abzulehnen.“

Der im Westjordanland ansässige palästinensische **Außenminister Riyad al-Maliki** sagte, dass der Beschluss des IGH „eine wichtige Erinnerung daran sei, dass kein Staat über dem Gesetz steht“ und fügte hinzu, dass das Urteil „als Weckruf für Israel und die Akteure dienen sollte, die seine langanhaltende Straflosigkeit ermöglicht haben.“

Das **südafrikanische Außenministerium** sieht darin „einen entscheidenden Sieg für die internationale Rechtsstaatlichkeit“ sowie „einen bedeutenden Meilenstein bei der Suche nach Gerechtigkeit für das palästinensische Volk“. Außenministerin **Naledi Pandor** sagte: „Wie soll die Versorgung mit Wasser und Hilfe gewährleistet werden ohne Waffenstillstand? Wenn man den Beschluss liest, impliziert er die Notwendigkeit eines Waffenstillstandes.“

Uganda hat sich von der Stellungnahme der ugandischen Richterin **Sebutinde** am Internationalen Gerichtshof (IGH) distanziert, die sich gegen das Urteil des Gremiums in der Völkermordklage Südafrikas gegen Israel ausgesprochen hat. „Die von Richterin Sebutinde vertretene Position ist ihre eigene individuelle und unabhängige Meinung und spiegelt in keiner Weise die Position der Regierung der Republik Uganda wider“. Das ostafrikanische Land unterstützte die Position der **Bewegung der Blockfreien Staaten**

ten (NAM), die auf dem Gipfeltreffen in der ugandischen Hauptstadt in diesem Monat verabschiedet worden sei. Diese verurteilte Israels Krieg in Gaza und die Tötung von Zivilisten. Sie forderte außerdem einen sofortigen Waffenstillstand und ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe.

Die **UNO-Sonderberichterstatte-rin** für die besetzten palästinensischen Gebiete, **Francesca Albanese**, hat dem Internationalen Gerichtshof Doppelmoral vorgeworfen. Es sei eine riesige Enttäuschung, dass der Gerichtshof nicht den sofortigen Stopp des israelischen Militäreinsatzes im Gazastreifen angeordnet habe, sagte Albanese im Deutschlandfunk. Russland sei dagegen bei seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine aufgefordert worden, die Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen.

Die **Bundesregierung** hatte – wie die **USA**, **Großbritannien** und **Kanada** – in einer Erklärung ihre Unterstützung für Israel bekundet: „Die Konvention ist ein zentrales Instrument des Völkerrechts, um das „nie wieder“ umzusetzen. Einer politischen Instrumentalisierung treten wir entschieden entgegen. Wir wissen, dass verschiedene Länder die Operation Israels im Gazastreifen unterschiedlich bewerten. Den nun vor dem Internationalen Gerichtshof erhobenen Vorwurf des Völkermords weist die Bundesregierung entschieden zurück. Dieser Vorwurf entbehrt jeder Grundlage.“ Regierungssprecher Hebestreit sagte: „Die Bundesregierung intendiert, in der Hauptverhandlung als Drittpartei zu intervenieren.“ Auch **Österreich**, die **Tschechische Republik** und **Frankreich** hatten im Anschluss an die zweitägige erste Anhörung die Forderungen Südafrikas zurückgewiesen. Die **EU** hatte einen Kommentar zu der Klage abgelehnt, weil es unter den Mitgliedsstaaten dazu keine gemeinsame Position gibt.

Die deutsche Stellungnahme rief eine empörte Reaktion des **Präsidenten von Namibia** hervor: „Die deutsche Regierung hat den Völkermord, den sie auf namibischem Boden begangen hat, noch nicht vollständig wiedergutmachtet. In Anbetracht der Unfähigkeit Deutschlands, die Lehren aus seiner grausamen Geschichte zu ziehen, bringt **Präsident Geingob** seine tiefe Besorgnis über die schockierende Entscheidung zum Ausdruck, (...) in der sie die moralisch gerechtfertigte Anklage Südafrikas vor dem Internationalen Gerichtshof, dass Israel Völkermord an den Palästinensern in Gaza begeht, zurückweist. (...) Präsident Geingob wiederholte seinen Aufruf vom 31. Dezember 2023: „Kein friedliebender Mensch kann das Gemetzel an den Palästinensern in Gaza ignorieren.“

In diesem Sinne appelliert Präsident Geingob an die deutsche Regierung, ihre unzeitgemäße Entscheidung zu überdenken, als Drittpartei zur Verteidigung und Unterstützung der völkermörderischen Handlungen Israels vor dem Internationalen Gerichtshof zu intervenieren.“

Mit seiner Entscheidung hat der IGH sowohl dem Vorwurf der Bundesregierung an Südafrika, die Genozid-Konvention politisch zu instrumentalisieren, als auch der Bewertung, dass der Vorwurf jeder Grundlage entbehre, eine klare Absage erteilt.

Die **Europäische Kommission** und der EU-Chefdiplomat **Josep Borrell** bekräftigten in einer gemeinsamen Erklärung die Unterstützung der EU für den IGH: „Die Beschlüsse des Internationalen Gerichtshofs sind für die Parteien verbindlich, und sie müssen ihnen nachkommen. Die Europäische Union erwartet, dass sie vollständig, unverzüglich und wirksam umgesetzt werden.“ „Das Recht jeder Partei, Argumente in Bezug auf die Rechtsprechung, die Zulässigkeit oder die Begründetheit vorzubringen, bleibt von der heutigen Entscheidung über den Antrag Südafrikas auf Erlass vorläufiger Maßnahmen unberührt“, hieß es in der Erklärung. **Irland** und **Belgien** erklärten, sie würden die Entscheidung des IGH vom Freitag unterstützen.

Bundesaßenministerin Anna-Lena Baerbock erklärte: „Der Internationale Gerichtshof hat nicht in der Hauptsache entschieden, sondern im einstweiligen Rechtschutzverfahren vorläufige Maßnahmen angeordnet. Diese sind völkerrechtlich verbindlich. Aber auch daran muss sich Israel halten.“ Zudem habe der IGH daran erinnert, dass „auch Hamas an das humanitäre Völkerrecht gebunden ist und endlich alle Geiseln freilassen muss. Das werden wir mit aller Kraft unterstützen, ebenso die angeordnete Maßnahme an Israel, dringend mehr humanitäre Hilfe nach Gaza zu lassen.“

Der Zentralrat der Juden in Deutschland kritisiert: „Die Zurückweisung der extremen Forderung Südafrikas nach einem israelischen Waffenstillstand im Krieg gegen die Hamas in Gaza nimmt die J7 (Initiative von sieben großen jüdischen Diaspora-Gemeinden, d. Rd.) zwar zur Kenntnis, mit der einstweiligen Anordnung des Gerichts, Israel habe sicherzustellen, dass kein Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung begangen wird, verleiht der IGH der absurd Anschuldigung Südafrikas aber ein in keiner Weise zu rechtfertigendes Gewicht. Der Gerichtshof macht sich damit unweigerlich zum Gehilfen einer moralisch obszönen Anti-Israel-Kampagne, die neben Südafrika auch

von dem iranischen Regime betrieben wird. Die israelische Armee ist in hohem Maße bemüht, zivile unschuldige Opfer zu vermeiden, die von der Hamas nicht nur billigend in Kauf genommen werden, sondern Teil ihrer mörderischen Strategie zum in ihrer Charta verbrieften Ziel der Auslöschung des jüdischen Volkes sind. Angemessen wäre die Annahme des Antrags Israels auf Zurückweisung der gesamten Klage Südafrikas gewesen, über die nun aber noch in einem langwierigen Verfahren entschieden werden wird. Der Völkermord-Vorwurf wird dadurch schamlos politisiert und Opfer tatsächlicher Genozide verhöhnt. Der Zentralrat und die J7-Partner unterstützen hingegen die Forderung des Gerichts nach der Freilassung der von der Hamas in den Gaza-Streifen verschleppten Geiseln. Darauf hinaus gilt der Dank der J7 den Verbündeten Israels wie Deutschland, den USA, Großbritannien, Italien, Guatemala, Österreich und anderen, die vor dem Internationalen Gerichtshof sich gegen die Anschuldigungen Südafrikas gestellt haben.“

Der Westen isoliert sich vom Rest der Welt. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag hat Israel nicht des Völkermords beschuldigt und ist auch Südafrikas Eilantrag, Israel zu einem sofortigen Stopp der Kämpfe zu verpflichten, nicht gefolgt. Dennoch sei die Entscheidung des IGH, Israel zu einem besseren Schutz der Palästinenser aufzufordern, „ein hartes Urteil“ für das Land, schreibt der **Zeit-Autor Martin Klingst**. Denn 15 von 17 Richterinnen und Richtern hielten es für plausibel, dass der Krieg gegen die Hamas in einen Völkermord münden könnte. Das zeige, dass sich die israelische Regierung – und ihre vornehmlich westlichen Unterstützerländer – mit dem Narrativ eines reinen Verteidigungskampfes gegen die Hamas zunehmend isolierten. Und so sei der Prozess vor dem IGH auch ohne Beschuldigung des Völkermords ein Zeichen des Konflikts zwischen dem Globalen Süden und jenen Staaten, „die einst die Menschenrechtskonventionen und Weltgerichte geschaffen haben, sich aber selbst nur halbwegs daran gebunden fühlen.“

Der Ägypter **Mohammed El Baradei**, ehemaliger Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde, schreibt: „Der Gaza-Krieg entlarvt die regelbasierte internationale Ordnung als Farce. Zwischen dem Westen und der muslimischen Welt zeichnet sich ein Bruch ab.“

Viele, wenn nicht sogar alle Pfeiler der internationalen Ordnung der Nachkriegszeit scheinen zu bröckeln. (...) Ein besonders schwerer Schlag für das

System ist jedoch der anhaltende Krieg zwischen Israel und der Hamas. Die gravierenden Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht zum Schutz der Zivilbevölkerung sind kaum zu fassen. (...) Darüber hinaus hat die arabische bzw. muslimische Welt das Vertrauen in vermeintlich westliche Normen wie Völkerrecht und internationale Institutionen, Menschenrechte und demokrati-

sche Werte verloren. Ihrer Ansicht nach macht der Westen selbst vor, dass rohe Gewalt über allem steht. Natürlich ist die wachsende Überzeugung, dass es sich bei Demokratie und Menschenrechten – den liberalen Werten, die einst den Arabischen Frühling inspirierten – lediglich um Werkzeuge westlicher Vorherrschaft handelt, Musik in den Ohren von Autokraten und Despoten.“

Uneigennützig sind alle diese Maßnahmen keineswegs. Auch wenn sie ausführlich als nützliche Abmachungen für die pazifischen Länder ausgewiesen werden: als klimatische Vorsorge gegen Hitze, Sturm, Überflutung und Vulkanausbrüche, für den wirtschaftlichen Fortschritt und notwendige Investitionsmöglichkeiten zugunsten von Fischerei, die Landwirtschaft und Tourismus, zur Einführung von Informationstechnologie und für eine verantwortliche Staatsführung mit sozialer Gerechtigkeit und einer besseren Versorgung in Gesundheit, Bildung und Sport. Aber alle Verträge und Hilfsleistungen greifen doch beachtlich in die Eigenverantwortung und Selbständigkeit der betreffenden Staatsgebilde ein: in militärischer, wirtschaftlicher, polizeilicher und kultureller Hinsicht. Wie können unter diesen die alten indigenen Traditionen der pazifischen Bevölkerung und die Interessen ihrer neuen Staatsgebilde gewahrt bleiben?

Ein Beispiel macht dies noch einmal sehr deutlich: Im vergangenen Monat sind Australien und der Kleinstinselstaat Tuvalu – 26 qkm „groß“ – eine sogenannte Falepili-Union eingegangen. Das Abkommen gewährt den vom steigenden Meeresspiegel bedrohten BewohnerInnen, was sie seit längerem fordern, eine australische Aufenthaltserlaubnis, sprich: Auswanderung, von jährlich bis zu 280 Personen. Bei 12 000 EinwohnerInnen könnte dies immerhin bis zu 40 Jahre in Anspruch nehmen. Als Gegenleistung verlangt die australische Regierung, eine Votostimme bei diversen sicherheitspolitischen Entscheidungen zu bekommen. Das ebenfalls mit 11 000 EinwohnerInnen, 21 qkm „kleine“ Nauru sprach sich bewusst gegen einen ähnlichen Vertrag aus. Es hat erst vor kurzem seine bisherige Verbindung zu Taiwan gekappt. Auch Kiribatis Präsident Maa-mau hat die Beziehungen zu Taiwan zugunsten Chinas aufgegeben. Er billigte immerhin nach einem persönlichen Besuch der australischen Außenministerin Penny Wong ein allgemeines Entwicklungs- und Sicherheitsabkommen, aber keinen Falepili-Vertrag. Selbst der auf kirchlicher Mission in Papua-Neuguinea beruhende kirchliche „Pazifik-Rundbrief“, äußerte kritisch: „Viele (Staaten im Pazifik) sehen in den Klauseln eine Aufgabe der staatlichen Souveränität Tuvalus, vor allem in außenpolitischen Belangen. Aus ihrer Sicht hat sich Tuvalu mit dem Abkommen über den Tisch ziehen lassen – und es geht Australien gar nicht um den Klimawandel, sondern darum, möglichst großen außenpolitischen Einfluss auf Tuvalu sicherzustellen, um zu verhindern, dass sich ein weites Land der Region zunehmend China zuwendet.“

Ozeanien: Abmachungen und Abhängigkeiten

Edda Lechner, Norderstedt

Durch den Klimawandel steigt seit dem 20. Jahrhundert der Meeresspiegel, bis 2100 vermutlich um 110 Zentimeter im Vergleich zur Jahrtausendwende 2000. Die Ursachen sind die bekanntermaßen schmelzenden Gletscher und Eisschilde, sowie die allgemeine Erwärmung der Erde wie auch des Meerwassers. Das gilt besonders für die großen Länder im Westen des Pazifiks, Indonesien und die Philippinen, wie auch für die zahlreichen kleinen und kleinsten Staaten und Inselgruppen inmitten des Ozeans. So ist die höchste Erhebung auf Nauru mit 10 000 Einwohnern nur ganze 61 m und auf Tuvalu mit 12 000 Einwohnern sogar nur 5 m hoch. Es ist völlig illusorisch anzunehmen, dieses Problem könne durch den Bau von Dämmen und Aufschüttungen gelöst werden, selbst wenn dazu entsprechende finanzielle Mittel aufgebracht werden würden. Hinzu kommt, dass die entsprechenden Küstenregionen dieser Länder, wenn sie voraussichtlich im Meer verschwinden, die seewärts garantierten Basis-, bzw. Küstenlinien der 200 Seemeilen Zone wegfallen, die sie aber zum Fischen und für wertvolle Rohstoffe unbedingt benötigen. Deshalb haben 18 pazifische Staaten bereits vorsorglich deklariert, sie würden diese neu entstehenden Basislinien nicht mehr akzeptieren. Durch das bestehende Seevölkerrecht ist dies bisher noch nicht anerkannt.

Verständlicherweise sind von daher die Pazifik-Inseln weltweit am stärksten auf internationale Entwicklungshilfen angewiesen. Alle diese Hilfen waren zu 39 % klimabezogen. Von 2008 bis 2021 erhielt Ozeanien insgesamt 40 Milliarden Dollar und für ihre Volkswirtschaften spielt diese Unterstützung eine größere Rolle als in jedem anderen Teil der Welt. Dabei war das direkt am Rande des Pazifiks gelegene Australien mit rund 17 Milliarden der größte Geldgeber. Es folgten China mit 3,9 Mrd. und die Europäische Union mit 1,2 Mrd. Natürlich werden auf der Pa-

cific Aid Map des in Australien gelegenen Lowry Institute mit insgesamt 82 Geben diese Zuwendungen genau geprüft und beinhalten eine Rechenschaftspflicht für diese Auslandshilfe und deren Projekte.

Aber nicht nur das: Die Geldgeberländer haben bei ihrer Unterstützung dieser zwar kleinen, aber weltpolitisch wichtigen Inseln und Staaten durchaus ihre eigenen Interessen. Der Konflikt zwischen den USA mit ihren verbündeten westlichen Ländern und der chinesischen Volksrepublik, aber auch Japan und Australien, ist bekannt. In letzter Zeit wurden vielfach alte Abmachungen gecancelt und neue geschlossen. So haben die Salomonen erstmalig mit Chile diplomatische Beziehungen aufgenommen – „wir teilen denselben Ozean“. Papua-Neuguinea hat vor kurzem amerikanisches Militär und zugleich die „Bank of China“ in sein Land gelassen (wie in PB 6/23 berichtet), jetzt darf Australien mit 10 000 PolizistInnen die Unterstützung des dortigen Rechtssystems fördern – „wegen der bereits guten Verteidigungsbeziehungen im letzten Weltkrieg“. Vom chinesischen Festland in Hongkong starten immer mehr Direktflüge mit immer mehr chinesischen Touristen auf die Fidschis, außerdem bietet China für Kiribati den Bau eines neuen Flughafens an. Die Nördlichen Marianen hingegen – in der Hand der USA – lassen dagegen die leichte Einreise chinesischer Staatsangehöriger durch Visabestimmungen einschränken. Neuseeland verabschiedet mit Vanuatu das Programm für Migration und menschliche Sicherheit im Klimawandel (PCCMHS) für bessere Arbeitsmigration von Inselgruppe zu Inselgruppe. Auch die EU glänzt mit einem ihrer Hilfsprogramme, das sie für die Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten (OACPS) bereit hält: sie hilft 79 Ländern in aller Welt, darunter jetzt vorrangig dem Inselstaat Samoa anstelle des bisher gültigen Abkommens von Cotonou.

Th.J. Aus der großen Menge von Aufrufen für die unzähligen Demonstrationen der vergangenen Wochen gegen die völkisch-nationalistische Politik der AfD, dokumentieren wir stellvertretend einen Aufruf aus Halle. Abseits von Aufrufen und Demoberichten war die Nachrichtenlage bezogen auf den Auslöser der Demonstrationen, die Veröffentlichung des Medienhauses Correctiv eher dünn,. Wir dokumentieren deshalb auch Stellungnahmen von Verbänden, die sich auch aus Eigeninteresse aber gleichwohl sehr deutlich gegen Nationalismus und Rassismus positionieren.

Dem Rechtsruck widersetzen – Solidarisch. Vielfältig. Demokratisch.

halle-gegen-rechts.de Am 10. Januar veröffentlichte das Medienhaus Correctiv Recherchen zu einem Treffen in brandenburgischen Potsdam von AfD-Funktionsträger*innen, Neonazis, Mitgliedern von CDU, Werteunion, Vereinen und Unternehmer*innen. Bei diesem Treffen ging es um die massenhafte Vertreibung von deutschen Staatsbürgern, die als politische und gesellschaftliche Gegner der AfD gelten, Menschen, die Zuflucht gesucht haben, um Migrant*innen mit und ohne deutschen Pass. Nach diesen Plänen soll all jenen, die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden und sie sollen in einen nordafrikanischen „Musterstaat“ deportiert werden.

Das ist nichts anderes als ein Plan zur rassistischen und politischen „Säuberung“ dieser Gesellschaft.

Die Recherchen zeigen einmal mehr und in aller Deutlichkeit: Die AfD ist nicht nur parlamentarischer Arm der extremen Rechten, sondern arbeitet aktiv gegen die Demokratie und die pluale Gesellschaft. Sie ist eine ernsthafte Gefahr für die Würde eines jeden Menschen.

Dass die extreme Rechte Vertreibungspläne schmiedet, ist weder überraschend noch neu. Ebenso, dass die AfD im Zentrum extrem rechter Organisierung steht und mit Vertretern der Identitären Bewegung und Neonazis gemeinsame Kampagne führt. halle-gegen-rechts.de/479-dem-rechtsruck-wider setzen-%E2%80%93-solidarisch-vielf%C3%A4ltig-demokratisch.html

MNW positioniert sich klar gegen Nationalismus und Fremdenhass

Verband Druck + Medien Nord-West e.V. „Die hohen Zustimmungswerte der Rechtspopulisten der vergangenen Monate dürfen nicht unbeachtet bleiben. Es gilt Zusammenhalt zu leben und deutliche Zeichen dagegen zu setzen“, so der Tenor des Verbandes Druck und Medien Nord-West e.V., der sich damit klar positioniert gegen Nationalismus und Fremdenhass.

Die Demonstrationen der letzten Tage und Wochen zeigen, dass Hunderttausende auf der Straße für die Demokratie in unserem Land einstehen. In dieser Zeit des gesellschaftlichen Wandels sei es unerlässlich, gemeinsam gegen rechts-extreme Tendenzen Position zu beziehen.“ Der Verband betont die Position der Wirtschaft und insbesondere der Druck- und Medienindustrie: Wer Unsicherheit

verbaende.com/news/pressemeldung/vdmnw-positioniert-sich-klar-gegen-nationalismus-und-fremdenhass-158677/

gnen und Strategien erarbeitet. Bis 2018 hatte der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider sein Büro im rechtsextremen Hausprojekt der Identitären Bewegung in der Adam-Kuckhoff Straße in Halle (Saale).

Auch der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Sachsen-Anhalt, Ulrich Siegmund, nahm an dem Treffen teil und äußerte dort laut Bericht von Correctiv den Wunsch, Druck auf ausländische Restaurants auszuüben, um Menschen das Leben hier „so unattraktiv wie möglich“ zu machen. Allein diese Aussage macht deutlich, dass er als Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Integration nicht tragbar ist.

Vertreibungs- und Säuberungsfantasien gehen immer mit konkreter Gewalt einher – bereits jetzt melden die Opferberatungsstellen einen Höchststand an rassistischer und antisemitischer Gewalt. Das zwingt uns zum Handeln.

Die Recherchen von Correctiv zeigen eindrücklich, wie ernst es der AfD mit den Plänen zum Umsturz dieser Gesellschaft ist und dass sie dabei auch auf finanzielle Unterstützung setzen kann. Wir nehmen die jüngsten Veröffentlichungen zum Anlass, auch in Halle rechten Vertreibungsplänen entschieden entgegenzutreten und rufen zur entschlossenen und gewaltfreien Demonstration auf.



Demokratie und Vielfalt statt Hetze und Ausgrenzung

BAG WfbM. Zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar betont die Bundesarbeitsgemeinschaft Werkstätten für behinderte Menschen die Bedeutung einer vielfältigen Gesellschaft und die Verteidigung der Demokratie gegen Rechtsextremismus.

Die BAG WfbM und ihre Mitglieder treten mit ihrer täglichen Arbeit für Menschlichkeit ein und leben Vielfalt sowie Teilhabe am Arbeitsleben. „Wir begrüßen es, dass Millionen Menschen in Deutschland aktuell bei Demonstrationen zeigen, dass sie das Auftreten und die Ziele von nicht demokratischen Parteien und anderen rechten Bewegungen entschieden ablehnen“, erklärt Martin Berg, Vorstandsvorsitzender der BAG WfbM.

Es darf nie wieder eine Abwertung von Leben aufgrund eines völkisch-nationalistischen Weltbildes oder anderer Ideologien geben. Die AfD habe vielfach gezeigt, dass sie in ihren Reihen Menschen- und Lebensfeindlichkeit dulde, sie fördert Nationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. „Nicht nur die inhaltlichen Äußerungen von Herrn Höcke, sondern auch das genutzte Vokabular erinnern stark an die Rhetorik der Nationalsozialisten sowie an die abscheulichen Verbrechen, die damals an



Menschen mit Behinderungen begangen wurden. Es darf nicht wieder auf die Tagesordnung gelangen, was in Deutschland lange als überwunden galt. Menschen mit Behinderungen sind in allen Lebensbereichen ein wichtiger Teil unserer vielfältigen Gesellschaft und aus diesen nicht wegzudenken.“ Bereits im Jahr 2021 haben mehr als 700 Organisationen mit der Erklärung „WIR für Menschlichkeit und Vielfalt“ alle wahlberechtigten Bürger*innen dazu aufgefordert, ihr Grundrecht unbedingt wahrzunehmen. „Wer wählen geht, stärkt die Demokratie. Es kommt auf jede Stimme an!“

verbaende.com/news/pressemitteilung/demokratie-und-vielfalt-statt-hetze-und-ausgrenzung-gedenktag-fuer-die-opfer-des-nationalsozialismus-zeichen-gegen-rechtsextremismus-158706/

Bundesverband Pflegemanagement positioniert sich klar gegen rechts

bv-pflegemanagement.de. Der Bundesvorstand des Bundesverbands Pflegemanagement bezieht klar Stellung gegen den aktuellen Rechtsruck in Teilen der Gesellschaft. Ohne qualifizierte Pflegefachkräfte aus den verschiedensten Ländern wäre bereits heute die Pflege hierzulande nicht mehr zu leisten. Ganz abgesehen von der kulturellen Armut, die damit einherginge.

Aus Sicht des Bundesverbands Pflegemanagement ist es verabscheuenswürdig, wie sich eine in vielen Landesparlamenten vertretene Partei über die Vertreibung von Menschen mit nicht-deutschen Wurzeln aus Deutschland äußert. Betroffen sind Menschen, die in Deutschland eine neue Heimat gefunden haben, oft bereits in zweiter oder dritter Generation hier leben und mit ihrer Kultur das Land bereichern. Das Verhalten der nationalistisch orientierten Gruppen und Parteien erinnern an ein dunkles Kapitel der deutschen Geschichte, dessen tragische Konsequenzen bis heute tief betroffen machen. Ein Verhalten, das sich gegen das Grundgesetz richtet und damit gegen die Demokratie, die es zu schützen gilt.

Aus berufspolitischer Perspektive ist dieses Thema besonders relevant. Die Pflege ist eine große Berufsgruppe, in der sich Menschen aller Religionen, Länder, Hautfarbe und LGBTQIA wiederfinden und für eine menschenwürdige, qualitativ hochwertige Pflege stehen – ganz unabhängig von individuellen Zugehörigkeiten. Fachpflegekräfte mit Migrationshintergrund sind im deutschen Gesundheitssystem, insbesondere im Pflegebereich, unverzichtbar.

www.verbaende.com/news/pressemitteilung/bundesverband-pflegemanagement-positioniert-sich-klar-gegen-rechts-158672/

DAAD verurteilt rechtsextremistische Umtriebe

(Bonn) – Der DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) unterstützt mit Nachdruck die diesbezügliche Stellungnahme der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) vom 23. Januar, in der die fundamentale Bedeutung der freiheitlichen Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit für das Gemeinwesen in Deutschland im Allgemeinen und die Wissenschaftsfreiheit im Besonderen hervorgehoben wird.

„Die derzeitigen rechtsextremistischen Umtriebe legen die Axt an das, wofür die Bundesrepublik Deutschland seit 75 Jahren steht: die Achtung der Menschenwürde, eine freiheitlich-demokratische Grundordnung, Pluralität, Vielfalt und Diversität. Die großen Demonstrationen der vergangenen Tage im ganzen Land zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht bereit sind, antideokratische Bestrebungen oder rassistische Zukunftspläne hinzunehmen. Der Erfolg unserer Arbeit für die deutschen Hochschulen und die deutsche Gesellschaft basiert darauf, dass wir ein vielfältiges, weltoffenes, buntes Deutschland repräsentieren. Völkisches Denken darf in Deutschland keinen Platz haben“, stellte DAAD-Präsident Joybrato Mukherjee fest. Der DAAD ist die weltweit größte Förderorganisation für internationale akademischen Austausch.

verbaende.com/news/pressemitteilung/daad-verurteilt-rechtsextremistische-umtriebe-158686/

Gründung des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte

paritaet-bw.de. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Baden-Württemberg ist Mitbegründer des neuen Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte in Baden-Württemberg. Der Verband tritt gemeinsam mit seinen über 900 Mitgliedsorganisationen für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Akzeptanz in unserer Gesellschaft ein.

„Gerade jetzt ist es wichtig, mit einem breiten Bündnis aus Politik und Zivilgesellschaft ein starkes Signal für Demokratie und Menschenrechte in unserer Gesellschaft zu setzen. Demokratische Grundwerte sind Bestandteil unseres Grundgesetzes und damit die Basis für ein solidarisches Zusammenleben. Extremismus in all seinen Formen stellt eine ernsthafte und wachsende Bedrohung für den sozialen Frieden, die Sicherheit und die Grundwerte unserer Gesellschaft dar. Extremistische Ideologien und Handlungen führen zu Konflikten und Spaltung, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Akzeptanz, Verständnis und Dialog sind unverzichtbare Prinzipien, die wir mit unserem

Beitritt in das Bündnis stärken wollen“, erklärt Uta-Micaela Dürig, Vorständin Sozialpolitik des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Baden-Württemberg. www.verbaende.com/news/pressemitteilung/zur-heutigen-grundung-des-buendnisses-fuer-demokratie-und-menschenrechte-158700/

WIR für Menschlichkeit und Vielfalt

www.lebenshilfe.de. Bereits am 21. März 2017 haben der Bundesvorstand und die Landesvorsitzenden der Lebenshilfe in einem gemeinsamen Beschluss deutlich gemacht, dass Lebenshilfe und AfD unvereinbar sind. In der Folge hat die Lebenshilfe mit anderen Organisationen immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die AfD eine inklusive Gesellschaft ablehnt und Menschen ausgrenzt, die nicht ins völkisch-nationalistische Weltbild passen. Die AfD hat vielfach gezeigt, dass sie in ihren Reihen Menschen- und Lebensfeindlichkeit duldet. Sie fördert Nationalismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Diese Entwicklung macht uns große Sorgen. Denn heute ist wieder an der Tagesordnung, was in Deutschland lange als überwunden galt: Hass und Gewalt gegen Menschen aufgrund von Behinderung, psychischer und physischer Krankheit, Religion oder Weltanschauung, sozialer oder ethnischer Herkunft, Alter, sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität sowie nicht zuletzt gegen Personen, die sich für eine offene und vielfältige Gesellschaft engagieren.



Das ist nicht hinnehmbar und muss aufhören! Wir sagen Nein zu jeglicher Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen. Die Würde des Menschen ist unantastbar!

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass:

- sich Hass und Gewalt nicht weiter ausbreiten können,
- niemand das Recht auf Leben von Menschen mit Behinderungen in Frage stellen darf und
- Menschen nicht ausgegrenzt, benachteiligt und diskriminiert werden.

Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Diskriminierung!

Mit der gemeinsamen Erklärung zeigen Hunderte von Verbänden, Initiativen und Einrichtungen aus dem Bereich der Behindertenhilfe und der Sozialen Psychiatrie gemeinsam klare Haltung gegen Rassismus und Rechtsextremismus.

www.lebenshilfe.de/wir-fuer-menschlichkeit-und-vielfalt/

„Demokratie am Kippunkt: Die Landesregierung muss Menschenrechte für alle sichern“

Rosemarie Steffens, Langen. So sieht der Paritätische den neuen Koalitionsvertrag von CDU/SPD in Hessen und vermisst „einen emanzipatorischen Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen“. Progressiv sei immerhin, dass Barrierefreiheit als Ziel stark in den Fokus rücke.¹ Die Grünen kritisieren: Klima spiele beim Zuschnitt der Ministerien keine Rolle, dafür in drei Ministerien der Begriff Heimat.²

Konkrete finanzielle Lösungsansätze für die drängenden sozialpolitischen Themen in den Kommunen fehlen meist. Bei der Vermeidung von Kinderarmut ist kein Geld vom Land für die genannten „kommunalen Präventionsketten“ eingeplant. Die Anzahl dringend einzustellender Lehrerinnen und Erzieher, bezahlbarer Mietwohnungen, bleibt unkonkret. Die SPD-Forderung für Ganztagschulen ist aufgenommen, sie sollen in Zusam-

menarbeit mit Sozialhilfeträgern und Vereinen ausgebaut werden.

Der Verband Hessischer Unternehmer (VhU) begrüßt den Koalitionsvertrag als „richtigen Politikwechsel zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Hessen“ für private Investitionen. Der Wunsch des VhU: „Beseitigung unnötiger Regulierungen“, wurde schon mal im Namenszusatz des Ministeriums für Bundes- und Europaangelegenheiten, nämlich „und Entbürokratisierung“ umgesetzt. Die Reform des Tariftreue- und Vergabegezesses (nur noch Aufträge vom Land bei Tariftreue) sei aber eine Einmischung in die Tarifautonomie.³

Der Rechtsruck in der Migrationspolitik, die „Rückführungszentren“ für abgelehnte Asylbewerber, verlängerter Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen, Bezahlkarte, Wohnsitzauflagen, schränkten die Selbstständigkeit und

Integration von Einwanderern ein. Es gibt positive Ausnahmen wie die Gesundheitskarte oder die personelle Aufstockung in Einbürgerungsbehörden.

Starker Staat und Sicherheit: Hatte der bisherige Innenminister Beuth zumindest noch von einer „Fehler- und Führungskultur“ gesprochen, die im Kampf gegen rechtsradikale Polizist*innen zu etablieren versucht, ist jetzt nur noch von „Führungskultur“ die Rede.

Kein Wort über Fehler des Verfassungsschutzes vor dem Mord an W. Lübcke, zum Versagen der Polizei bei den Morden in Hanau oder zu den rechten Polizei-chats.⁴

Die Polizei soll weiter wachsen. Fahndungsmöglichkeiten sollen durch den Einsatz von KI bei der Datenanalyse und Ausweitung der Videoüberwachung vergrößert werden.

Quellen: 1 Paritätischer Wohlfahrtsverband Hessen, PM vom 18.01.24: Hessen braucht die Vision einer inklusiven und solidarischen Gesellschaft; 2 Verband der Hessischen Unternehmer, FR, 23.12.23: Hanack, Peter: So urteilen andere über den Koalitionsvertrag von CDU und SPD in Hessen; 3 FAZ 14.12.23: Unternehmer sehen Standort gestärkt; 4 Die Linke, LV Hessen: Bewertung des Koalitionsvertrages von CDU und SPD für die Legislaturperiode 2024-2029;

Ruhrgebietskommunen: Steag-Abenteuer mit Gewinn beendet

Thorsten Jannoff, Essen. Sechs Stadtwerke aus dem Ruhrgebiet (Dortmund, Bochum, Essen, Oberhausen, Dinslaken und Duisburg) hatten die Steag 2011 für 1,2 Milliarden Euro in zwei Schritten von der RAG-Tochter Evonik gekauft. Ende 2023 ist der Verkauf der Steag an den spanischen Infrastruktur-Investor Asterion für 2,6 Mrd. Euro vollzogen worden. Dieser will die Steag mit ihren verschiedenen Sparten als Ganzes behalten, was erst mal eine gute Nachricht für den Erhalt der Arbeitsplätze ist. Die linken Fraktionen haben 2011 die Kommunalisierung der Steag unterstützt, damit die Kommunen einen Einfluss u.a. auf Energieversorgung, die Energiewende und die Sicherung der Arbeitskräfte erhalten. Sie haben zum Teil gemeinsam mit SPD und Grünen begleitende Anträge in die Stadträte eingebracht, die zumindest in Bochum und Dortmund auch verabschiedet worden sind. Dabei ging es u.a. um den ökologischen Umbau der Steag, die Neugewichtung des Auslandsgeschäftes und die Einrichtung eines kommunalen Beirates, der nie eingeführt wurde. Gerade das Auslandsgeschäft wurde von den linken Fraktionen aus verschiedenen Grünen besonders kritisch gesehen, es war

thema in nrw	Heft 1	„Der Stadtwerke/STEAG-Deal – Chancen und Risiken: Gelungene Rekommunalisierung oder kommunale Konzerntätigkeit?“
Der Stadtwerke/STEAG-Deal – Chancen und Risiken Gelungene Rekommunalisierung oder kommunale Konzerntätigkeit?		So lautete der Arbeitstitel einer gemeinsamen Veranstaltung des Kommunalpolitischen Forums NRW und der Fraktion Die Linke im Regionalverband Ruhrgebiet am 12. März 2011 in Essen. Die Veranstaltung fand einen Tag nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima statt, die nach Auffassung vieler Teilnehmer die Notwendigkeit hin zum ökologischen Umbau der Energiewirtschaft deutlich erhöhte – aus damaliger Sicht ein weiterer Grund für die Rekommunalisierung der Steag.

allerdings auch der Gewinnbringer des Unternehmens. Letztlich hat sich gezeigt, dass die Strukturen eines Großkonzerns und die der kommunalen Selbstverwaltung systemisch nicht zusammenpassen. Die Einflussmöglichkeiten der Kommunen – selbst als Eigentümer – auf die Konzernsteuerung wurde massiv überschätzt und war relativ gering, was möglicherweise auch besser so war. Denn das zur Beurteilung der Wirtschaftstätigkeit eines weltweit agierenden Energieunternehmens notwendige Expertenwissen konnte von diesen nur schwer erbracht werden, wie auch nicht das notwendige Kapital für den Umbau auf erneuerbare Energien. Immerhin ist das zwischenzeitlich zu befürchtende finanzielle Desaster für die sechs Städte ausgeblieben.

Die durch den russischen Angriffskrieg ausgelösten Verwerfungen auf dem Energiemarkt haben zu hohen Profiten der Kohleverstromung geführt. Von den 2,6 Mrd. Euro Verkaufserlös wurden noch Bankverbindlichkeiten, Pensionsforderungen, etc. abgezogen, so dass rund 1,7 Mrd. Euro an die sechs Städte ausgeschüttet wurden. Der Rat der Stadt Essen konnte so Ende Januar beschließen, 120 Mio. Euro Verkaufserlöse zur späteren Finanzierung der kommunalen Energie- und Wärmewende in einer städtischen Gesellschaft zu „parken“. Hinzu kommt noch die Gewinnaufteilung aus dem letzten Jahr, die noch erstellt werden muss. „Das Glück ist mit den Doofen“, heißt es im Ruhrgebiet, das Unglück ist mit den Menschen in der Ukraine.

20./21. April, 2024, Mannheim: Jahrestagung des Vereins für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation. Samstag, 13 bis 15.30 Uhr: Vereinsgelegenheit. 16 Uhr bis 19 Uhr in Kooperation mit der ArGe „Konkrete Demokratie, soziale Befreiung“, Veranstaltung (auch online) „Solidarisches Europa“, (s. auch Seite 31). Sonntag 8.30 bis 12 Uhr: (auch online), Gastvorträge zur Auseinandersetzung um „Europäische Sicherheitsarchitektur“. Einladung und Tagungsablauf unter www.liinkekritik.de/index.php?id=termine. Anmeldung erbeten (mit Angabe, ob Übernachtung nötig) an: alfred.kuestler@politischeberichte.de. Ausführliche Einladung mit Angabe des Tagungsorts erfolgen dann per Email.



Konferenz der Linken Baden-Württemberg, 2.12.2023, DGB-Haus Karlsruhe:

„Armut bekämpfen – soziale Spaltung überwinden“

Jan Ohnemus/Christoph Cornides, Mannheim

Zum 2.12.2023 hatte die Linke Baden-Württemberg zu einer Tagung „Gegen Armut und soziale Spaltung“ ins DGB-Haus in Karlsruhe eingeladen. Trotz schlechten Wetters und teilweise blockierter Bahn und Autobahnen kamen rd. 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Baden-Württemberg. Eröffnungsrednerinnen und -redner waren Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Sofia Leonidakis, Fraktionsvorsitzende der Linken in der Bremischen Bürgerschaft und Sprecherin für Soziales, Kinder und Flucht, sowie Gökay Akbulut, Bundestagsabgeordnete der Linke aus Mannheim und migrationspolitische Sprecherin. Die Konferenz eröffnete und durch die Konferenz führte Sahra Mirow, Landessprecherin der Linken Baden-Württemberg.

Nach den Eröffnungsbeiträgen im Plenum fanden drei Workshops zu Themen des Kampfes gegen Armut und soziale Spaltung statt. An der Konferenz beteiligten sich Vertreterinnen und Vertreter von Sozialverbänden und der Gewerkschaften sowie örtlicher und regionaler sozialer Einrichtungen wie u.a. SozPädal Karlsruhe e.V. und der Verband der alleinerziehenden Mütter. Der „Mannheimer Morgen“ berichtete über die Konferenz im Regionalteil.

Sahra Mirow, Fraktionsvorsitzende im Heidelberger Gemeinderat. Landessprecherin der Partei Die Linke Baden-Württemberg. Sie kritisierte in ihrer Eröffnung die Sparpolitik der Ampel:

„Die Ampel setzt zum sozialen Kahlenschlag an und verschärft damit die so-

ziale Spaltung. Entgegen ihrer Wahlversprechen holt die Ampel zum Rundumschlag auf die soziale Infrastruktur aus: ob bei Gesundheit und Pflege, Demokratieförderung oder Bildung – überall soll in Zukunft gespart werden.“

Nur für die Aufrüstung der Bundeswehr und die Profite der Rüstungskonzerne gibt es mehr Geld und einig ist man sich auch bei den Angriffen auf das Asylrecht.“

Danach sprach Christina Zacharias als Vertreterin des gastgebenden Kreisverbandes ein Grußwort:

„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich“. Zacharias verwies mit dem bekannten Brecht-Gedicht auf den strukturellen Zusammenhang von Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft und steckte so den Rahmen für die weitere Diskussion ab.

Dann wurde Ullrich Schneider, Bundesgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, online zugeschaltet. Schneider gab einen Überblick über die Situation der letzten Jahre: „Mit den seit Herbst 2021 steigenden Lebenshaltungskosten ist es zur schnellen Ausbreitung der Armut in Deutschland gekommen. Insbesondere Menschen, die von Grundsicherung leben müssen – und das sind aktuell rund sieben Millionen – wissen weder ein noch aus, wie Beratungsstellen oder Tafeln berichten. Und nicht nur sie.“

Hinzu kommen jene 7,5 Millionen, die unter der Armutsschwelle liegen, aber so knapp über Grundsicherungsniveau, dass sie keinen Anspruch auf diese Leistung haben und ebenfalls nicht wissen, wie sie finanziell das Ende des Monats erreichen sollen.

Zwei Millionen Menschen, die ihre Lebensmittel regelmäßig über Tafel-Spenden besorgen, sprechen für sich.“

Danach ging Schneider besonders auf die verschiedenen Entlastungspakete und ihre sozialen Schieflagen ein:

„Die Bundesregierung hätte gut daran getan, in der Architektur ihrer Entlastungspakete zu berücksichtigen, dass Deutschland mit einer Armutssquote von fast 17 Prozent ein sozial tief gespaltenes Land ist.“

Es ist das hohe Maß an Einkommens- und Ressourcenungleichheit, das Deutschland so anfällig macht für krisenhafte Entwicklungen wie in der Pandemie oder der exorbitanten und anhaltenden Inflation.“

Dennoch so Schneider:

„Teure Unterstützung wurde auch dort geleistet, wo sie nicht gebraucht wurde, und dort nur sehr unzulänglich, wo sie dringend erforderlich wäre. Von den rund 29 Milliarden, die die ersten beiden Entlastungspakete kosteten, floss etwa die Hälfte in Maßnahmen, bei denen der Entlastungseffekt dem Einkommen folgt. Wirklich zielgerichtet, ausschließlich an einkommensschwache Haushalte, flossen lediglich 2 der 29 Milliarden.“



Sofia Leonidakis Fraktionsvorsitzende der Linken in der Bremischen Bürgerschaft und Sprecherin für Soziales, Kinder und Flucht ...

... gab zunächst einen Überblick zur Situation in Bremen und stellte kommunalen Möglichkeiten vor, um die ungerechte Politik auf Bundesebene abzufedern und zu mildern.

„Es macht einen Unterschied, wer regiert. Mit dem richtigen politischen Willen können wir in den Städten und Kommunen einiges tun, um die ungerechte Politik auf Bundesebene abzufedern und zu mildern. Wir können Weichen für mehr Bildungsgerechtigkeit stellen,

den kommunalen Wohnungsbau vorantreiben, die Kitabetreuung verbessern, Regelungen zur Tariftreue erlassen und landesweite Mindestlöhne vorschreiben. Letztlich hängen diese Maßnahmen jedoch an der Finanzierung und sind damit Verteilungskämpfe, die auch auf Bundesebene geführt werden.“

Leonidakis gab an vielen praktischen Beispielen der Politik der Linken in der Bremer Landesregierung Anregung auch für praktische linke Kommunalpolitik, die zwei Grundsätzen folgen sollte: der „aufsuchenden Sozialpolitik“, wie sei die linke Bremer Sozialsenatorin während

der Pandemie praktiziert hatte (Impfkampagne) und der sozial orientierten unterstützenden Stadtteilpolitik (relativ mehr Hilfe dort, wo mehr Hilfe gebraucht wird).

Gökay Akbulut, Bundestagsabgeordnete der Linke aus Mannheim und migrationspolitische Sprecherin ...

gab einen Überblick über verschiedene von Armut betroffenen Gruppen und fasste die Situation in Deutschland wie folgt zusammen:

„Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Und während die Reichen immer reicher werden, zahlen

Zum aktualisierten Armutsbereich 2022 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und zu notwendigen Änderungen der Regierungspolitik vertrat Ulrich Schneider, der der Konferenz online zugeschaltet war, u.a.:

Die Armut in Deutschland hat im Jahr 2021 mit einer Armutsquote von 16,9 Prozent einen neuen traurigen Höchststand erreicht. Noch nie wurde auf der Basis des amtlichen Mikrozensus ein höherer Wert gemessen. 14,1 Millionen Menschen müssen zu den Armen gerechnet werden – noch einmal 600 000 mehr als 2020 und 900 000 mehr als vor der Pandemie.

Der aktuelle Armutsrekord ist die Spitze eines Trends, der Deutschland seit nunmehr 15 Jahren fest im Griff hat. ... Dabei ist der Anstieg der Armutssquote in den beiden Pandemiejahren 2020 und 2021 von 15,9 auf 16,9 Prozent der steilste Anstieg innerhalb von zwei Jahren seit Beginn der Messung. Noch hat sich die Armut in Deutschland so schnell ausgebreitet wie während der Pandemie ... Erst die Tatsache, dass fast die Hälfte der Einwohnerschaft ohne nennenswerte Reserven in Form von Vermögen ist, dass nach wie vor jede*r fünfte Arbeitnehmer*in im Niedriglohnsektor tätig ist und Millionen von Menschen auf Grundsicherungsleistungen verwiesen werden, die bereits ohne inflationäre Entwicklungen nicht vor Armut schützen, lassen die steigenden Lebenshaltungskosten zum armutspolitischen Problem von besonderer Brisanz werden ... Statt wenig Hilfe für alle, ausreichende Hilfe für die, die sie brauchen, hätte die Richtschnur sein müssen.

Notwendige Reformen zur Beseitigung der Armut
Eine künftige Sozialpolitik muss auch in Krisenzeiten darauf abzielen, die ökonomische Situation der prekären Haushalte dauerhaft und nicht nur zeitweilig zu stärken, um diese Gesellschaft als Ganzes krisenresilienter zu machen. Mindestlohn, Grundsicherung, Wohngeld und BAföG sind die Hebel, mit denen Niedrigeinkommensbezieher*innen in Gänze erreicht werden können.

www.der-paritaetische.de/themen/sozial-und-europapolitik/armut-und-grundsicherung/armutsbericht-2022-aktualisiert/

Der Regelsatz ist nach Berechnungen des Paritätischen dazu von derzeit 502 auf 813 Euro anzuheben.

Die wichtige Wohngeldreform ist noch weiter auszubauen: Mit dem Wohngeld können grundsätzlich fast alle erreicht werden, die mit ihrem Einkommen nicht wesentlich über der Grundsicherungsschwelle liegen und daher staatliche Hilfe benötigen. Wenn bei rund 7,7 Millionen armer Haushalte künftig rd. 5,5 Millionen statt, wie bisher, 3,9 Millionen über Grundsicherung oder Wohngeld Unterstützung erfahren, ist das ein großer politischer Schritt, bedeutet im Umkehrschluss aber auch, dass 2,2 Millionen Haushalte noch nicht erreicht werden, obwohl sie mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze liegen.

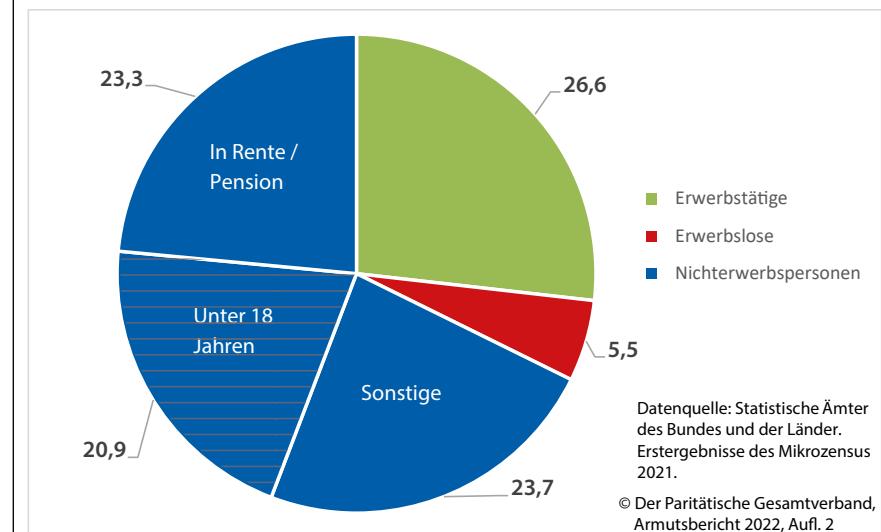
... Zu einer offensiven und problemlösenden Armutspolitik bedarf es darüber hinaus:

- der Einführung der einkommens- und bedarfsorientierten Kinder-

grundsicherung, die zuverlässig vor Armut schützt und es Eltern erspart, allein auf Grund von Kindern zum Jobcenter gehen zu müssen;

- der Stärkung der Arbeitslosenversicherung bzw. des Arbeitslosengeldes 1, durch eine Verlängerung der maximalen Bezugszeit und durch Einführung eines Mindestarbeitslosengeldes über Hartz IV-Niveau;
- der zukunftsorientierten Neuauflistung der gesetzlichen Rentenversicherung inklusive der Erwerbsminderungsrenten als allgemeine Bürgerversicherung mit armutsfester Mindestrente. Rentenleistungen sind bei der Gewährung von Altersgrundsicherung mit großzügigen Freibeträgen zu versehen;
- einer konsequenten Mietpreisdämpfungspolitik, die auf Bundesebene den Weg für die Länder freimacht, einen Mietenstopp einzuführen oder aber die Mietpreisbremse deutlich nachzuschärfen.

Grafik 3: Arme nach Erwerbsstatus 2021 (in %)



die Armen die Zeche für die Krisen unserer Zeit: Covid-19 Pandemie, Krieg in Europa, Klimakrise, hohe Inflation, Rezession – statt die Vermögenssteuer wieder einzuführen, eine dauerhafte und wirksame Übergewinnsteuer zu schaffen, extrem hohe Einkommen und Erbschaften stärker zu besteuern, Finanzkriminalität umfassend zu ahnden oder klimaschädliche Subventionen abzuschaffen, reicht die Regierung die Rechnung an diejenigen weiter, bei denen nichts mehr zu holen ist. Umso wichtiger ist unser Widerstand gegen all diese Missstände. Gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Antirassistischen Bündnissen werden wir gegen die Spaltung unserer Gesellschaft kämpfen.“

Nach den Eröffnungsbeiträgen vertieften die rund 80 Anwesenden – die sich neben Mitgliedern und Mandatsträgern der Linken auch aus Gewerkschafter und Vertretern von Sozialverbänden zusammensetzte – die Diskussion in drei Workshops.

I. Sozial gerecht vor Ort und im Land? Was müssen wir kommunal und auf Landesebene gegen die zunehmende soziale Spaltung tun?

II. Zusammen mit den Gewerkschaften im Kampf gegen Armut: Was braucht es für eine sozial gerechte und nachhaltige Transformation der Wirtschaft?

III. Alleinerziehend und armutsgefährdet? Welche Maßnahmen sind nötig, um verfestigte Armut und insbesondere Kinderarmut zu bekämpfen? Welche Investitionen braucht es um Bildungsgerechtigkeit herzustellen?

Die Ergebnisse der Workshop-Phase wurden auf einem Abschluss-Podium zusammengefasst und festgehalten. Zum Abschluss erklärte die Konferenz ausdrücklich ihre Unterstützung für verschiedene Protestinitiativen der Sozialverbände und begrüßt die gemeinsame Erklärung von AWO, DGB, Paritätischem Paritätischen Wohlfahrtsverbands, BUND, Deutscher Kulturrat e. V., Deutscher Mieterbund e. V. und anderen Verbänden und Institutionen. Darin heißt es:

„Der vom Kabinett beschlossene Haushalt für das kommende Jahr geht mit drastischen sozialen Kürzungen – von Hilfen für Arbeitslose über die Kinder- und Jugendhilfe bis zur Unterstützung Geflüchteter – mit Streichungen beim Umweltschutz sowie der Verweigerung erforderlicher Zukunftsinvestitionen einher. Mit diesem Kurs gefährdet die Bundesregierung den Erfolg der sozial-ökologischen Transformation.“

www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Fachinfos/doc/Brief_Kurskorrektur_bei_Sparpolitik_web.pdf

Wir dokumentieren die aktualisierte Version eines Vortrages, den Frank Kuschel, Leiter des Instituts für Kommunale Bildung und Beratung (IKKB) Arnstadt, am 20. Januar auf einem Seminar des Kommunalpolitischen Forums NRW in Essen gehalten hat.

Kurzbewertung Entwurf Bundeshaushalt 2024

(Stand: nach der Bereinigungssitzung am 19.1.24)

Frank Kuschel (Mittwoch, 24. Januar 2024)

Der Ursprungsentwurf 2024 vom August 2023 wurde nunmehr um rund **31 Mrd. Euro** auf **477 Mrd. Euro** erhöht. Dies

ist im Vergleich zu 2023 eine Erhöhung um 3,4 Prozent.

Steuermehreinnahmen und eine höhere Nettokreditverschuldung sind die Hauptgründe.

Der Bund will nun rund **70,5 Mrd. Euro 2024 investieren**, dies ist zum Ursprungsentwurf immerhin eine **Steigerung um rund 16 Mrd. Euro**.

Die ursprünglich für 2024 **geplanten Steuereinnahmen des Bundes** erhöhen sich nochmals um 2,2 Mrd. Euro auf nunmehr **377,6 Mrd. Euro**.

Die **geplante Nettokreditaufnahme** erhöht sich stark von ursprünglich 16,6 Mrd. Euro auf 39,03 Mrd. Euro (+ 22,47 Mrd. Euro).

Diese Höhe entspricht genau der **verfassungsrechtlichen Höchstgrenze der Schuldenregelung**.

Die **höchsten Zuwächse** im Haushaltsverfahren haben das

- Bundesministerium für Arbeit/Soziales (+ 4 Mrd. Euro),
- Ministerium für Digitales/Verkehr (+ 5,44 Mrd. Euro) und das
- Ministerium für Bildung/Forschung (+ 1,19 Mrd. Euro).

Kürzungen gab es beim

- Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit/Entwicklung (- 298 Mio. Euro) und beim
- Ministerium für Wohnen/Stadtentwicklung/Bauwesen (-234 Mio. Euro).

Folgende Ausgabenaufwüchse zum ursprünglichen Entwurf sind vorgesehen:

Humanitäre Hilfsmaßnahmen

im Ausland 500 Mio. EUR

Integrationskurse 188 Mio. EUR

Bundesbeteiligung KdU ... 1.400 Mio. EUR

Bürgergeld 2.200 Mio. EUR

Grundsicherung SGB XII ... 1.400 Mio. EUR

Erhöhung Eigenkapital

deutsche Bahn 4.375 Mio. EUR

Unterstützung Breitband-

ausbau 1.281 Mio. EUR

Unterhaltsvorschuss 100 Mio. EUR

Kindergeld 220 Mio. EUR

Bundesfreiwilligendienst ... 53 Mio. EUR

Digitalpakt Schulen 1.250 Mio. EUR

BAföG 150 Mio. EUR

GA Küstenschutz/

ländlicher Raum 270 Mio. EUR

Kulturgutschein 18 Jährige .. 50 Mio. EUR

Für einzelne Bereiche gibt es jetzt mehr Gelder:

Dies betrifft u.a.:

- Mittel für Integration und Aufnahme von Flüchtlingen (EP 06 Innen) werden nunmehr nicht mehr wie vorgesehen um 70 Mio. EUR gekürzt, sondern um 118 Mio. EUR erhöht
- Ursprünglich sollten 750 Mio. EUR für die Kosten der Unterkunft gekürzt werden, jetzt gibt es sogar 650 Mio. EUR mehr.
- Bürgergeld (SGB II) +2.200 Mio. EUR
- Grundsicherung SGB XII +1.400 Mio. EUR
- Digitalpakt Schulen +1.250 Mio. EUR
- Unterhaltsvorschuss + 100 Mio. EUR

Nachfolgende Kürzungen bleiben, wobei gerade die Kürzungen beim Wohngeld sehr massiv sind:

- Mittel für den Bevölkerungsschutz, die Katastrophenhilfe und das Technische Hilfswerk in Höhe von 100 Mio. EUR
- 25 Mio. EUR für die Bundeszentrale für politische Bildung
- Statt der geplanten Kürzungen von 300 Mio. EUR für Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (u.a. im Bezug auf die Mittel für die Dorferneuerung) sind es jetzt nur noch 30 Mio. EUR
- 600 Mio. EUR für Arbeitsmarktmaßnahmen für Langzeitarbeitslosen, hier wurden 2023 im Vergleich zu 2022 schon 400 Mio. EUR gekürzt,
- 3 Mio. EUR für Informationen der Verbraucher*innen
- 12 Mio. EUR für den Bundesnaturschutzfonds
- 32 Mio. EUR für Freiwilligendienst/Bundesfreiwilligendienst
- 17 Mio. EUR für Wohlfahrtsverbände und Wohlfahrtspflege
- 1,5 Mio. EUR für Mehrgenerationenhäuser
- 100 Mio. EUR für die Kindergrundsicherung
- 820 Mio. EUR für Wohngeld
- 50 Mio. EUR für die Freie Jugendarbeit
- rund 2 Mrd. EUR für den Bereich Bildung, Forschung, Bafög

Letztlich summieren sich diese Kürzungen auf über 4 Mrd. Euro.

Zu berücksichtigen sind die höheren Personal- und Sachkosten durch Tarifabschluss und Inflation. D.h., die Werthaltigkeit der Bundesmittel ist um rund 10 Prozent 2024 im Vergleich zu 2022 geringer.

Demokratie retten, Armut bekämpfen: Senat muss behördenebergreifende Strategie vorlegen!

HAMBURG. Die Linksfraktion in der Bürgerschaft (Drs. 22/13763) beantragt eine behördenebergreifende Anti-Armutsstrategie für Hamburg. Hintergrund ist der aktuelle Verteilungsbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). Demnach sinkt mit der wachsenden Armut das Vertrauen in demokratische und staatliche Institutionen, in Parteien und Politiker*innen. Ein geringes Vertrauen in den Bundestag geben beispielsweise weniger als 20 Prozent der Reichen an, bei dauerhaft Armen ist es fast die Hälfte. Die wachsende Armut, schlussfolgert das WSI, gefährdet die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt. In Hamburg liegt die Armutgefährdungsquote mit mehr als 19 Prozent nicht nur über dem Bundesdurchschnitt, sondern hat sich im Vergleich zum Vorjahr nochmal erhöht. Olga Fritzsche, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburger Bürgerschaft: „Hamburg ist die Stadt mit der höchsten Millionärsdichte und dennoch müssen wir feststellen, dass jede*r Fünfte in Armut oder gefährlich nah an der Armutsschwelle lebt und am sozialen Leben in unserer Stadt nur eingeschränkt teilhaben kann. Die Ignoranz und Untätigkeit des Senats in der sozialen Frage ist unverantwortlich und führt dazu, dass sich Menschen abgehängt fühlen und das Vertrauen in Politik sinkt. Das gefährdet die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt. Gerade vor dem Hintergrund des wachsenden Populismus erwarten wir mehr Engagement vom Senat gegen die soziale Spaltung. Hamburg braucht endlich eine behördenebergreifende Anti-Armutsstrategie.“

www.linksfraktion-hamburg.de/demokratie-retten-armut-bekaempfen-senat-muss-behoerdenebergreifende-strategie-vorlegen/

Landesregierung muss mehr für bezahlbare Mieten tun: HANNOVER. Erneut hat die niedersächsische Regierung ihre Ziele für den Wohnungsbau verfehlt. Wie der NDR berichtet, fehlten in Niedersachsen 2022 109 000 Sozialwohnungen. Damit gehört Niedersachsen zu den Schlusslichtern in der Bundesrepublik. Eine Trendwende ist nicht in Sicht: Immer mehr Sozialwohnungen fallen aus der Sozialbindung und kaum neue kommen nach. „Die Landesregierung nimmt willkürlich hohe Mieten, Überschuldung und Obdachlosigkeit in Kauf, obwohl sie mit einer Sozialwohnungsbauoffensive all diesen Probleme Abhilfe schaffen könnte“, kritisiert Torben Franz, Mitglied des niedersächsi-

schen Landesvorstandes der Linken. „Eine Landeswohnungsbaugesellschaft haben wir schon lange gefordert – schön, dass die Landesregierung endlich auf uns hört“, fährt Franz fort. „Wenn sie weiter Forderungen der Linken umsetzen möchte, empfehle ich der Landesregierung als nächstes ein Förderprogramm für kommunalen Wohnungsbau, langfristige Finanzierung von Mietrechtsinitiativen und die Ausweitung von Mietschutzverordnungen und Mietpreisbremse.“ Weiterhin fordert Franz die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zur Einführung eines bundesweiten Mietpreisdeckels anzustoßen und die Spekulation mit Leerstand zu verbieten. „Die Spekulation mit Leerstand gehört verboten und Miethäie zu Fischstäbchen verarbeiten.“

www.die-linke-goettingen.de/kreisverband/aktuell/detail/landesregierung-muss-mehr-fuer-bezahlbare-mieten-tun-1/

Berechtigte müssen Sozialticket wieder in Anspruch nehmen können. BERLIN. Die Fraktionen der Grünen und Linken haben einen Antrag zur vereinfachten Vergabe des BVG-Sozialtickets eingereicht. Auch die Berliner SPD-Fraktion hat nun, wie aus Medienberichten zu entnehmen war, angekündigt, eine Vereinfachung des Vergabeverfahrens anzustreben. Dazu äußern sich Taylan Kurt, Sprecher für Sozialpolitik und Armutsbekämpfung der Grünen Fraktion im Abgeordnetenhaus: „Die Umstellung des Berlin-Passes hat zu Chaos für Betroffene in Berlin geführt. Insbesondere der Erwerb des Sozialtickets ist mit dem neuen digitalen Verfahren bei der BVG zu kompliziert. Der Senat muss unverzüglich zum alten Verfahren für die Anschaffung des Berlinpasses über die Bürgerämter zurückkehren! Zum Hintergrund:

Nachdem der BerlinPass vor über einem Jahr abgeschafft wurde, müssen das Jobcenter und weitere Ämter den Berechtigten einen neuen Nachweis zuschicken. Da viele Ämter überlastet sind, verzögert sich die Ausstellung der Berechtigungsnachweise. Betroffenen bleibt so der Zugang zu einem günstigen Sozialticket zeitweilig verwehrt, obwohl sie Anspruch darauf haben.

www.linksfraktion.berlin/politik/presse/detail/berechtigte-muessen-sozialticket-wieder-in-anspruchnehmen-koennen/

Niemand soll frieren müssen – ein Sozialtarif der Stadtwerke muss her! DÜSSELDORF. Die Abrechnungen für Energie und Wasser werden im neuen Jahr auch für Stadtwerke-Kund:innen höher ausfallen. Zusammen mit einer lange anhaltenden Inflation bei den Lebensmittelpreisen stellt das viele Men-

schen vor Probleme; ein Fünftel der Düsseldorfer:innen gilt laut EU-Definition als arm. Die Linke stellt nun zur Haushaltsberatung des Stadtrats am 14.12.2023 zwei Anträge, um diese Menschen zu entlasten. Helmut Born, sozialpolitischer Sprecher der Linken-Ratsfraktion, wirft der Stadtspitze vor, bei der Haushaltsplanung einen großen Teil der Düsseldorfer:innen zu vernachlässigen: „Mitten in Kriegs- und Krisenzeiten verzeichnet die Stadt Düsseldorf Rekord-einnahmen von anderthalb Milliarden Euro aus der Gewerbesteuer. Es wäre nur gerecht, diese Gewinne für Menschen einzusetzen, die nicht so gut durch die Krisen kommen wie die Düsseldorfer Unternehmen. Die Linke beantragt deshalb zur Haushaltssitzung des Stadtrats, dass erfolgreiche Notmaßnahmen des vergangenen Jahres fortgesetzt werden. Beispielsweise die Lebensmittelausgabe und der Unterstützungsfonds für Senioren sind weiter notwendig. Die Landesförderung für diese Maßnahmen endet jetzt, aber der Bedarf bei den Menschen ist noch da!“ Mit Blick auf den Winter will Die Linke auch einen Sozialtarif bei den Stadtwerken einführen.

www.linksfraktion-duesseldorf.de/home/detail-home/niemand-soll-frieren-muessen-ein-sozialtarif-der-stadtwerke-muss-her/

Mehr Leistung für mehr Menschen: der neue Bonn-Ausweis. BONN. Mit dem Bonn-Ausweis haben Menschen mit geringeren Einkommen Anspruch auf vergünstigte Leistungen der Stadt u. a. für Bus und Bahn. Davon können jetzt noch mehr Menschen profitieren.

Früher war zwar mit Sicherheit nicht alles besser. Aber dass sich heute viel mehr Menschen als noch vor ein paar Jahren wegen Energiepreisen und Inflation Sorgen um den Lebensunterhalt machen müssen, lässt sich schwer bestreiten. Das trifft vor allem Empfänger*innen von staatlichen Transferleistungen, aber das Problem geht darüber hinaus und ist längst bei Menschen etwa mit Vollzeitjob angekommen. Ein zentrales Instrument für gesellschaftliche Teilhabe in unserer Stadt ist der Bonn-Ausweis. Durch ihn bekommt man zum Beispiel 50 % Nachlass auf den Eintritt in Schwimmbäder, freie Mittagsverpflegung in Kita und Schule sowie günstigere Tickets im ÖPNV – den Preis für ein Monatsticket im Abo haben wir vor Kurzem auf 19 Euro deutlich abgesenkt. Ebenfalls auf unsere Initiative hin haben wir jetzt in einem zweiten Schritt den Kreis der Bonner*innen erweitert, die den Ausweis erhalten können. Denn während Transferleistungsempfänger*innen das Dokument – endlich im Scheckkartenformat – automatisch zugeschickt wird, müssen alle anderen selbst auf der Website der

Stadt mit dem Bonn-Ausweis-Rechner prüfen, ob sie abhängig von ihrem Einkommen Anspruch auf den Ausweis haben, und ihn dann beantragen. Die Einkommensgrenze für diese Prüfung haben wir hochgesetzt, so dass ab sofort deutlich mehr Menschen das Recht auf einen Bonn-Ausweis haben: Wir rechnen mit 10 000 Haushalten zusätzlich. Mehr Bonn-Ausweise kosten die Stadt mehr Geld, die Mittel im aktuellen Haushalt haben wir deshalb um gut 2,5 Mio. Euro erhöht.

www.linksfraktion-bonn.de/fileadmin/lcmslfbonn/user/upload/Frakitionszeitung_Winter_2324_web.pdf

9-Euro-Ticket weiter diskutieren.

HALLE. Nachdem der Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke für ein 9-Euro-Ticket für Schüler*innen in den zurückliegenden Haushaltsverhandlungen abgelehnt wurde, hat der Stadtelternrat eine Idee entwickelt, das Ticket dennoch zu finanzieren. Der Stadtelternrat schlägt vor, die kostenfreien Monatskarten für Schüler*innen, die weiter von ihrer jeweiligen Schule entfernt wohnen, zu streichen und die entsprechenden Gelder stattdessen für ein 9-Euro-Ticket für alle Schüler*innen zu investieren.

Aktuell läuft eine Umfrage unter den Eltern schulpflichtiger Kinder, die hierfür eine hohe Bereitschaft erkennen lassen. Darüber hinaus zeigt sich der allgemeine Wunsch und auch Bedarf nach einem kostengünstigeren ÖPNV-Ticket für alle Schüler*innen. Die Fraktion Die Linke begrüßt die Initiative und sieht sich bestätigt: Es gibt enormen Handlungsbedarf, den der Stadtrat gemeinsam mit der Stadtverwaltung aufgreifen muss. „Insgesamt wird einmal mehr deutlich, wie sehr die Bürger*innen hinter einem starken Nahverkehr stehen, der für alle zugänglich und finanziert ist. Wir sind offen für alle Ideen, um das 9-Euro-Ticket zu realisieren und hoffen auf gute Diskussionen“, erklärt dazu Anja Krimmling-Schoeffler, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion.

www.dielinke-halle.de/stadtratsfraktion

Sozialticket und Vereinzuschüsse sind sicher: ERFURT. Auch wenn die Stadt aktuell keinen Haushalt hat, wird das Sozialticket weiter durch das Sozialamt ausgegeben. „Diese Maßnahme ist richtig und wichtig für alle Betroffenen. Mobilität ist eine zentrale Voraussetzung für die soziale Teilhabe und die Chancen am Arbeitsmarkt. Daher ist es umso wichtiger, dass hier Klarheit herrscht“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Karola Stange. Der öffentliche Personennahverkehr ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Linke kämpft seit Jahren für das Sozialticket. So kann für Familien und Haushalten in prekären

Aufruf: Für ein menschenwürdiges Existenzminimum – gegen Kürzungen beim Bürgergeld!
Die Debatte um Kürzungen im Sozialbereich des Bundeshaushaltes 2024 muss sofort beendet werden!

Wer die Erhöhung des Bürgergeldes im kommenden Jahr infrage stellt, will offensichtlich Verfassungsbruch begehen. Denn die Sicherung des Existenzminimums durch das Bürgergeld hat Verfassungsrang. Die Anhebung des Bürgergeldes ist für Millionen von Menschen von existenzieller Bedeutung, um die Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Energie halbwegs abfedern zu können. Wer die Erhöhung mit Verweis



auf das Lohnabstandsgebot kritisiert, spielt Geringverdienende gegen Transfer-Berechtigte aus. Das spaltet unsere Gesellschaft. Die Gegner der Bürgergeld-Erhöhung wollend damit den Lohndruck auf untere Einkommensgruppen verschärfen und den Niedriglohnsektor zementieren. Sie verbreiten zudem Fake-News, denn wer arbeitet, bekommt hierzulande immer mehr Geld als Bürgergeld-Empfänger*innen.

Die Behauptung, dass viele lieber Bürgergeld beziehen als zu arbeiten, ist purer Populismus und stigmatisiert Bürgergeld-Bezieher*innen. Wahr ist: Von

• Arbeiterwohlfahrt Bundesverband AWO Michael Groß • Der Paritätische Gesamtverband Ulrich Schneider • Diakonie Deutschland Ulrich Lilie • SoVD Sozialverband Deutschland Michaela Engelmeier • Sozialverband VDK Deutschland Verena Bentele • Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi Frank Werneke • Volkssolidarität Bundesverband Susanna Karawanskij 17. Januar 2024

den über 5,5 Millionen Menschen, die Bürgergeld erhalten, stehen knapp 4 Millionen dem Arbeitsmarkt gar nicht zur Verfügung: wegen ihres Alters (unter 15 Jahren), ihrer Gesundheit, der Pflege von Angehörigen oder weil sie bereits in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sind. Fast 800 000 Menschen verdienen außerdem so wenig, dass sie ergänzend Bürgergeld benötigen, um ihr Existenzminimum halbwegs zu sichern.



Wer wirklich „Anreize für Arbeit“ verbessern möchte, der muss die Tarifbindung

stärken und den Mindestlohn deutlich anheben.

In diesen kritischen Zeiten der Verunsicherung und Polarisierung braucht es einen starken und verlässlichen Sozialstaat, der Lebensrisiken angemessen absichert und Menschen dabei unterstützt, auf eigenen Beinen zu stehen, und sie nicht abwertet. Dazu gehören ein höherer Regelsatz, die Stärkung der sozialen Sicherung und mehr Zukunftsinvestitionen in Arbeit, Umwelt und Bildung.

Situations ein Angebot zur Mobilität gewährleistet werden. Auch werden die Zuschüsse an die sozialen Vereine und Verbände, die in den Jahresplanungen der Fachämter bereits festgeschrieben sind, ohne Abstriche ausgereicht. Das ist eine große Erleichterung in der Planung der Vereine. Daher unterstützen wir dieses Vorgehen ausdrücklich.

www.die-linke-erfurt.de/aktuelles/detail-aktuelles/sozialticket-und-vereinzuschuesse-sind-sicher/

Kostenfreies Mittagessen an Kitas und Grundschulen! LEIPZIG. Am 13. und 14. Januar hat der erste mittels Losverfahren offiziell durch den Bundestag eingesetzte Bürgerrat zur Thematik „Ernährung im Wandel“ getagt. Unter einer Reihe an Empfehlungen für die Politik, welche durch den Rat ausgearbeitet wurden, wurde der Forderung nach einem kostenfreien Mittagessen für alle Kinder die höchste Priorität eingeräumt. Dazu erklärt William Rambow, Sprecher für Kinder und Jugend der Fraktion Die Linke im Leipziger Stadtrat: „Das kostenfreie Mittagessen an Kitas, Schulen und Horten ist eine langjährige Linke-Forde- rung. Zur gesunden Entwicklung junger

Menschen gehört eine vollwertige Ernährung – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Es kann nicht sein, dass manche Kinder und Jugendliche mit knurrendem Magen im Unterricht sitzen, weil sich ihre Familien die Verpflegung in der Schule schlachtweg nicht leisten können. Wir freuen uns, dass unser Anliegen durch den Bürgerrat nun noch mehr Schlagkraft erhält.“ Unsere Fraktion hat einen Antrag eingereicht, der ein kostenfreies Mittagessen in Leipzigs Kindertagesstätten und Grundschulen ab 2025 (<https://gleft.de/5ui>) fordert. Die Stadt hat hier die Chance, Leuchtturmwirkung zu erzielen.“ „Unser Antrag kann allerdings nur ein erster Aufschlag sein“, erklärt Marco Götze, Sprecher für Schule und Bildung der Leipziger Linksfraktion. „Langfristig sollten auch Schülerinnen und Schüler an weiterführenden Bildungseinrichtungen kostenfrei speisen. Der Bürgerrat betonte in seinen Ausführungen, dass dies der ‚Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit‘ sei. Leipzig tut gut daran, sich diese Empfehlung zu Herzen zu nehmen.“

www.linksfraktion-leipzig.de

Streik bei Tesla in Schweden

Von Jonathan Herlitz, Stockholm

Elon Musk ist der reichste Mann der Welt und CEO des Elektroautoherstellers Tesla. Keiner der weltweit 130 000 Beschäftigten des Unternehmens ist durch Tarifverträge abgesichert. Musk ist offen gewerkschaftsfeindlich, und wenn Beschäftigte versucht haben, sich gewerkschaftlich zu organisieren, sind sie auf den Widerstand von Tesla mit Entlassungen und Gewerkschaftsverschlagung gestoßen. Seit dem 27. Oktober findet in Schweden zwischen Tesla und der schwedischen Industriegewerkschaft IF Metall einer der größten Arbeitskonflikte seit Jahren statt. Dies ist das erste Mal, dass Tesla mit einem Arbeitskampf konfrontiert wird, und es ist kein Zufall, dass dies in Schweden geschieht – einem Land mit starken Gewerkschaften, in dem Tarifverträge die Norm sind.

Das schwedische Arbeitsmarktmodell

Das Saltsjöbad-Abkommen von 1938 legte den Grundstein für das schwedische Modell mit Regeln für die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Ziel war es, dass die Parteien mit Hilfe von Tarifverträgen die Arbeitsbedingungen regeln und Konflikte auf dem Arbeitsmarkt ohne Einmischung von Staat und Politik lösen. In der Vereinbarung verpflichteten sich die Arbeitgeber auch, nicht auf das Mittel des Streikbruchs zurückzugreifen. Die Zeit vor der Vereinbarung von Saltsjö-



Quelle: www.ifmetall.se/aktuellt/tesla/. Bei Aufruf der Webseite mit Edge ist eine maschinelle Übersetzung aus dem Schwedischen ins Deutsche möglich (rechte Maustaste).

bad war sehr turbulent und konfliktreich. Seitdem ist der Arbeitsmarkt friedlicher und von einem Konsens zwischen den Parteien geprägt.

Tarifverträge sind die Grundlage des schwedischen Modells und gelten derzeit für fast neun von zehn Arbeitnehmern. In Schweden gibt es keine gesetzlichen Mindestlöhne, und ohne Tarifverträge gibt es keine Untergrenze, wie niedrig die Entlohnung sein kann. Würden die schwedischen Gewerkschaften akzeptieren, dass Unternehmen keine Tarifverträge abschließen, würden sie auch einen Wettbewerb akzeptieren, der auf niedrigeren Löhnen und schlechteren

Bedingungen beruht. Dies wäre nicht nur für die Arbeitnehmer von Nachteil, sondern auch für die Arbeitnehmer in anderen Unternehmen, da die Gefahr besteht, dass die Löhne und Arbeitsbedingungen in der gesamten Branche nach unten gedrückt werden. Dies würde letztlich das schwedische Modell gefährden.

Im internationalen Vergleich ist der schwedische Arbeitsmarkt friedlich und die Gewerkschaften streiken selten, aber wenn sie streiken, sind sie so konfliktstark wie nur wenige andere Gewerkschaften auf der Welt. Die schwedischen und nordischen Gewerkschaften können nicht nur um ihrer selbst willen streiken, sondern auch von anderen Gewerkschaften durch Sympathiemaßnahmen unterstützt werden, was z.B. in den USA oder Deutschland nicht erlaubt ist.

Entwicklung des Streiks

Seit über fünf Jahren versucht IF Metall, die schwedische Tesla-Tochter TM Sweden zur Unterzeichnung eines Tarifvertrags zu bewegen. Trotz langwieriger Verhandlungen hat sich Tesla geweigert, einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Tesla hat keine Autofabriken in Schweden, aber elf Werkstätten, in denen rund 130 Mechaniker die Autos warten und reparieren. Am 27. Oktober traten die Mitglieder von IF Metall in den Tesla-Werkstätten in den Streik. Eine Woche später wurde der Streik auf alle Mitglieder in den Werkstätten, die Tesla-Fahrzeuge warten und reparieren, ausgeweitet. Wesentlich geht es bei dem Streik um bessere Löhne, Renten, Versicherungen und Mitspracherechte für alle Tesla-Beschäftigten. Im weiteren Sinne geht es aber auch um die Verteidigung des schwedischen Modells von Tarifverträgen.

IG Metall solidarisch

Bruno Rocker, Berlin

Dirk Schulze, IG Metall Bezirksleiter in Berlin-Brandenburg-Sachsen unterstützt den Streik bei Tesla in Schweden und erklärte für die IG Metall bereits im November 2023 an die Tesla-Beschäftigten gewandt:

„Ihr geht mit eurem Streik voran und macht deutlich, dass auch bei Tesla keine gewerkschaftsfreien Räume zugelassen werden. Euer Streik gibt auch den Kolleginnen und Kollegen in Grünheide Mut und Zuversicht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen.“

Die knapp 11 000 Tesla-Beschäftigten in Grünheide im Land Brandenburg (nahe Berlin) kämpfen seit Beginn der Produktion im neuen Werk mit der IG Metall gegen schlechte Arbeitsbedingungen und extreme Arbeitsbelastung aufgrund kurzer Taktzeiten, Personalmangel und überzogener Produktionsziele. igmetall-bbs.de/aktuelles/meldung/solidaritaet-mit-streikenden-tesla-kolleginnen-in-schweden

Die Belegschaft setzt sich zu einem hohen Anteil aus Pendlern, zum Teil bis aus Polen kommend, zusammen. Immer wieder werden gravierende Mängel beim Gesundheitsschutz und bei der Arbeitssicherheit festgestellt. Das noch junge Tesla-Werk verzeichnet in seiner bisherigen Geschichte eine ungewöhnlich hohe Zahl von Arbeitsunfällen und Krankenständen von teilweise bis zu 30 Prozent, berichtet die IG Metall. Die Gewerkschaft ist bemüht um die Gewinnung von neuen Mitgliedern. Ende letzten Jahres verzeichnete sie stolz erstmals über 1000 Mitglieder. Das ist gut, dennoch aber sind es kaum mehr als 10 Prozent und im Vergleich mit anderen Automobilwerken noch deutlich zu wenig. Firmenchef

Elon Musk zeigt kein Entgegenkommen gegenüber Gewerkschaften und kündigt angesichts der in letzter Zeit unter Druck geratenen Tesla-Aktie derweil neue Modelle und neue „revolutionäre“ Produktionsmethoden für die nächsten Jahre an.

Die Streikaktionen haben es nicht geschafft, den Betrieb von Tesla zu stoppen, und trotz des Streiks arbeiten viele Mechaniker weiter. Die Tatsache, dass Tesla Streikbrecher eingesetzt hat, verstößt gegen die Norm auf dem schwedischen Arbeitsmarkt und hat zu einer starken Eskalation des Konflikts geführt. IF Metall hat daher Streikbrecher ausgeschlossen und den Streik auf weitere Unternehmen ausgeweitet, um den Betrieb von Tesla zu beeinträchtigen. Dazu gehört das Unternehmen Hydro Extrusions, das für Tesla Komponenten herstellt, die in der Gigafactory in Berlin-Brandenburg verwendet werden.

Darüber hinaus haben neun schwedische Gewerkschaften Sympathiemaßnahmen ergriffen, um IF Metall zu unterstützen. So wird die Elektrikergewerkschaft die Wartung und Reparatur elektrischer Geräte in Teslas Werkstätten und Ladestationen einstellen, die Immobilienarbeitergewerkschaft wird die Reinigung von Werkstätten und Büros einstellen, die Gewerkschaft für Dienstleistung und Kommunikation (SEKO) wird die Zustellung von Post und Bauteilen (einschließlich Nummernschildern für Neuwagen) einstellen, die Bauarbeitergewerkschaft wird künftige Servicearbeiten und Bauarbeiten in Teslas

Servicewerkstätten blockieren, und die Transportarbeitergewerkschaft wird die Verschiffung neuer Tesla-Autos von Schiffen in allen schwedischen Häfen blockieren.

Die Sympathieaktion hat auch auf die nordischen Gewerkschaften in Dänemark, Norwegen und Finnland übergegriffen, wo Hafenarbeiter den Transport von Tesla-Autos nach Schweden stoppen. Damit soll es Tesla erschwert werden, die schwedische Blockade zu umgehen. Der Streik hat auch internationale Unterstützung von Gewerkschaften wie der UAW in den USA und der IG Metall in Deutschland erhalten. Tesla gelingt es jedoch, die Blockaden auf verschiedene Weise zu umgehen. Unter anderem transportiert Tesla die Autos auf dem Landweg aus Deutschland, hat Ersatzkennzeichen für die Autos bestellt, die direkt an den neuen Autobesitzer geschickt werden, und Tesla plant die Eröffnung einer eigenen Reparaturwerkstatt.

In der Bevölkerung ist die Unterstützung für den Streik groß. Laut einer von Novus im Auftrag der Zeitung Svenska Dagbladet durchgeführten Umfrage unterstützen fast sechs von zehn Schweden den Streik und nur zwei von zehn sind dagegen. Es gibt jedoch auch Stimmen, die gegen den Streik sind und eine Än-

derung der schwedischen Konfliktregeln fordern. Trotz des Drucks von Tesla und des Arbeitgeberverbands IKEM, dem Hydro angehört, hat sich die Regierung in dem Konflikt bisher neutral verhalten.

Es ist schwer zu sagen, wie lange der Streik dauern wird, da die Parteien derzeit weit voneinander entfernt sind. IF Metall kann den Konflikt noch lange fortsetzen und verfügt über einen Streikfonds, der 500 Jahre lang reicht. Obwohl Schweden im weltweiten Vergleich ein kleiner Markt ist, ist Tesla immer noch das meistverkaufte Automodell in Schweden. Es scheint daher unwahrscheinlich, dass Tesla Schweden verlässt, anstatt einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Derzeit finden keine Verhandlungen statt, aber es werden Gespräche geführt. Der Vertragssekretär von IF Metall, Veli-Pekka Säikkälä, hat eine Lösung erwähnt, die akzeptiert werden könnte, bei der Tesla, ähnlich wie Amazon, seine schwedischen Betriebe in einem anderen Unternehmen unterbringen würde, das einen Tarifvertrag hat. Das Ergebnis des Streiks bleibt abzuwarten – aber unabhängig davon hat der Streik den Druck und Wind der Gewerkschaften auf Elon Musks Modell und Tesla noch stärker werden lassen. Vielleicht weht er sogar bis nach Deutschland?

Tarifnachrichten

Bruno Rocker, Berlin

Kommunaler Nahverkehr: Die Gewerkschaft Verdi hat mit Warnstreiks im Nahverkehr begonnen. Gestreikt wird in allen Bundesländern außer Bayern, wo bereits ein neuer Tarifvertrag seit dem letzten Jahr existiert. Von der Tarifrunde sind über 130 kommunale Unternehmen und insgesamt rund 90 000 Beschäftigte in Städten und Landkreisen betroffen. Mit Beginn des Jahres 2024 besteht in dem Tarifkonflikt keine Friedenspflicht mehr.

Deutsche Bahn: Bahn und die GDL verhandeln im Februar nun doch erneut. Beabsichtigt ist, eine Einigung bis Anfang März herbeizuführen. Die GDL hatte die Verhandlungen vorher abgebrochen, weil die Bahn zunächst nicht über Arbeitszeitverkürzung und vor allem nicht für Beschäftigte über den Bereich der Lokführer hinaus, verhandeln wollte.

Es geht nicht um einzelne Prozente. Das derzeitige Angebot der Bahn sieht 4,8 Prozent mehr Geld für die Beschäftigten ab August und weitere fünf Prozent mehr ab April 2025 vor. Ab Januar 2026 können Lokführer und Zugbegleiter diesem Angebot zufolge dann zwischen einer weiteren Entgelterhöhung um 2,7 Prozent oder einer Stunde weniger Arbeit pro



Einzelhandel: Nach mehr als neun Monaten Tarifkonflikt mit ergebnislosen Verhandlungen versucht Verdi weiterhin mit zahlreichen Warnstreiks, den Druck auf die Arbeitgeber zu erhöhen. Die Gewerkschaft fordert für den Einzelhandel unter anderem mindestens 2,50 Euro mehr pro Stunde bei einer Laufzeit von einem Jahr. Je nach Bundesland kommen weitere Forderungen hinzu. Die Arbeitgeber hatten zuletzt eine Tarifsteigerung von insgesamt 10,24 Prozent bei 24 Monaten Laufzeit angeboten, dazu eine Inflationsausgleichsprämie von 750 Euro sowie ein tarifliches Mindestentgelt.

Wochen entscheiden, allerdings unter dem Vorbehalt, dass genügend Arbeitszeitkapazität, also Personal zum Ausgleich zur Verfügung stehen.

Tatsächlich geht es der GDL jedoch hauptsächlich darum, mehr Tarifverträge mit Wirkung auf mehr Beschäftigte in anderen Bereichen abzuschließen. Die Gewerkschaft der Lokführer konkurriert mit der DGB-Gewerkschaft EVG um ihre Existenz.

Die Bahn hatte 2021 festgestellt, dass nach dem neuen Tarifeinheitsgesetz lediglich 10 000 Beschäftigte GDL-Ta-

rifverträgen unterliegen, während ca. 180 000 unter die Tarifverträge der EVG fallen.

Eine Kooperation mit der DGB-Gewerkschaft, so wie z.B. von der Ärztegewerkschaft Marburger Bund oder der Pilotenvereinigung Cockpit mit DGB-Gewerkschaften praktiziert, kam bislang für die GDL nicht in Frage. Vielleicht ergeben sich nach dem Ausscheiden Wesselskys im September neue Chancen. Vielleicht starten die jeweiligen Dachorganisationen DGB und Beamtenbund eine entsprechende Initiative.

„Alle Menschen sind Menschen“

Haiti: Die Sklaven erkämpfen Freiheit und Unabhängigkeit

Christiane Schneider, Hamburg

Im August 1791 griffen Sklaven in Saint-Domingue, dem heutigen Haiti,¹ zu den Waffen, um ihre Freiheit zu erkämpfen. Der Kampf weitete sich schnell aus und endete am 1. Januar 1804 mit der Unabhängigkeit Haitis und der Aufhebung der Sklaverei. Damit war er der einzige erfolgreiche Sklavenaufstand in der Geschichte der Sklaverei.

1510 hatte das erste Schiff mit 50 westafrikanischen Sklaven die Insel erreicht, damals noch spanische Kolonie. In Europa war Zucker zu einem zunehmend begehrten Luxusgut geworden. Auf Haiti entstanden erste Zuckerplantagen. Die indigene Bevölkerung, von den Kolonialherren zur Sklavenarbeit gezwungen, wurde durch die unerträglichen Lebensbedingungen bis 1540 fast vollständig ausgerottet. Mit dem Aufschwung der Plantagenwirtschaft nahmen die Nachfrage nach billigen Sklaven und damit der europäische Handel mit Menschen aus Afrika enorm zu. Dabei stieg die Zahl der Sklaven kaum an: Das brutale Arbeitsregime senkte ihre verbleibende Lebenserwartung auf durchschnittlich sieben Jahre. So stieg Haiti zum wichtigsten Produzenten von Zucker und Kaffee auf, zur ertragreichsten französischen Kolonie.

Die Bevölkerungsstruktur Haitis unterschied sich von denen anderer europäischer Kolonien in den Amerikas, die in der Regel aus europäischen Sklavenhaltern und meist afrikanischen Sklaven bestanden. In Haiti gliederte sich die Gesellschaft teils nach Hautfarbe, teils nach ökonomischem Status in vier Klassen, deren Interessen unterschiedlich, wenn nicht entgegengesetzt waren: Rund eine halbe Million, fast 90%, „waren das Eigentum einer anderen Person“, schreibt der Historiker Philipp Hanke.² Die restlichen gut 10% setzten sich zusammen aus Kreolen, d.h. Menschen europäisch-afrikanischer

Abstammung, die frei, oft selbst Plantagenbesitzer und reich, aber aus rassistischen Gründen entrichtet und aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen waren. Weiter aus „petits blancs“, „kleinen Weißen“, meist Aufseher, Händler, Angestellte oder Handwerker, sowie „grands blancs“, europäischen Sklavenhaltern, deren Reichtum ausschließlich auf Sklavenarbeit beruhte.

Der Kampf um Befreiung und Unabhängigkeit

Gleich zu Beginn der französischen Revolution hatte die Nationalversammlung 1789 die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ verabschiedet, die u.a. das Recht auf Freiheit, Eigentum, Sicherheit und auf Widerstand gegen Unterdrückung formulierte. Die Menschenrechte galten indes nicht für Frauen und schon gar nicht für die Sklaven in den Kolonien. In Haiti begann ihr Aufstand 1791 mit der Rebellion von zunächst 2000 Sklaven. Die Sklaven waren gut vernetzt, und innerhalb von nur drei Monaten entstand eine 80 000 Personen starke bewaffnete Streitmacht, darunter zahlreiche Frauen.

Es ist davon auszugehen, dass viele Sklaven über die Ereignisse in Frankreich informiert waren. Ein weit verbreiteter Kampfruf lautete: „Alle Menschen sind Menschen“. Treibende Kraft des Aufstandes war ihr Wunsch, ein Stück eigenes Land zu bebauen und nicht mehr als Unfreie zu Tode geschunden zu werden.

Es gelang der Kolonialarmee nicht, den

Aufstand zu zerschlagen. Unter diesem Eindruck verabschiedete die französische Nationalversammlung 1793 die Aufhebung der Sklaverei. Kurz danach landeten britische Truppen auf Haiti: Frankreich stand im Krieg gegen eine Koalition europäischer Mächte unter Führung von Österreich, Preußen und Großbritannien. In dieser Situation gelang es Toussaint L’Ouverture, ein freigelassener Sklave, gebildet und kampferfahren, die Aufständischen zu vereinigen und die feindlichen Truppen zu schlagen. 1801 ließ Toussaint eine erste Verfassung Haitis ausarbeiten, nach der Haiti Teil Frankreichs blieb, aber Diskriminierung verboten und die Sklaverei abgeschafft wurden. Doch gleichzeitig zementierten die Artikel 14 und 15 „die Plantage als Herzstück der kolonialen Wirtschaft“.³ Für die jetzt freien Arbeiter galt ein rigider Arbeitszwang, der Erwerb eigener Parzellen war ihnen untersagt.

Auf Befehl Napoleons landeten 1802 über 20 000 französische Soldaten auf Haiti. Ihr Auftrag war es, Toussaint L’Ouverture festzunehmen, den Aufruhr niederzuschlagen und die Wiedereinführung der Sklaverei durchzusetzen. Toussaint wurde festgenommen und starb in einem französischen Kerker den Erfrierungstod. Die Truppen der Schwarzen jedoch schlugen die französischen Truppen in einer alles entscheidenden Schlacht im November 1803 unter der Führung von Toussaints Nachfolger Dessalines.

Eine Antwort auf Rassismus

Am 1.1.1804 erklärte Haiti als erste einst europäische Kolonie in den Amerikas seine Unabhängigkeit. Die ersten beiden Artikel der neuen Verfassung von 1805 bekräftigten die Unabhängigkeit und die Abschaffung der Sklaverei. So ist der Kampf der Sklaven auf Haiti in der Geschichte der Menschenrechte ein großer Schritt, auch wenn er bis heute wenig gewürdigt wird. Von den europäischen Kolonialmächten und den USA gehasst und bedroht, wurde Haiti für die Unabhängigkeitskriege und vor allem für die Sklaven in den Amerikas zu einem wichtigen Fanal.

Die brutale, europäisch organisierte Sklaverei in Nord- und Südamerika, „die die gewaltsame, ökonomisch motivierte und staatlich sanktionierte Verschleppung von ungefähr zwölf Millionen Afrikanerinnen und Afrikanern einschloss“ (4), bedurfte einer Rechtfertigung. Sie fand sie in der Konstruktion von Rassen, die nicht nur die Ungleichheit der Menschen, sondern eine Rangordnung, eine hierarchische Stufung der Menschheit

Transatlantischer Dreieckshandel 17. bis 19. Jahrhundert. Matthias Paykowski. Auf dem Höhepunkt der Produktion im 18. Jahrhundert lieferten die Plantagenwirtschaften Santo Domingues 70 000 Tonnen Zucker nach Europa. Die französische Kolonie war damit zum größten Zuckerlieferant für die europäischen Kolonialmächte geworden. Zucker, zu Beginn „eine Mode reicher Tafeln“, wurde in den europäischen Gesellschaften zunehmend von einer Luxus- zur Massenware. Vor allem und zunächst in den städtischen Milieus nahm der Verbrauch der Kolonialware beständig zu – ähnlich wie bei Kaffee. Bereits im Winter 1792 wird aus Paris von Tumulten und Protesten wegen des Preisanstiegs beim Zucker berichtet. – Mit der ständig wachsenden Nachfrage in Europa steigt die Zahl der Sklaven, die jährlich nach Santo Domingue in die Plantagenwirtschaften gepresst werden. Waren es zwischen 1760 und 1780 jährlich etwa 10- bis 20 000, so werden vor der französischen Revolution 25 000 und 1790 über 46 000 afrikanische Menschen neu nach Santo Domingue versklavt.¹

¹ Oliver Gleich, Saint-Domingue und die französische Revolution. Das Ende der weißen Herrschaft in einer karibischen Plantagenwirtschaft. Böhlau Verlag 2011. Abb.: <https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-globalgeschichte/242213/transatlantischer-sklavenhandel-und-dreieckshandel/>



legimierte, in der die Schwarzen auf die unterste Stufe verwiesen wurden. Damit wurden Versklavung und Vernichtung durch Sklavenarbeit legitim.

Der moderne Rassismus, „jener soziale Konstruktionsprozess angeblich natürlicher Ungleichheit“ (5), ist ein Produkt des europäischen Kolonialismus. Zu den Begründern gehören Aufklärer wie Montesquieu, Kant, Hume oder Voltaire. Haitis Verfassung von 1805 enthält in Artikel 14 die harte Kritik und Zurückweisung: „Da alle Akzeptanz der Farbe unter den Kindern ein und derselben Familien, deren Vater der oberste Richter ist, notwendig aufhören soll, so sollen die Haitianer von nun an nur noch unter der allgemeinen Bezeichnung der Schwarzen bekannt sein.“⁶

Das schloss etwa die ehemaligen deutschen und polnischen Soldaten ein, die aus Napoleons Truppen desertiert waren und auf Haiti lebten.

Unvollendete Befreiung

Haiti gilt heute als gescheiterter Staat und ärmster Staat der Welt. Warum Haiti scheiterte, scheint bisher wenig erforscht. Ein Grund ist mit Sicherheit, dass seine Unabhängigkeit noch lange durch Frankreich und zunehmend auch die USA bedroht war und das Land sich deshalb eine große und deshalb kostspielige Armee leisten musste. Vor allem aber zahlte das Land einen ungeheuerlich großen Preis für die Anerkennung durch Frankreich 1825: 150 Mio. Gold-Francs als Entschädigung für den verlorenen Besitz, die befreiten Sklaven und ihre Arbeit. Nur durch immer neue Kreditaufnahmen konnte das Land die fälligen Raten zahlen. Allein die jährlich anfallenden Zinsen machten 15% des Sozialprodukts aus. Erst 1950 zahlte das Land die letzte Rate. Die Folge der Zwangszahlungen: „Weil die Zins- und Schuldzahlungen nur durch Exportzölle finanziert waren, musste Haiti seine Ökonomie auf den Export von Kaffee, Blauholz und anderen Naturprodukten ausrichten.“⁷ Unter diesen Bedingungen war es wahrscheinlich unmöglich, die Plantagenwirtschaft zu überwinden und die Befreiung vom Kolonialsystem zu vollenden. Der Einbruch der Kaffeeexporte, die Zerstörung der Landwirtschaft durch Abholzung und Export nahezu der gesamten Bestände an Tropenholz und Naturkatastrophen trieben das Land in den Ruin.

1 Seit 1697 war der westliche Teil der Insel, das heutige Haiti, französische Kolonie, während der östliche Teil, das heutige Santa Domingo, unter spanischer Herrschaft verblieb; 2 Philipp Hanke, Revolution in Haiti, Köln 2017; 3 Philipp Hanke, ebd. S. 129; 4 Wulf D. Hund, Rassismus, Bielefeld 2007, S. 22f.; 5 Ebenda S. 35; 6 Quelle: [https://en.wikisource.org/wiki/Constitution_of_Haiti_\(1805\)](https://en.wikisource.org/wiki/Constitution_of_Haiti_(1805)), Übersetzung aus dem Englischen mit deepL; 7 Siehe www.inkota.de/news/die-schuld-der-eigenen-befreiung

Ideen der Aufklärung – die Kritik der Kolonialsklaverei lässt politisch und wirtschaftlich Mächtige unbeeindruckt



Martin Fochler. Der „Krünitz“, **Oekonomische Encyclopädie oder allgemeines System der Staats- Stadt- Haus- und Landwirthschaft**, erschien von 1773 bis 1858 in 242 Bänden. In dem 280 000-Zeichen-Eintrag(!) zu „**Sklave**“ wird ausführlich auf die „*Philosophischen und politischen Geschichte der Besitzungen und des Handels der Europäer in beiden Indien*“, des Abbé Raynal, (1774) zugegriffen, ein vielgelesenes Werk der französischen Aufklärung, das bereits 1778 ins Deutsche übersetzt vorlag. Digital aufbereitet unter: <https://www.kruehnlitz1.uni-trier.de/>

Krünitz, Stichwort „Sklave“: ... Vergeblich stellt man dem Herren die Gefahr vor Augen, die ihm droht, vergeblich erinnert man ihn, wie süß die Rache für ein verwundetes Gemüth ist; allein er ist taub. Sollte man es glauben, daß eine Prophezeiung in der *Philosophischen und politischen Geschichte der Besitzungen und des Handels der Europäer in beiden Indien** (Raynal) schon nach kaum funfzig Jahren eintreffen würde. (...) Es heißt nämlich daselbst: „Doch was sage ich. Es schweige die unnütze Stimme der Menschlichkeit gegen die Nationen und ihre Herren; vielleicht ist sie niemals in öffentlichen Geschäften zu Rathe gezogen worden. Je nun! Wenn denn der Eigennutz allein Rechte auf eure Seele hat, ihr Völker Europas, so hört noch, was ich euch hier sage. Eure Sklaven brauchen weder eure Großmuth, noch euren Rath, um das gotteslästerliche Joch, das sie unterdrückt, zu zerschlagen. Die Natur redet lauter als Philosophie und Eigennutz. Schon haben einige ermordete Weiße einen Theil unserer Verbrechen gebüßt; schon sind zwei Kolonien flüchtiger Neger entstanden, welche durch Traktaten und durch die Macht vor eurem Frevel gesichert sind. Gift hat von Zeit zu Zeit einige Schlachtopfer gerächt. Verschiedene haben sich eurer Unterdrückung durch einen freiwilligen Tod entzogen. Diese Umbringungen sind lauter Blitze, die das Gewitter verkündigen, und es fehlt den Negern nichts, als ein Anführer mit hinreichendem Muthe, um sie zur Rache und zum Blutbade zu leiten. Wer ist er, der große Mann, den die Natur zur Ehre des menschlichen Geschlechtes vielleicht hervorbringen sollte? Wo ist er, jener neue Spartacus der keinen Crassus finden wird? Alsdann wird der **schwarze Codex** (s.u. *Codenoire*) verschwinden und wie schrecklich wird der weiße werden, wenn der Sieger nur aufs Vergeltungsrecht achtet?“

Krünitz, Stichwort „Sklave“, Suchwort Codenoire: (...) So hatten die Franzosen ihre **Codenoir** ... Hier einige Artikel aus diesem Codex: Die Sklaven sollen keine großen Stöcke tragen, sie müßten denn Briefträger sein. Sollen sie sich weder bei Tage, noch bei Nacht an irgend einem Orte unter dem Vorwande einer Hochzeit oder anderer Veranlassung, bei Strafe von Stockschlägen, und wenn sie es wiederthun, bei Lebensstrafe, zusammenrotten. Allen Weißen auf den Inseln soll erlaubt seyn, den Negern Alles wegzunehmen, was sie bei sich haben, wenn solches auch die Früchte ihres eigenen Fleißes wären, wofern sie nicht ein Billett von ihrem Herren vorzeigen können. Der Sklave, der seinen Herrn, oder seine Frau, oder seine Kinder blutrünstig oder ins Gesicht geschlagen, soll am Leben bestraft werden. Wenn ein Sklave zum zweiten Male entläuft, so soll ihm ein Bein abgehauen und er gebrandmarkt werden. Thut er's zum dritten Male, so büßt er seine That mit dem Leben. Kein Herr darf seinen Sklaven frei lassen, wofern er nicht von den Gouverneurs oder von den Intendanten der Kolonien die Erlaubniß dazu schriftlich erhält. Man beklagte sich in den Kolonien, daß die Herren ihre Sklaven ungestraft hinrichten lassen; hierauf bezieht sich nun zwar ein Artikel zu Gunsten der Sklaven; allein er ist so gestellt, daß die Herren gewöhnlich der Strafe entgehen. Dieser Artikel heißt nämlich: Wir befehlen, daß man den Herrn, der seinen Sklaven umgebracht, peinlich belangen, und ihn, nach Verhältniß der Umstände, bestrafen soll. In solchen Fällen, wo eine Entlassung von der Strafe Statt finden kann, sollen unsere Bedienten diese ertühen dürfen, ohne daß man sich an uns zu wenden braucht (...).

Die Kritik bedauert die Versklavten als „leidende Brüder“, sie prangert Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit an. Die Plantagenwirtschaft sucht und findet Rechtfertigung. Es ist die Naturwissenschaft, die dem Rassismus die Legitimationslegende liefert. Zwar stellte (z.B. in Deutschland) Johann Friedrich Blumenbach (siehe Wiki) schon 1775 zu den anatomischen und morphologischen Varietäten des Menschen fest, dass diese erstens nur äußerlicher Natur und für die intellektuellen Fähigkeiten der Menschen bedeutungslos seien, jedoch diffamierte Samuel Thomas von Soemmerring (siehe Wiki), 1784 (Über die körperliche Verschiedenheit des Mohren vom Europäer) afrikanische Menschen als mindere Rasse, eine jahrhundertelang fortwirkende Lüge.

Siehe auch: https://de.wikipedia.org/wiki/Code_Noir

Seeminen im Schwarzen Meer – Die Rolle der Türkei

Ulli Jäckel, Hamburg

Seit Beginn des russischen Angriffs-kriegs gegen die Ukraine sorgen Seeminen im Schwarzen Meer für eine Gefährdung der Schifffahrt. Bereits kurz nach Kriegsbeginn hatte die Ukraine ihre Häfen und Küsten vermint, um sich gegen Angriffe vom Meer aus zu schützen. Im Zuge der Blockade der ukrainischen Häfen soll auch Russland Minen gelegt haben. Dabei handelt es sich vor allem um sogenannte Ankertauminen, die durch eine Kette an einem Gewicht auf dem Meeresgrund hängen und unter der Meeressoberfläche schweben. Diese können sich losreißen, im Meer herumtreiben und dadurch zu einer unberechenbaren Gefahr werden.

Minen Gefahren im Schwarzen Meer

Bereits kurz nach Ausbruch des Krieges wurde im März 2022 der Bosphorus gesperrt, weil die türkische Marine eine treibende Mine entschärfen musste. Auch vor der rumänischen Küste wurden zu dieser Zeit bereits Minen entdeckt. Am 14. Juni 2023 sprach der rumänische Marinestabschef von 74 Seeminen, die die Seestreitkräfte im Schwarzen Meer neutralisiert hätten: 55 durch die Ukraine, sieben von Rumänien, sechs von der Türkei, vier von Bulgarien und zwei von Georgien.

Seither kam es zu mehreren weiteren Zwischenfällen: Im August explodierte eine Mine in der Nähe eines rumänischen Badeortes; Anfang Oktober kollidierte ein türkisches Stückgutschiff vor der rumänischen Küste mit einer Mine und wurde beschädigt; im November wurde ein Getreidefrachter vor der ukrainischen Küste beschädigt und Ende Dezember kam es zu einer Explosion in der Nähe des Hecks des Frachters Vyssos nahe der Donaumündung.

Die Urheber der Minen sind schwer auszumachen, weil sowohl die Ukraine als auch Russland zum Teil Minen aus sowjetischen Beständen verwenden. Dies bildet auch die Grundlage für gegenseitige Schuldzuweisungen der Kriegsparteien.

Anders als Antipersonenminen sind Seeminen nicht international geächtet.

Das 8. Haager Abkommen erlaubt Staaten, in bewaffneten Konflikten ihre Häfen und Küsten gegen feindliche Angriffe von Seeseite zu schützen. Allerdings müssen diese Sperren wirksam überwacht und muss die zivile Schifffahrt über die Verminung informiert werden. Entsprechend hatte die Ukraine eine Warnung ausgesprochen, als sie ihre Küstengewässer im Nordwesten des Schwarzen Meeres im März großflächig verminnte.

„Abkommen über die Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen“

Sog. VIII. Abkommen der Haager Friedenskonferenz von 1907, Den Haag am 18. Oktober 1907

Art.1 Es ist untersagt:

1. unverankerte selbsttätige Kontaktminen zu legen, außer wenn diese so eingerichtet sind, dass sie spätestens eine Stunde, nachdem der sie Legende die Aufsicht über sie verloren hat, unschädlich werden;
2. verankerte selbsttätige Kontaktminen zu legen, wenn diese nicht unschädlich werden, sobald sie sich von ihrer Verankerung losgerissen haben;
3. Torpedos zu verwenden, wenn diese nicht unschädlich werden, nachdem sie ihr Ziel verfehlt haben.

Art.2 Es ist untersagt, vor den Küsten und Häfen des Gegners selbsttätige Kontaktminen zu legen zu dem alleinigen Zwecke, die Handels-schifffahrt zu unterbinden.

Art.3 Bei der Verwendung von verankerten selbsttätigen Kontaktminen sind für die Sicherheit der friedlichen Schifffahrt alle möglichen

https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/26/619_440_601/de?print=true

Minenbekämpfung durch Anrainerstaaten

Am 11. Januar haben die Türkei, Rumänien und Bulgarien in Istanbul ein Abkommen über die Bildung einer Einsatzgruppe unter gemeinsamem Kommando zur Minenräumung geschlossen. Dafür wollen sie jeweils drei Minensuchboote zur Verfügung stellen. Im Gegensatz zu den beiden anderen Staaten lehnt die Türkei eine stärkere Präsenz der Nato im Schwarzen Meer ab

Wenige Tage zuvor verweigerte die Türkei zwei britischen Minensuchbooten, die der Ukraine zur Verfügung gestellt werden sollten, die Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosphorus ins Schwarze Meer. Dabei verwies sie auf das Abkommen von Montreux (Vgl. PB 5/2023, S.3). Danach kann die Türkei die Durchfahrt von Schiffen kriegsführender Staaten untersagen. Dies hatte die Türkei bereits seit dem Beginn des Krieges im Februar 2022 so praktiziert, indem sie auch russischen Kriegsschiffen die Passage verbot.

Die SWP-Wissenschaftler Isachenko und Swistek schreiben: „Ankara betrachtet den Vertrag von Montreux als Instrument der regionalen Sicherheit, das nicht nur den eigenen Interessen, sondern auch denen der Anrainer- und Nicht-Anrainer Staaten dienen soll. Dies wurde zuletzt erneut in der Art und Weise offenbar, wie Ankara sich am 28. Februar 2022, vier Tage nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine, auf das Übereinkommen berief. Unter Bezugnahme auf Artikel 19, der die Durchfahrt von Kriegsschiffen

Vorsichtsmaßregeln zu treffen. Die Kriegsführenden verpflichten sich, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, dass diese Minen nach Ablauf eines begrenzten Zeitraums unschädlich werden; auch verpflichten sie sich, falls ihre Überwachung aufhört, die gefährlichen Gegenenden den Schifffahrtskreisen, sobald es die militärischen Rücksichten gestatten, durch eine Bekanntmachung zu bezeichnen, die auch den Regierungen auf diplomatischem Wege mitzuteilen ist.

Art.4 Jede neutrale Macht, die vor ihren Küsten selbsttätige Kontaktminen legt, soll dieselben Regeln beachten und dieselben Vorsichtsmaßregeln treffe, wie sie den Kriegsführenden zur Pflicht gemacht sind. (...)

Art.5 Die Vertragsmächte verpflichten sich, nach Beendigung des Krieges alles, was an ihnen liegt, zu tun, um, jede auf ihrer Seite, die gelegten Minen zu beseitigen. (...)

kriegsführender Akteure betrifft, erklärte der damalige türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu, dass ‚alle Länder, ob Anrainer oder nicht, gewarnt wurden, Kriegsschiffe durch die Meerenge zu schicken.‘ Damit reagierte Ankara auf die Forderung der Ukraine, die Meerenge für russische Kriegsschiffe zu schließen, und minimierte zugleich mit Bedacht ein Eskalationspotential.“ Dies Vorgehen stehe im Zusammenhang mit dem Bestreben der Türkei, „... die Führungsrolle des eigenen Landes in der Region gegenüber der Nato zu sichern. Als die USA im Jahr 2005 die Nato-Seeraumüberwachungsoperation ‚Active Endeavour‘ vom Mittelmeer auf das Schwarze Meer ausdehnen wollten, stießen sie auf großen Widerstand der Führung in Ankara. Diese argumentierte, die Nato sei bereits mit der Türkei als Bündnispartner in der Region ausreichend vertreten. Um für Sicherheit im Schwarzen Meer zu sorgen, hat die Türkei eigene Strukturen und Kooperationsangebote initiiert. Bereits 2001 rief sie einen regionalen ständigen Kooperationsverband, die BlackSeaFor, ins Leben. (...) Im Jahr 2004 startete die Türkei die nationale Operation Black Sea Harmony (...) Die türkische Regierung hat seither allen Anrainerstaaten, auch Russland, eine Beteiligung an dieser Mission und den dafür eingerichteten Strukturen angeboten.“ (SWP-Aktuell 36, Juni 2023). Diese Politik ermöglicht es der Türkei zugleich, als Vermittler zwischen den Kriegsparteien, etwa im Falle des Getreideabkommens aufzutreten.

Davos: Internationale Beraterkonferenz spricht über „Zehn-Punkte Friedensplan“ Selenskyjs

Christoph Cornides, Mannheim

Vom 15. bis 19. Januar 2024 fand in Davos, Schweiz, das Weltwirtschaftsforum (WEF, „World Economic Forum“) mit ca. 2 700 Teilnehmenden statt, darunter Vertretungen von etwa 50 Staaten. Thema der Hauptkonferenz war nach Zeitungsberichten, neben verschiedenen aktuellen Wirtschafts- und Konfliktfragen, auch der von der Vertretung der Ukraine so benannte „Friedensplan“ bzw. die ukrainische Zehn-Punkte-Friedensformel“.

Der ukrainische Präsident Selenskyj hielt dazu eine Videoansprache und nahm während des Forums an bilateralen Treffen mit Vertretern der EU, der Nato und mit Vertretern von Konzernen teil. Selenskyj verband den Besuch in der Schweiz mit Gesprächen mit Schweizer Regierungsvertretern.

Dazu erklärte der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis (dpa, 15.1.2024), die Verständigung auf Grundprinzipien für eine Friedenslösung auf breiter Ebene könnte dazu beitragen, Russland eines Tages an den Verhandlungstisch zu bekommen. Doch bis zu einer Friedenslösung sei es noch ein langer Weg. Aktuell seien Friedensverhandlungen mit Russland

nicht möglich. Das war auch die erklärte Position von Andrij Jermak, dem Leiter des ukrainischen Präsidentenbüros.

Nach dpa/Tass-Berichten stellte Russland, das nicht zum Wirtschaftsforum eingeladen war, umgehend eine Reihe von Gegenforderungen für eine eventuelle Teilnahme Moskaus an Ukraine-Verhandlungen. An erster Stelle müsse der Westen seine Waffenlieferungen an Kiew einstellen, sagte Außenamtssprecherin Maria Sacharowa nach Angaben der Staatsagentur Tass. Zudem müssten antirussische Sanktionen und „russophobe Erklärungen“ eingestellt werden.

Konferenzen der Berater für nationale Sicherheit (NSA)

Vor dem Wirtschaftsforum fand in Davos das vierte Treffen von Beratern für nationale Sicherheit (NSA) – ausdrücklich also keinen Regierungsvertretern – statt. Dabei versucht die Ukraine, gemeinsam mit

Am 14.1.2024 veröffentlichte die „Neue Zürcher Zeitung“ den „Zehn-Punkte-Plan Selenskis“, den wir nachfolgend in Stichpunkten wiedergeben.

1. Kernkraft – (Es darf weder mit dem Einsatz von Atomwaffen noch mit Zerstörung von Atomkraftwerken gedroht werden. Atomkraftwerke müssen unter internationale Kontrolle gestellt werden.)
2. Nahrungsmittelsicherheit (Grundmittel der Versorgung dürfen nicht als Waffe eingesetzt werden.)
3. Energieversorgung (Keine Angriffe auf die Infrastruktur.)
4. Kriegsgefangene (Gefangene, deportierte Kinder müssen nach dem Grundsatz alle gegen alle ausgetauscht werden.)
5. Territoriale Integrität (Anerkennung UN-Charta und der territorialen Integrität der Ukraine.)
6. Truppenrückzug (Muss vollständig erfolgen.)
7. Kriegstribunal und Reparationen (Ein internationales Tribunal speziell zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine soll eingerichtet werden, und Russland muss zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden verpflichtet werden.)
8. Umweltschäden (Staudamm Kachowka – Die Staudammsprengung war ein Verbrechen)
9. Sicherheitsgarantien (Müssen international sein und Einbindung der Ukraine in die Strukturen der Nato.)
10. Friedensvertrag (Unter breiter Beteiligung von Staaten und internationalen Organisationen.)

(nach nzz.ch, 14.1.2024)

Ukraine in der strategischen Verteidigung

Martin Fochler, München. Die Sommeroffensive der ukrainischen Armee blieb stecken. Seitdem muss die Ukraine dem Gegenangriff standhalten, was bis zum heutigen Tag in kräftezehrenden Gefechten gelingt. Die Luftabwehr der Ukraine ist erfolgreich, aber nicht zu 100%. Das zivile Leben bleibt bis hin zur polnischen Grenze bedroht, wird aber nicht gelähmt. Die Ukraine produzierte, zum Beispiel Getreide und Ölfrüchte, und es ist der Russischen Föderation (RF) nicht gelungen, die Ausfuhr über das Schwarze Meer zu blockieren. Mehr noch: Die Ukraine hat die Drohnentechnik so weit entwickelt, dass die RF ihre Flotte nicht als Bedrohung einsetzen kann, sondern beschützen muss. Das Bestreben, die Seeminen vor ihrer Küste zu räumen, sind ein deutliches Zeichen dafür, dass die Ukraine mit der Fähigkeit der Flotte der RF zu Angriffs- oder gar Landungsoperationen nicht mehr rechnet. Die RF, vor zehn Jahren noch die maritime Übermacht auf dem Schwarzen Meer, hat diese Position verloren. Sie muss mit den anderen Anrainern, namentlich der Türkei (siehe auch S. 24) rechnen.

Auch in der Ostsee und dem Ausgang zum Nordatlantik ist die maritime Macht der RF geschrumpft. Der Übergriff auf die Ukraine hat Schweden und Finnland an die Nato gebunden, die RF wird die skandinavischen und die verbündeten baltischen Staaten mehr als bisher respektieren müssen. Die Russische Föderation erfährt Machtverluste.

Die RF könnte versucht sein, durch einen Großangriff die Verteidigungslinien der Ukraine zu durchstoßen und die Ukraine doch noch zu unterwerfen. Dazu müssten große Verbände zum Angriff aufgestellt werden. Solche Massierungen sind in der Aufstellung gegebene Angriffsziele für Lenkwaffen und in der

Vorwärtsbewegung durch Drohnen Schwärme angreifbar, zumal, wenn der Vormarsch auf dem Boden nicht durch absolute Luftüberlegenheit gesichert werden kann. So erklärt sich der dringliche Ruf der Ukraine nach Kampfjets und nach Lenkwaffen großer Wirkung, ausreichende Verfügung über solche Mittel würden der RF die Formierung von Stoßarmeen erschweren und vielleicht sogar unmöglich machen.

In der Ukraine wird diskutiert, die militärischen Handlungen auf strategische Verteidigung auszurichten. Nach der gescheiterten Sommeroffensive ist das eine praktische Notwendigkeit, aber auch eine Chance: Die Kriegsführung der RF nimmt große Verluste in Kauf, um Verluste zuzufügen. Die Rechnung ist: Da die Ukraine weniger Menschen hat, wird sie irgendwann aufgeben müssen. Wenn es der ukrainischen Kriegsführung aber gelingt, die eigenen Verluste zu minimieren, wird dieser bösartige Plan nicht aufgehen, so wie auch der erste Plan des blitzartigen Überfalls auf die ukrainischen Zentren gescheitert ist und in einen Rückzug mündete.

Abb.: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Black_Sea_map-de.png



unterstützenden Staaten, ins Gespräch über Bestandteile eines Friedensschlusses mit Russland zu kommen, Gespräche, an denen teilzunehmen dann schließlich auch Russland veranlasst werden soll. Mit der Schweiz lud die Ukraine vor Beginn des Weltwirtschaftsforums (WEF) in Davos zu einem „NSA Meeting“, einem Treffen nationaler Sicherheitsberater („National Security Advisors“, NSA) und anderer Spitzenbeamter aus der ganzen Welt ein. Gesprächsgrundlage ist dabei der 10-Punkte-Friedensplan, den Selenskyj im November 2022 erstmals vorgestellt hat. Seitdem hat Selenskyj diesen Plan vor der Uno, gegenüber der US-amerikanischen Regierung und in anderen Staaten vorgetragen.

Vor Davos fanden bereits drei dieser internationalen Beratertreffen statt, in Dänemark, Saudi-Arabien und Malta. Von russischer Seite wurde öffentlich kritisiert, dass die Ukraine damit offensichtlich Unterstützung bei Staaten zu gewinnen sucht, die sich im Krieg zwischen Russland und der Ukraine eher neutral verhalten oder auf Seiten Russlands stehen.

Das dürfte in der Tat der Plan zum Plan sein. Über Kernbestandteile eines Friedens zwischen Russland und der Ukraine ins Gespräch kommen, Einzelfragen – als Bestandteile eines Gesamtfriedensplans – in internationalen oder multilateralen Abkommen – auch Teilelemente bereits praktisch umsetzen, dazu den Level der Beratungsebenen schrittweise erhöhen mit dem Ziel, letztlich zu Spitzengesprächen der Regierungsvertretungen unter Einschluss Russlands zu Friedensvereinbarungen zu kommen.

Auf den bisherigen Beraterverhandlungen ging es vor allem um die Punkte 1-5 dieses Planes, in Davos um die schwierigsten Punkte 6-10. Dass – gemessen an den letztendlichen Zielen solcher Verhandlungen – die Aufgabe der eigenen Positionen aus Sicht der Ukraine nicht Inhalt eines solchen Planes ist, versteht sich von selbst (siehe auch Kasten, S. 25).

Auf dem EU-Sondergipfel am 1. Februar einigten sich alle 27 EU-Staaten auf ein neues 50-Milliarden-Euro-Hilfspaket für die Ukraine. Orbán konnte die bisherige ungarische Blockadepolitik dagegen nicht durchsetzen. FAZ.Net: „Damit ist nun der Weg frei, um der Ukraine ab März neue Makrofinanzhilfe zu überweisen, die das Land dringend benötigt, um einen Staatsbankrott abzuwenden. Die EU-Kommission wird das Geld am Finanzmarkt aufnehmen und der Ukraine binnen der nächsten vier Jahre gegen Auflagen überweisen. Insgesamt 33 Milliarden Euro sind langfristige Kredite, 17 Milliarden Euro rückzahlungsfreie Zuschüsse.“

Rechte Provokationen – demokratische Antworten – Redaktionsnotizen

Red. Rosemarie Steffens, Langen, Hessen

1 667 000 Unterschriften für Aberkennung der Grundrechte Höckes nach Artikel 18 GG

Neben einem kompletten Parteiverbot auf Landes- oder Bundesebene ist die „Grundrechtsverwirkung“ nach Artikel 18 des Grundgesetzes eine gezielte Maßnahme gegen einzelne Verfassungsfeinde, jüngst thematisiert von der ehemaligen Bundesverfassungsrichterin und Verfassungsrechtlerin Gertrude Lübbe-Wolff. Die Grundrechtsverwirkung beinhaltet, dass demjenigen die Inanspruchnahme einzelner Grundrechte entzogen werden kann, der diese „zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung missbraucht“.

Ein Antrag auf Verwirkung der Grundrechte kann vom Bundestag, von der Bundesregierung oder von einer Landesregierung gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht entscheidet in diesem Fall über Ausmaß und Dauer der Verwirkung. Darüber hinaus kann im Zuge der Grundrechtsverwirkung für deren Dauer auch das Wahlrecht, die Wählbarkeit und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter aberkannt werden (§39 Abs. 2 BVerfGG).

Dies muss passieren, damit Höcke der freiheitlichen Demokratie keinen weiteren Schaden zufügen kann. Höcke schwadroniert von dem „bevorstehenden Volksstod durch den Bevölkerungsaustausch“. Und: „Ein paar Korrekturen und Reformen werden nicht ausreichen, aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen, dann werden die Schuttberge der Moderne beseitigt.“

Höcke, Björn: Nie zweimal in denselben Fluss; Campact-Petition Wehrhafte Demokratie – Höcke stoppen!

Gemeinsame Erklärung BDA-DGB gegen Rechtsextremismus

„Die Sozialpartner in Deutschland haben einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet, nach dem Grauen der nationalsozialistischen Herrschaft unser Land wieder aufzubauen und ein Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell zu entwickeln, das einen fairen und sozialen Ausgleich ermöglicht. Dabei haben die Sozialpartner nie unterschieden, welcher Herkunft oder Staatsangehörigkeit die Beschäftigten sind. Das konnte die Demokratie und den Wohlstand in unserem Land über Jahrzehnte sichern helfen. Die deutsche Wirtschaft und die deutschen Gewerkschaften und Betriebsräte wissen, welche

enorme Bedeutung der soziale Frieden für Deutschland hat. Unser gemeinsames Verständnis von Wohlstand und Freiheit beinhaltet unwiderruflich das Bekenntnis zum Grundgesetz und zur Einheit Europas. Allen Bestrebungen, zentrale Aussagen des Grundgesetzes und die europäische Einheit zu schwächen, aber auch den aktuellen Remigrationsplänen der Rechtsextremisten erteilen wir eine klare Absage. Unsere Betriebe sind ein Spiegel der Gesellschaft. Die Menschen, die bei und mit uns arbeiten, sind unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Nachbarn und Freunde. Und wir müssen als Standort Deutschland attraktiv bleiben, auch um ausländische Fachkräfte einzuladen, hier eine Heimat zu finden. Jede Mitbürgerin und jeder Mitbürger muss sich in unserem Land sicher fühlen. Dafür stehen wir gemeinsam ein.“

Kommunikation DGB: Nora Neye Presse.bvv@dgb.de; Kommunikation BDA; Julika Lendvai kommunikation@arbeitgeber.de

Preisvergabe soll wegen rechter Gesinnung rückgängig gemacht werden

Das Thüringer Wirtschaftsministerium plant, dem Unternehmer Christoph Hofer, der am „Geheimtreffen“ in Potsdam teilgenommen haben soll, den Thüringer Gründerpreis „ThEx Award“, den Hofer 2021 erhielt, wieder zu entziehen. Presse sprecher Stephan Krauß erklärt: „Die in den Recherchen von Correctiv und netzpolitik.org deutlich gewordene rechts-extremistische Gesinnung des Preisträgers ist offenkundig und empörend. Das Thüringer Wirtschaftsministerium distanziert sich selbstverständlich und ausdrücklich von verfassungsfeindlichen Gesinnungen und Aktivitäten jeder Art. Wir prüfen daher, wie die Preisvergabe zum frühestmöglichen Zeitpunkt rechts-sicher rückgängig zu machen ist.“

PM des Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, Thüringen, 21.01.2024

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei der Bundestagsbe- schluss zum Antiziganismus

Der Bundes Roma Verband und das Roma Center e.V. / RomaAntidiscrimination Network begrüßen den gemeinsamen Antrag der demokratischen Bundestagsfraktionen vom 14.12.2023 zum Antiziganismus, der dem historischen und gegenwärtigen Unrecht gegen Roma und Sinti begegnen soll. 27 Punkte benennen die nötigen Maßnahmen der Bundesregierung, um die Situation in Deutschland und darüber hinaus, für Roma und Sinti zu verbessern. Als besondere Aspekte führen die Verbände u. a. auf:

– Die Bundesregierung erkennt die Verantwortung der Bundesrepublik für den Holocaust im NS-besetzten Europa und das fortgesetzte Unrecht nach 1945 an. Hervorzuheben sei die Anerkennung der gravierenden institutionellen Diskriminierung, vor allem die kritische Auseinandersetzung mit Antiziganismus in den Sicherheitsbehörden und der Justiz, die Roma und Sinti in Deutschland nach wie vor erleben. Begrüßt wird, das nach 1945 begangene Unrecht durch eine Kommission aufzuarbeiten, nachdrücklich empfohlen wird dabei die Einbeziehung der Selbstorganisationen der Roma.

– Bei der Aufarbeitung der Verfolgung nach 1945 seien die seit mehr als 30 Jahren währenden Bleiberechtskämpfe von Roma wesentlich, die seit ebenso langer Zeit politisch, medial, rechtlich und institutionell abgewehrt werden.

– Die Anerkennung der Verfolgung während des Zweiten Weltkriegs beziehe sich bis heute fast nur auf das deutsche Gebiet, die Verfolgung in den besetzten oder kollaborierenden Gebieten werde bis jetzt nicht oder nur marginal berücksichtigt. So gäbe es auch kaum „Entschädigungszahlungen“ für die Verfolgten in diesen Gebieten. „Die heute hier lebenden bzw. nach Deutschland fliehenden ... Roma sind oft Nachkommen dieser Verfolgten. Ein Bleiberecht bzw. eine deutsche Staatsangehörigkeit für die, die hier geboren sind, wäre der beste Schutz vor Diskriminierung“, so die Roma-Verbände.

– „alle, die mit den Asylverfahren betraut sind, sollen geschult werden: von den Anhörer:innen des BAMF, über die Entscheider:innen, die Gerichte und im Anschluss auch die Ausländerbehörden“, damit Diskriminierungserfahrungen der Romainihren Herkunftsländern miteinbezogen werden. (Bei den Dolmetscher:innen sollen diese vorzugsweise aus der Roma-Community stammen)

– Anknüpfend an die Situation in den Herkunftsländern wäre zum Punkt „Bekämpfung von Antiziganismus auf Ebene der EU“ und „Antiziganismus im Kontext der EU-Beitrittsverhandlungen“ besonders wichtig, dass die Institutionen auf Bundes- und EU-Ebene nicht nur mit den Regierungen vor Ort kooperieren, sondern auch mit Roma-Selbstorganisationen, die z.B. ein realistisches Monitoring der Situation von Roma übernehmen können. Die EU-Beitrittsverhandlungen sind ein wichtiges Instrument, um die Rechte von Roma in den Beitrittsländern zu fördern. Die Verbesserung ihrer menschenrechtlichen und sozialen Situation muss eine Bedingung für einen EU-Beitritt sein.

Quelle: Nizajete Bislimi Hošo & Kenan Emini: PM des Bundes Roma Verband, des Roma Center e.V. des Roma Antidiscrimination Network. Göttingen, den 21.12.2023)



„Hören Sie nicht auf, von einer besseren Welt zu träumen“

Rom, Vatikan. Am Mittwoch, 10. Januar 2024, kam es im Vatikan zu einem Treffen des Papstes mit 15 VertreterInnen der „Europäischen Linken“ und von „Dialop“. Papst Franziskus selbst hatte die Einladung zu seiner Generalaudienz in „Anerkennung und Ermutigung für ihr Engagement“ ausgesprochen.

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Was machen Atheisten und Kommunisten beim Papst? „Inhaltlich gesehen gibt es vieles, in dem der Papst und die sozialistischen und kommunistischen Linken übereinstimmen“, meint Walter Baier, der Leiter der Delegation. So sprechen sich sowohl der Papst als auch die Europäische Linke für Friedensverhandlungen im russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aus. Bei den Themen Parteinahme für sozial Benachteiligte, dem Schutz der Natur vor Ausbeutung aus Profitlogik und auch beim Migrationsthema seien die radikale Linke und der Vatikan viel stärker einer Meinung, als so mancher glaube. Walter Baier war von 1994 bis 2006 Parteichef der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ). Seit Dezember 2022 ist er Präsident der „Europäischen Linken“, einem Zusammenschluss sozialistischer und kommunistischer Parteien aus 25 europäischen Ländern.

Bei dem Treffen im Vatikan sagte Papst Franziskus der DIALOP-Delegation, dass Solidarität nicht nur eine „moralische Tugend“ sei, sondern auch eine „Forderung nach Gerechtigkeit, die es erfordert, die Verzerrungen und Absichten ungerechter Systeme zu korrigieren, auch durch einen radikalen Perspektivwechsel bei der Verteilung von Herausforderungen und Ressourcen unter den Menschen.“

Das Dialog-Projekt, das unter dem Namen DIALOP bekannt ist, entstand nach einem Treffen zweier linker europäischer

Politiker, eines Mitglieds der Fokolar-Bewegung und Papst Franziskus im Jahr 2014, bei dem sie die Notwendigkeit eines fortgesetzten Dialogs zwischen



der europäischen Linken und den Christen diskutierten. DIALOP hat ein Projekt zur Entwicklung eines akademischen Lehrplans gestartet, der die christliche Soziallehre, marxistische Gesellschaftskritik und Feminismus integriert. Papst Franziskus ermutigte die Vertreter des Projekts, offen für neue Wege zu sein und durch den Dialog „die Form unseres Denkens zu brechen“. Der Papst forderte die Gruppe auf, „gegen starre Ansätze vorzugehen, die die Menschen trennen“, und stattdessen mit offenem Herzen in den Dialog zu gehen und die Fähigkeit zu kultivieren, zuzuhören und dabei „niemanden auf politischer, sozialer und religiöser Ebene auszuschließen.“ „Das ist die Aufforderung, die ich auch an Sie richte: Geben Sie nicht nach, kapitulieren Sie nicht, hören Sie nicht auf, von einer besseren Welt zu träumen,“ sagte der Papst.

Cornelia Hildebrandt, Philosophin, Co-Präsidentin des Netzwerk-Transform!Europe, war Teilnehmerin der Delegation: „Es gibt andauernd Kriege, also brauchen wir ein riesiges Bündnis für den Frieden. Es braucht heute authentische Menschen. Es ist eine Pflicht für die Linken, im Dialog mit Menschen aller Überzeugungen zu bleiben. ... Was zählt, ist nicht ihr Hintergrund. Es geht allein darum, aus verschiedenen Positionen, nach gemeinsamer Zukunft zu streben, Frieden zu suchen, die Demokratie voranzubringen. Es ist wichtig, in diesem Dialog weiter zusammenzuarbeiten, für das gleiche Ziel. Im Bewusstsein der bestehenden Unterschiede zwischen uns; zum Beispiel im Bereich der Abtreibung oder der Rolle der Frau oder der großen Frage des Glaubens an Gott. Aber das genau ist zentraler Punkt der Identität unseres Projekts: Wenn es keine Unterschiede gäbe, bräuchte es nicht DiaLop.“

Quellen: Who we are – dialop. The delegation of DIALOP with Pope Francis – dialop. https://dialop.eu/wp-content/uploads/2022/10/DIALOP_PositionPaper_U_20221012_dt.pdf. 84 Seiten A4, englisch. Foto oben von DiaLop

Bundesweite Gedenkdemonstration in Hanau

Die *Initiative 19. Februar*, in der sich Hinterbliebene des rassistischen Terroranschlags von Hanau vom 19. Februar 2020 sowie Überlebende und Unterstützer:innen engagieren, ruft anlässlich des vierten Jahrestages des Anschlags zu einer bundesweiten Gedenkdemonstration nach Hanau am 17. Februar auf.¹ Bei der Aktion wird es auch um die Bewertung des Abschlussberichtes des Untersuchungsausschusses gehen, den die alte Landesregierung erst nach den Landtagswahlen veröffentlicht hatte.²

Olaf Argens, Schmitten

Am 19. Februar 2020 erschoss der 43-jährige Tobias R. an mehreren Orten in Hanau innerhalb von sechs Minuten neun Frauen und Männer: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saracoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov. Sechs weitere Menschen wurden verletzt – teils schwer. Anschließend kehrte Tobias R. in sein Elternhaus zurück. Dort tötete er seine Mutter und sich selbst. Tobias R. hatte vor seiner Tat Pamphlete und Videos ins Netz gestellt, in denen er sich antisemitisch und verächtlich über muslimische Menschen äußerte. Verstärkt durch eine paranoide Schizophrenie verinnerlichte er Verschwörungserzählungen, hing einer rechtsextremen Ideologie an, wählte seine Opfer nach rassistischen Kriterien aus und orientierte sich an früheren rechtsextremen Anschlägen.³

Die *Initiative 19. Februar* hatte auf einer Webseite, die sich mit den Ergebnissen und dem Verlauf des Untersuchungsausschusses auseinandersetzt, festgestellt: „Der parlamentarische Untersuchungsausschuss ... kam nur durch den öffentlichen Druck der Angehörigen zustande ... Zentrale Versagenspunkte wurden bestätigt, viele offene Fragen blieben unbeantwortet. Niemand hat die politische Verantwortung übernommen. Es gab keine Konsequenzen. Also: *Kein Abschlussbericht!* Wir werden weiter keine Ruhe geben. Weil Erinnern Verändern heißt.“⁴

In der Landtagsdebatte stellte die damalige Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Lise Kula, fest, dass der Abschlussbericht hinter die Aufklärungsarbeit des Ausschusses zurückfällt. Sie bezieht sich auf das Sondervotum² der Fraktion der Linken, in dem vier Gesichtspunkte besonders herausgestellt werden:

– Es lag ein systematisches Organisationsversagen der Polizei vor. So war beispielsweise weder bei den in der Tatnacht am Hanauer Notruf eingesetzten Polizisten noch deren Vorgesetzten bekannt, dass der Notruf keine Weiterleitung besaß. Dazu gab es weder eine polizeiinterne Aufarbeitung noch hat jemand dafür politische Verantwortung übernommen.

– Die Verantwortung für den verschlos-

senen Notausgang in der Arena Bar wurde weder aufgearbeitet noch geklärt. Eine mögliche Flucht der Opfer war unmöglich.

– Das Vorgehen der Waffenbehörde Main-Kinzig war fahrlässig und kann nicht nur durch Schutzlücken im Waffenrecht erklärt werden. Der Abschlussbericht unterschlägt z. B., dass es Hinweise auf die Gefährlichkeit von Tobias R. gab.

– Die hessischen Behörden haben im Umgang mit den Überlebenden und der Angehörigen der Opfer grob versagt. Die Vorgaben der europäischen Opfer-

schutzrichtlinie wurden missachtet. Die Richtlinie will sicherstellen, dass die Grundrechte, die Interessen und die Bedürfnisse der unmittelbaren Opfer und ihrer Angehörigen gewahrt werden und ihnen Anerkennung und Respekt entgegengebracht wird.

Im Sondervotum werden dann u. a. folgende Konsequenzen gefordert:

- Beachtung und Weiterentwicklung des bestehenden Opferschutzes,
- Schaffung einer unabhängigen Beschwerde- und Ermittlungsstelle, die mit effektiven Kompetenzen ausgestattet ist,
- Einschränkung der Verfügbarkeit tödlicher Schusswaffen,
- Stärkung der wehrhaften Zivilgesellschaft und antirassistische Bildungsarbeit.

Etris Hashemi, Überlebender und Bruder des ermordeten Said Nesar Hashemi, im Untersuchungsausschuss am 17.12.2021. Die beiden jungen Polizisten waren vollkommen überfordert, der eine hat mich nach meinem Personalausweis gefragt, der andere meinte, er hätte sowas noch nie erlebt. Ich hab' dann beide beruhigt und ihnen gesagt sie sollen meine Wunde zuhalten. Ich habe ihnen meinen Ausweis gegeben, habe mich bei Vilis Auto angelehnt und gewartet. Ich habe die Polizei gefragt, warum kein Rettungswagen kommt, einer meinte, wenn geschossen wird, kommt in Deutschland erst mal die Polizei.

Filip Goman, Vater von Mercedes Kierpacz in „Kette des Versagens“: Ich sehe wie die von hinten kommen, mit vielen, in voller Montur. Ich sage zu den Kindern, keine falsche Bewegung, weil die knallen uns alle ab hier und sagen dann, dass es Notwehr ist. Die stehen mit Waffen auf uns gerichtet an allen Türen und sagen: langsam aussteigen! Hände auf die Lenkung! Hände zeigen! Langsam aussteigen! Dann mussten wir die Hände auf das Autodach legen und sie haben noch immer die Waffen auf uns gerichtet. Ich sage: bitte, ich bin der Vater von Mercedes Kierpacz. Die hören mir nicht zu. Die anderen Polizisten waren vorne vor der Arena Bar weiterhin. Ich rufe „bitte, Herr Wachtmeister“ zu dem Polizisten, der mir vorher geholfen hat. „Hände runter!“ schreit mich einer an. Bitte, ich bin der Vater von Mercedes. Dann kommt der Polizist rüber und sagt zu dem von der Sondereinheit: das sind die Angehörigen. Der nimmt immer noch die Waffe nicht runter. Und irgendwann sagt der endlich zu seiner Truppe „Falscher Alarm!“ ...

Vaska Zlateva, Cousine von Kaloyan Velkov, im Untersuchungsausschuss am 3.12.2021. Warum hat uns niemand geholfen? Warum wurden wir Tage lang nicht informiert? Ich hatte gehofft, dass jemand kommt und nach uns sieht. Aber niemand ist gekommen.

Professor Dr. Tobias Singelnstein am 5. Mai 2023 im Untersuchungsausschuss.Die bisherige Arbeit des Ausschusses hat gezeigt, dass der polizeiliche Einsatz so, wie er abgelaufen ist, in verschiedener Hinsicht zu Recht kritisiert wird. Das kann auf ganz unterschiedliche Aspekte zurückgeführt werden, einerseits auf ein individuelles Fehlverhalten, andererseits auf problematische Strukturen. (...) Gleichwohl ist es wichtig, im Nachhinein zu schauen: Was liegt an den besonderen Umständen, und wo ist aber doch individuelles Fehlverhalten oder wo sind strukturelle Probleme zu erkennen? Wenn man sich anschaut, was der Ausschuss bisher erarbeitet hat, was in der öffentlichen Debatte bekannt geworden ist, sind aus meiner Sicht drei Themen besonders relevant, die ich gerne näher ausführen möchte. Das sind erstens Herausforderungen für die Polizeiarbeit in der postmigrativen Gesellschaft. Das ist zweitens die Frage der Versorgung der Verletzten und der Angehörigen, der Umgang mit ihnen und drittens die Frage der Fehlerkultur in der Polizei.⁴

¹ <https://19feb-hanau.org/2024/01/07/jahrestag-2024> ² <https://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/11754.pdf> ³ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/505333/19-februar-2020-anschlag-in-hanau/> ⁴ <https://kein-abschlussbericht.org>

Keine Bühne für Hamas-Verherrlichung!

„Wir müssen euch leider verkünden, dass die Soliparty mit Antirepressionszweck am 27.10.23 einseitig vom Centro Sociale abgesagt wurde“ verkündete am 24.10. das Offene Antifaschistische Treffen Hamburg, OAT: „Als Grund dafür führt das Centro Sociale palästinasolidarische Positionen innerhalb des Veranstaltungsbündnisses an“.

Gaston Kirsche, Hamburg

Das Centro Sociale ist ein selbstverwalteter Ort im Hamburger Karoviertel, „ein autonomer Nachbarschaftstreff, der 2008/09 von vielen Anwohner:innen erkämpft wurde“, wie es im Selbstverständnis heißt – ohne staatliche Förderung, Entscheidungen werden kollektiv getroffen.

„Die Entscheidung der Absage der Party wurde bei einem Plenum der Nutzer:innen getroffen, nicht von dem Centro als solches“, so Christian von der Internationalen Sozialistischen Organisation, ISO, Gruppe Hamburg im Gespräch mit dem Autor: „Das Centro versteht sich als Raum mehrerer Gruppen, Vorstand und Aufsichtsrat treffen keine solchen politischen Entscheidungen – in der Regel entscheidet die Raumgruppe, in besonderen Fällen dann mit Hilfe des Nutzer:innenplenums, wie in diesem Fall.“ Zu den Nutzer:innen gehören zum Beispiel Aufstehen gegen Rassismus Hamburg, die Bundeskoordination Internationalismus, BUKO, die interkulturelle Frauenorganisation mujeres sin fronteras oder die Rote Hilfe. Ein Ort für verschiedenste Linke, die unabhängig von Staat und Kapital einen Freiraum nutzen wollen. Und gemeinsam entscheiden, wie dies geschieht. Die unterschiedlichsten Veranstaltungen finden dort statt, Ströme von Matebrause flossen hier bei Soliparty.

Aber nicht bei der Antirepressionsparty des OAT, das in ihrer Erklärung die Raumabsage aufgeregelt mit Verfolgung durch den Staat in eins setzte: „Diese Art und Weise, palästinasolidarischen Positionen die Plattform zu entziehen reiht sich ein, in die aktuell große Welle an staatlicher Repression gegen Palästinenser:innen, Araber:innen und Proteste in Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung, welche wir zu tiefst verurteilen.“

Anfang Oktober wurde noch fleißig mobilisiert: „Wir – das Offene Antifa Treffen Hamburg, Young Struggle Hamburg und das Sanitätsnetzwerk – organisieren zusammen eine Anti-Repressions-Party.“ Die wurde ins Vorfeld einer Demonstration gegen staatliche Repression gelegt, die am 4. November stattfand – von einem wesentlich breiteren Bündnis getragen und ohne positive Bezugnahme auf das Oktoberpogrom der Hamas im israelischen Grenzgebiet. Eine solche hatte eine der drei Veranstaltergruppen der Anti-

repressionsparty aber am 10. Oktober veröffentlicht, Young Struggle, YS, unter dem Titel „Die Al-Aqsa Flut – Der Gefängnisausbruch des palästinensischen Volkes“.

Einige der im Centro aktiven Gruppen sind auch Mitglied im „Hamburger Bündnis gegen Rechts“, einem langjährigen Netzwerk von Sozialdemokrat:innen bis hin zu radikalen Linken, auf deren Mailinglist eine Kritik an Young Struggle erschien: „Schon der Titel übernimmt die religiöse Sprache der Hamas“, und: Der Text von Young Struggle enthalte „keine eindeutige Verurteilung der grausamen Massaker an der Zivilbevölkerung“. Leider sei es deshalb konsequent, „dass auch YS das Existenzrecht Israels ablehnt, wie auch eine Zwei-Staaten-Lösung und bis heute unter der Israel negierenden Parole ‚From the river to the sea, palestina must be free‘ mobilisiert“.

Die E-Mail hat jemand verfasst, der frühere eigene Positionen hinterfragt: „Ich war selbst bis 1991 PFLP-Sympathisant, wiedamals vieler radikale Linke. Diese hat leider schon lange marxistische und säkulare Positionen aufgegeben. Die PFLP lehnt das Existenzrecht Israels bis heute ab, boykottierte den Osloer-Friedensprozess, boykottiert eine Zusammenarbeit mit der Fatah und ähnlichen Kräften in Palästina, betreibt keine Klassenanalyse und entsprechende Politik mit der palästinensischen und israelischen Linken sondern präferiert stattdessen seit langer Zeit schon ein Bündnis mit islamistischen Kräften wie der Hamas sowie dem Islamischen Dschihad und bedient sich auch islamischer Symbolik.“ Außerdem „findet sich auf den unterschiedlichen Twitter- und Instagram-Accounts von YS bundesweit oder in Hamburg keine einzige Verurteilung des Massakers der Hamas und ihrer Verbündeten noch eine Solidaritätsbekundung mit der israelischen Zivilbevölkerung“. Diese E-Mail lag auf dem Nutzer:innenplenum vor und gab den Ausschlag zur Absage an OAT, YS und das Sanitätsnetzwerk.

Humanismus gibt es bei Young Struggle nur mit Einschränkungen: „Natürlich befürworten wir nicht die unnötige Ermordung von Zivilist:innen durch politisch-islamische Kräfte wie die Hamas und erst Recht keine patriarchalen Kriegspraktiken. Trotzdem ändert das nichts an der Legitimität des Befreiungsschlags.“ Über die brutal überfallenen Kibbuzim heißt es in dem Text, dass es



Das Centro Sociale ist ein autonomer Nachbarschaftstreff, der 2008/2009 von vielen Anwohner:innen erkämpft wurde, um einen Gegenpunkt zur zunehmenden Kommerzialisierung des Viertels zu schaffen (s. Geschichte des Centros). All' die, die die Räume nutzen zum feiern, diskutieren, basteln, Theater spielen oder was auch immer – sie sind das Centro (...).

„Grundphilosophie“ des Centro Sociale:

- Das Centro Sociale versteht sich als Kontrapunkt zur Gentrifizierung und versucht – trotz hoher monatlicher Miet- und Energiekosten – Freiräume für nichtkommerzielle Aktivitäten im Viertel zu halten.
- Das Centro Sociale ist genossenschaftlich organisiert und funktioniert in gemeinschaftlichem Engagement, ohne staatliche Unterstützung, selbstverwaltet und über unbezahltete Arbeit.

<https://centro.wonkee.de/>

sich bei den dort Massakrierten „nicht einfach um Zivilist:innen handelt. Sie sind der Stoßtrupp, der, in den meisten Fällen bewaffnet, von der IDF gedeckt die Kolonialisierung Palästinas vorantreibt. Jedes einzelne Kibbuz steht für ein zerstörtes palästinensisches Dorf und hunderte ermordete und vertriebene Palästinenser:innen.“ Auch für die gejagten, erniedrigten und ermordeten Besucher:innen des Musikfestivals fehlt jegliche Empathie: „Die Leute, die heute aufschreien und über die Brutalität der Hamas klagen, sollten sich fragen: Was ist das für ein Land, in dem mehrere Tausend Menschen eine Party feiern, während ein paar Kilometer weiter seit Jahren Raketen einschlagen und Menschen nicht wissen, wie lange sie überhaupt noch unter der Isolation überleben können?“

Das Nutzer:innenplenum entschied sich wegen dieses Textes für eine Absage der Raumnutzung: „Unsere Position war, dass der Beitrag von YS eine Verharmlosung des Massakers darstellt“, so Christian von der ISO: „Ohne eine klare Distanzierung von diesem Artikel dürfe eine Veranstaltung nicht stattfinden, auch wenn die Veranstaltung sich nicht mit dem Nahostkonflikt beschäftigt.“ Aber die wurde verweigert: Das OAT brachte eine allgemeine Erklärung gegen Antisemitismus und Rassismus, „nicht jedoch eine Distanzierung von dem Artikel, insbesondere der Verharmlosung des Massakers“, so Christian: „Dieses war der ausschlaggebende Punkt, warum die meisten Teilnehmenden des Plenums für eine Absage stimmten.“

Lediglich eine Gruppe votierte gegen

die Absage und für die Party und hat auch anschließend diese Position über ihre Kanäle verbreitet: Die selbststrendend in Großbuchstaben zu schreibende REVOLUTION, „eine internationale kommunistische Jugendorganisation“. Die erklärten auf ihrem X-Account: „Hiermit distanzieren wir uns von der Entscheidung des Centro Sociale, die Anti-Repressions-Soliparty abzusagen! Solidarität mit allen fortschrittlichen und palästinasolidarischen Gruppen, die Angriffen durch staatliche Repression, Rechte und Teile der linken Szene ausgesetzt sind!“ in einer längeren „Stellungnahme zur Absage des Centro Sociale: Gegen jegliche Repression wegen Palästina-Solidarität“ wird putzmunter Verfolgung durch den Staat mit Kritik und der Raumabsage verröhrt und räsoniert: „Dem Staat und den Antideutschen ist es egal, wie ‚glaublich‘ sich Gruppen von der Hamas distanzieren. Das Problem liegt grundsätzlich in der Palästina-Solidarität“. Eine Auseinandersetzung mit der Begründung der Raumabsage ist dies nicht. „Die Veranstaltenden haben in ihren Netzwerken behauptet, die Absage sei erfolgt aufgrund der palästinasolidarischen Position, dies ist ausdrücklich falsch“ so Christian: „Es wurde explizit formuliert, dass es keine Entscheidung gegen palästinasolidarische Positionen sei, sondern lediglich gegen eine menschenverachtende Verleugnung von extremer Gewalt.“ Das Centro hat zum Nahostkonflikt keine einheitliche Meinung – es geht um die Ablehnung des Oktoberpogroms. „Dieses spiegelt sich auch darin wieder“, betont Christian von der ISO, „dass es im Centro Gruppen gibt mit unterschiedlichen Positionen sowohl in Bezug auf die Solidarität mit Palästina als auch insgesamt in Bezug auf den Nahostkonflikt“.

Beim Umgang mit der Verherrlichung misogyner, antisemitischer oder auch rassistischer Gewalt und Erniedrigung geht es nicht darum, den Nahostkonflikt zu lösen, sondern um Mindeststandards, gerade in selbstverwalteten Räumen und Strukturen von Linken, im Umgang miteinander. Darum, keine Erniedrigung und kein Foltern, Massakrieren, Vergewaltigen gutzuheißen. Und dafür zu sorgen, dass sich potenzielle Opfer, die als Angehörige von Minderheiten ge-othert, ge-andert werden, sicher fühlen in linken Freiräumen. Davor, dass ihre Unterdrückung, Verfolgung und Ausgrenzung nicht befürwortet, gar bejubelt wird. Und hier und jetzt, ganz konkret: Empathie für die Opfer des Oktoberpogroms, des größten Pogroms seit dem mühsam erkämpften Sieg über den deutschen Nationalsozialismus.

DOK Rechte Kräfte in der EU

Red. Michael Juretzek, Bremen

EU-Wahlen: Rechte Mehrheit möglich

ECFR Die Denkfabrik Europäischer Rat für Auswärtige Beziehungen hat einen Bericht zur EU-Wahl veröffentlicht. „Die Ergebnisse unserer Analyse sollten den europäischen Politikern als Weckruf dienen, was bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 auf dem Spiel steht.“ In 9 Mitgliedstaaten werden „antieuropäische populistische Parteien“ stärkste Kraft, in weiteren 9 liegen sie an zweiter oder dritter Stelle. Das könnte bedeuten, dass zum ersten Mal seit Gründung der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten, Konservative) eine rechte Mehrheitskoalition möglich wäre. Susi Dennison vom ECFR: „In Schlüsselbereichen wie Migration, Klima, Unterstützung für die Ukraine werden einige der Konsenspunkte, die in der europäischen Politik in den letzten fünf Jahren unter dem derzeitigen Parlament Bestand hatten, schwieriger durchzusetzen sein.“ Das gilt mit Sicherheit auch für die Bereiche Soziales und Gewerkschaftsrechte. Dennison weiter: „Es ist die Kombination aus mehr Stimmen für weiter rechts stehende Gruppen und mehr Bereitschaft der Mitte, mit dem rechten Lager zusammenzuarbeiten, die zu einer Veränderung führen wird.“ (euractiv.de, 24.1.2024)

Justizreform schränkt Kontrollrechte ein

SLOWAKEI Trotz Protesten gegen die geplante Justizreform hält die Regierung an ihrem Vorhaben fest „eine grundlegende Änderung der Philosophie des Strafrechts vorzunehmen“ (Pellegrini, Hlas-Vorsitzender). Die Pläne der Regierung Fico sehen vor, die Sonderanwaltschaft zur Korruptionsbekämpfung aufzulösen, Strafen zu reduzieren und die Rechte von Informanten einzuschränken. Innenminister Estok prüft zusätzlich die Möglichkeit, die „überlastete“ Nationale Agentur für Kriminalität (NAKA) abzuschaffen, als Teil der „Reorganisation der Polizei“. Die NAKA untersucht besonders schwere Straftaten wie Korruptionsdelikte, Drogenkriminalität, Morde, Wirtschafts-, Finanz- und organisierte Kriminalität. (euractiv.de, 16.1.24)

Orban-Fico-Achse

UNGARN Bei einem Treffen Orbans mit dem slowakischen Regierungschef Fico vereinbarten sie ein gemeinsames Vorgehen in der EU bezüglich Migration, Ukraine-Hilfe und Änderung des Vetorechts. Seit den Regierungswechseln in Tschechien und Polen hat es keine Zusammenkunft der 4 sogenannten Visegrad-Staaten gegeben, bei denen ein gemeinsames Vor-

gehen im EU-Rat angestrebt wurde. Beide Staatschefs wollen sich unterstützen gegen die Versuche des EU-Parlaments Finanzhilfen an ihre Länder nur bei Einhaltung rechtsstaatlicher EU-Normen zu gewähren. (euractiv.de, 17.1.24)

Machtkampf um öffentlich-rechtliche Medien

POLEN Am 18. Jan. erklärte das Verfassungsgericht die Reform der öffentlich-rechtlichen Medien der neuen Regierung für rechtswidrig. Kulturminister Sienkiewicz hatte die Leitungen von Telewizja Polska und Polskie Radio ausgetauscht. PiS veränderte das Verfassungsgericht so grundlegend, dass der EuGH für Menschenrechte ein faires und unabhängiges Gerichtsverfahren nicht gewährleistet sah. Sienkiewicz erklärte, dieses Urteil habe „keine rechtliche Bedeutung“. Im Dezember hatten frühere Senderchefs und PiS-Politiker die Mediengebäude besetzt. Die neuen Fernsehnachrichten-Mitarbeiter arbeiten in von der Polizei bewachten provisorischen Räumen ohne moderne Ausrüstung. Reporter ohne Grenzen fordern, dass der Nationale Rundfunkrat (KRRiT), der laut Verfassung für die Auswahl der Leitung zuständig war, bevor PiS 2016 den Nationalen Medienrat damit beauftragte, seine früheren Befugnisse zurückerhält.

sueddeutsche.de, 19.1.24; euractiv.de, 19./22.1.24

Nationalistische Blockbildung?

DANEMARK Am 10. Januar gab die Vorsitzende der Partei Neue Bürgerliche, Perinne Vermund, die Auflösung ihrer Parlamentsfraktion bekannt. „Wenn wir das konservative Dänemark wieder aufbauen wollen, müssen wir alle guten Kräfte bündeln, aber in einer geringeren Zahl konservativer Parteien.“ Die Partei fordert die Aufkündigung der UN-Konvention über die Rechtsstellung von Flüchtlingen und ein Referendum zum Austritt Dänemarks aus dem „Bürokratie-Monstrum“ EU. Programmatisch steht sie der Dänischen Volkspartei (EU-Fraktion ID) am nächsten. (euractiv.de, 11.1.24)

FPÖ in Wahlumfragen vorne

ÖSTERREICH Im September finden Parlamentswahlen statt. In aktuellen Umfragen liegt die FPÖ mit 30% (2019: 16%) vor den regierenden ÖVP mit 24% (2019: 37%) und Grünen mit 10% (2019: 14%). 2000 und 2017 gingen ÖVP und FPÖ ein Regierungsbündnis ein. 2019 endete die Koalition mit der Amtsenthebung der FPÖ-Minister im Laufe der „Ibiza-Affäre“. Spitzenkandidat Kickl und Weidel (AfD) vereinbarten: „Gemeinsamer Kampf für Freiheit, Heimat und Demokratie – Gegen die gesellschaftszerstörende Elitenpolitik“.

euractiv.de, 12.1.24; derstandard.de, 19.9.23

Solidarisches Europa

Ein Kooperationsprojekt mit der Linken-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ (ArGe)
Koordination: michael.juretzek@nord-com.net

Mit der in dieser Ausgabe erstmals erscheinenden Rubrik „Solidarisches Europa“ und der Arbeitsplattform www.linkekritik.de/index.php?id=arge (ab 15.2.) wollen wir einen Blick werfen auf die zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich um eine Ausgestaltung der Sozialpolitik in Europa mühen. Ein erster Blick auf die Listen von Organisationen, die im weitesten Sinne unter die Kategorie der zivilgesellschaftlichen Akteursgruppen fallen, zeigt, dass für fast alle Themenbereiche des sozialen Lebens, aber auch der Umweltpolitik und anderer Themenbereiche spezielle Organisationen bestehen. Linke Politik hat oder hätte hier im klassischen Sinne Bündnispartner, im emanzipatorischen Sinne Betroffenengruppen, die in eigener Sache sprechen können und an der Ausgestaltung von Politik beteiligt werden müssten. Daraüber hinaus bieten die Initiativen Anknüpfungs- und Orientierungspunkte für die Entfaltung kommunaler Aktivitäten. Das Wissen von und Kontakt zu EU-weit vernetzten Akteuren könnte eine Hilfe für ereignisorientiertes emanzipatorisches Handeln sein.

Arbeiterkammer Wien:

infobrief eu & international

Neben der Broschüre „Ein solidarisches Europa kann mehr“,¹ die zur letzten Europawahl 2019 erschien, veröffentlicht die Arbeiterkammer viermal jährlich einen „infobrief eu & international“.² Hierin erscheinen neben Beiträgen zu internationalen Themen wie z.B. „Das Comeback der US-Gewerkschaften“ (Nr. 4, Dez. 2023) immer auch Artikel zu aktuellen Themen aus der EU. Beispiele:

Dez. 2023 Das EU-Lieferkettengesetz.

Win-Win-Situation für Europa und den Globalen Süden.

Okt. 2023 EU-Haushaltsplanungen 2021–2027

mit deutlichen Lücken. Demokratien unter Druck. Reicht das Demokratiepaket der Europäischen Kommission aus?

März 2023 Die Europäische Mindestlohn-Richtlinie. Paradigmenwechsel für ein soziales Europa

Dez. 2022 Notfallinstrument für den Binnenmarkt. Streikrecht in Gefahr

Sept. 2022 Der soziale und ökologische Umbau braucht eine umfassende Reform der EU

¹ wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Ein_solidarisches_Europa_kann_mehr.pdf

² wien.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/euinfolbrief/index.html

Terminhinweis: Im Rahmen Jahresmitgliederversammlung des Vereins für Politische Bildung, Linke Kritik und Kommunikation am **20./21. April in Mannheim** wird am Samstag, 16–19 Uhr eine Hybrid-Veranstaltung gemeinsam mit der ArGe stattfinden. Thema: Solidarisches Europa – praktische Kritik von völkischem Nationalismus und Orientierungsrahmen für die Wahl zum EU-Parlament. Im Rahmen der Sommerschule der ArGe (8. bis 10.8. Erfurt) wird das Thema *Solidarisches Europa* weiter bearbeitet. Näheres für beide Termine auf www.linkekritik.de/index.php?id=termine

AGE Platform Europe: Aktiv Altern in Europa

Das AGE¹ (englisch für Alter) ist eine Plattform von Organisationen, die sich für die Interessen und Rechte älterer Menschen in Europa einsetzt. Es geht vor allem um die Sensibilisierung für Gegenstände, die alle älteren Menschen betreffen. Autonomie, Wohlbefinden und gleichberechtigte Teilhabe soll für alle Lebensphasen ermöglicht werden. Die Organisation fokussiert dabei auch auf die Bekämpfung von Altersdiskriminierung, eine Verbesserung der Altersvorsorge und insgesamt die Förderung der Menschenrechte.

Rolf Gehring, Brüssel. Die Plattform wurde 2001 von drei Organisationen älterer Menschen aus England, Frankreich und den Niederlanden und nach belgischem Recht als ASBL (Vereinigung ohne Absicht auf Gewinnerzielung) gegründet. Das Statut anerkennt für die Mitgliedschaft unterschiedliche Organisationsformen. Aktuell zählt der Verband 102 Mitglieder aus 29 Ländern (Bundesrepublik Deutschland: Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen; Help Age Deutschland).

Mit Blick auf die Europawahlen hat die AGE im Oktober letzten Jahres ein Manifest für Europa² verabschiedet (bisher keine deutsche Version). Die Ankündigung des Manifests auf der Webseite des Verbandes verweist auf Anknüpfungspunkte an EU-Politiken:

„Im Jahr 2021 löste das EU-Grünbuch zum Thema Altern eine lebhafte Debatte aus, an der viele Interessenträger beteiligt waren und die hervorhob, wie das Altern in EU-Initiativen und -Politiken besser berücksichtigt werden sollte. Dies war ein erster Schritt, auf dem die Europäische Union ihre Arbeit für eine Gesellschaft für alle Altersgruppen aufbauen muss.

Die nächste Legislaturperiode wird den Anstoß geben, die Ergebnisse aller vielen fruchtbaren Debatten der letzten Zeit in die Praxis umzusetzen und effektiv umzusetzen:

- Förderung der Altersgleichheit,
- Förderung der Teilhabe und des aktiven Alterns,
- sorgen für Autonomie und Wohlbefinden.“

Direkt an das Parlament gewandt werden insbesondere Forderungen in den Bereichen Gleichberechtigung im Alter, Förderung der Partizipation und Teilha-



be im Alter, Autonomie und Wohlbefinden im Alter auf Basis von ausreichenden Renten und die Bekämpfung von Momenten der Altersdiskriminierung am Arbeitsmarkt (auch dem Zwang zur Verrentung) formuliert.

Die allgemeinen Orientierungen der Plattform finden sich vor allem in ihrer „Strategie 2022–2025 – Eine Gesellschaft für jedes Alter“.³ Als Prioritäten der Organisation werden darin unter anderem ausgeführt:

- die Verabschiedung eines EU-Rechtsrahmens gegen Altersdiskriminierung über die Beschäftigung hinaus;
- Folgemaßnahmen zum Grünbuch Altern, idealerweise im Format eines Weißbuches mit konkreter Gesetzgebungen und/oder Initiativen, wie etwa ein Modell zur Langzeitpflege (Grundsatz 18 der europäischen Säule sozialer Rechte); angemessene Renten und soziale Absicherung, die ein würdevolles Leben ermöglichen (Grundsatz 15); Leben und soziale Eingliederung;
- Überwachung der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gleichstellung am Arbeitsplatz;
- Schlussfolgerungen ziehen aus den gewonnenen Erkenntnissen in der Covid-19-Pandemie bezüglich der stattgefundenen Einschränkungen der Rechte und der Würde älterer Menschen.

Interessant auch, dass die Strategie stark auf die internationale Ebene fokussiert. Der Verband will insbesondere „eine UN-Konvention über die Rechte älterer Menschen (zu) unterstützen“, EU-Institutionen dafür gewinnen.

Dann auch: Teilnahme in der UN-Arbeitsgruppe zum Thema Altern, Unterstützung der Aktionspläne von WHO und UNECE.

¹ www.age-platform.eu/

² agemanifestoep2024.files.wordpress.com/2023/12/agemanifesto2024_en.pdf

³ www.age-platform.eu/content/uploads/2023/09/AGE_Strategy_22-25_FINAL.pdf

Sicheres Trinkwasser in der ganzen EU!

Eva Detscher, Karlsruhe. Am 16. Dezember 2020 wurde die „Richtlinie (Eu) 2020/2184 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Neufassung)“ beschlossen. Ziele der Richtlinie sind der Schutz des Trinkwassers, der Gesundheitsschutz aller Menschen in der EU durch Festlegung von Mindestanforderungen an das Trinkwasser. Sie ist Bestandteil der Umsetzung des in der Säule der sozialen Rechte der EU festgelegten Rechts auf Wasserversorgung. Die Entwicklung neuer Mess- und Analysemethoden und Vorgaben der Weltgesundheitsorganisation hat eine Überarbeitung der Vorläufer-Richtlinie zum Schutz der Menschen vor Schadstoffen nötig gemacht.

In der Neufassung wird aber auch auf die Europäische Bürgerinitiative von 2011 eingegangen (siehe Politische Berichte 6/23, Seiten 30–31): Die EU-Kommission hat „eine unionsweite öffentliche Konsultation eingeleitet, und die Richtlinie 98/83/EG wurde auf ihre Effizienz und Leistungsfähigkeit hin bewertet (REFIT-Bewertung). Dabei wurde deutlich, dass einige Bestimmungen jener Richtlinie aktualisiert werden müssen. Außer-



ERFOLGSBEISPIEL 

FORUM ZUR EUROPÄISCHEN BÜRGERINITIATIVE
RIGHT2WATER



<https://citizens-initiative-forum.europa.eu/sites/default/files/2021-03/Right2Water%20DE.pdf>

dem wurde im Rahmen der Initiative Right2Water als besonderes Problem festgestellt, dass ein Teil der Bevölkerung – insbesondere Randgruppen – keinen Zugang zu Wasser für den menschlichen Gebrauch hat; diesen Zugang zu ermöglichen stellt auch eine Verpflichtung gemäß dem Ziel 6 der Ziele für die nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen dar.“

Die europäische Bürgerinitiative hat der Kommission geholfen, die richtigen Fragen zu stellen. Die Institutionalisierung der Trinkwasser-Kontrolle, der -versorgung und Abwasser-Entsorgung ist auch ein wesentliches Element der Angleichung der Lebensbedingungen innerhalb der EU. Die Herausforderungen in diesem Feld sind groß, u.a. aufgrund der geografischen Unterschiede bzgl. ausbleibenden Regens, Schrumpfens der verfügbaren Ressourcen, Trockenheit und Absinkens der Grundwasserspiegel.

Handreichung für Kommunen aus europapolitischer Perspektive

72 Seiten, September 2023. Druckversion: Delegation Die Linke im Europaparlament, Pressekontakt André Seubert: andre.seubert@ep.europa.eu; siehe auch: <https://www.dielinke-europa.eu/de/zopic/85.kontakt.html>



Das Projekt von Martina Michels, Sprecherin der Delegation Die Linke im Europäischen Parlament, schlägt den Bogen von EU-Richtlinien, Verordnungen, Empfehlungen

und Förderprogrammen zu den Lebenswelten der Menschen in der EU. Unterstützt wurde sie dabei von langjährig in der Kommunalpolitik Aktiven, die mit konkreten Beispielen die Nutzung von beschlossenen Normen, angestrebten Zielen und zur Verfügung

stehenden Mitteln der EU für ihre Arbeit vor Ort dokumentieren.

Die gern von nationalistischen Kräften benutzte Behauptung, die EU sei ein „abgehobenes, bürokratisches Monster“, kommt so unter Druck. „In der Handreichung wird beispielhaft Licht ins Dunkel europäischer Gesetzgebung gebracht: das Beihilferecht, der Klimasozialfonds, die Mindestlohnrichtlinie oder Festlegungen aus dem Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte werden vorgestellt. Viele soziale Standards, die die EU gesetzt hat, sind nutzbar, wenn Kommunen das wollen, auch wenn die Verbindlichkeit der sozialen Rechte erst umfassend erkämpft werden muss.“ (M. Michels)

Inhaltsverzeichnis

Martina Michels zum Anliegen der Handreichung	4
EINSTIEG FÜR EILIGE: WAS TUT DIE EU FÜR MICH? WIE WIRKT DIE EU IN KOMMUNEN?	7
KAPITEL 1: VERTRÄGE, GREMIEN, GESETZE UND VERORDNUNGEN	
DER EU, DIE KOMMUNEN BESONDERS	
BETREFFEN – EINE AUSWAHL	11
BREAKING NEWS I: Der Klimasozialfonds	11
Wo entstehen globale Krisen und ihre lokalen Folgen, wo müssen sie politisch angepackt werden?	13
Mehr Demokratie: Wie wäre es mit einer kommunalen Kammer in Brüssel?	15
Mehr Investitionen: Was spricht für einen EU-Haushalt ohne Schuldenbremse?	17
Lindners Schuldenbremse: gefährliche Folgen für die EU und Widerstand aus Ländern und Kommunen	18
Weg mit der Investitionsbremse: linke Forderung mit kommunalpolitischer Tragweite	20
BREAKING NEWS II – Reform des Beihilferechts in kleinen Schritten	21
Fragwürdige Speerspitze der Liberalisierung: Beihilferecht bestimmt über das Vergaberecht der Kommunen	23
BEISPIELE UND LÖSUNGEN I: Flickenteppich im öffentlichen Nahverkehr beenden	25
BEISPIELE UND LÖSUNGEN II:	
Wasserrahmenrichtlinie wirklich umsetzen	27
KAPITEL 2: FLUCH UND SEGEN DER EU-STRUKTUR- UND FÖRDERPOLITIK ..	29
Download bei: https://www.martina-michels.de/europa-vor-ort/was-tut-die-eu-eigentlich-fuer-mich-fuer-mein-dorf-fuer-meine-stadt/	
Direkt: https://www.dielinke-europa.eu/kontext/controllers/document.php/1024.1/a/fc7198.pdf	